

Rezensionen

I. Allgemeine und epochenübergreifende Schriften

Steffen RASSLOFF, Mitteldeutsche Geschichte. Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Leipzig: Edition Leipzig 2016, 239 S., ISBN: 978-3-361-00717-8. Preis: 19,95 Euro.

Mit der friedlichen Revolution des Jahres 1989 und der deutschen Wiedervereinigung hat der Begriff Mitteldeutschland eine Renaissance erfahren und sich vor allem durch die Gründung des Mitteldeutschen Rundfunks wieder fest im öffentlichen Sprachgebrauch etabliert. Zur Entstehung des Begriffes und seiner schillernden und politisch problematischen Instrumentalisierung hat vor allem Jürgen John in den letzten Jahren umfassende Beiträge vorgelegt. Steffen Raßloff greift diese Debatten auf und verweist in seiner Einleitung auf die problematischen völkisch-nationalistischen Konstrukte von der „Mitte“ und dem „Herzen“ Deutschlands. Er will mit dem Buch nicht als „mitteldeutscher Identitätsstifter“ wirken und hebt das vor allem in Sachsen und Thüringen stark verwurzelte landsmannschaftliche Bewusstsein der einzelnen Bundesländer hervor, die das Sendegebiet des Mitteldeutschen Rundfunks umfasst. Dennoch betont Raßloff, dass die Geschichte Mitteldeutschlands viele Gemeinsamkeiten aufweist, die diesen Raum von anderen historischen Räumen erkennbar abheben und die es erlauben, in Bezug auf Mitteldeutschland von einer „relativ geschlossenen Geschichtslandschaft“ zu sprechen. Ziel des Buches ist es aber freilich nicht, die mit dem Begriff Mitteldeutschland verbundenen Forschungskontroversen weiter zu vertiefen. Es geht dem Verfasser darum, für einen breiten Leserkreis eine knapp gehaltene Überblicksdarstellung vorzulegen, die der historischen Vielfalt dieses Raumes gerecht wird und zur weiteren Beschäftigung mit der mitteldeutschen Geschichte anregt. Dies ist dem Verfasser, der schon durch zahlreiche andere gut lesbare Darstellungen für ein solches Vorhaben bestens ausgewiesen ist, auch auf eine sehr überzeugende Weise gelungen. Das mit umfangreichem Bild- und Kartenmaterial ausgestattete Buch vermittelt nicht nur einen guten Einblick in die wichtigsten Ereignisse und Strukturen der mitteldeutschen Geschichte von den ersten Spuren menschlicher Besiedlung bis zur Gegenwart, sondern bezieht auch damit verbundene Forschungsfragen und die zu Mitteldeutschland entwickelten Geschichtsbilder ein. Der Schwerpunkt der Darstellung liegt zwar auf den politikgeschichtlichen Entwicklungen, dennoch wird auch der Wirtschafts- und Sozialgeschichte des mitteldeutschen Raumes und vor allem auch den so wichtigen kulturgeschichtlichen Aspekten der gebührende Platz eingeräumt.

Ausgehend von der Ur- und Frühgeschichte des mitteldeutschen Raumes, die durch Funde wie die „Himmelscheibe von Nebra“ in den letzten Jahren ein verstärktes Interesse gefunden hat, beschreibt der Verfasser zunächst die germanische Besiedlung des mitteldeutschen Raumes und Aufstieg und Niedergang des Königtums

reichs der Thüringer. Die zwei folgenden Abschnitte widmen sich der hoch- und spätmittelalterlichen Geschichte Thüringens. Gestützt auf die Ergebnisse der seit den 1990er Jahren intensivierten landesgeschichtlichen Forschung zeigt Raßloff, wie Mitteldeutschland unter den Ottonen zum Kernraum des entstehenden deutschen Reiches wurde und wie sich die Herrschaftsbildung der Markgrafschaft Meißen und der Landgrafschaft Thüringen vollzog. Fragen der dynastischen Geschichte werden hier ebenso anschaulich behandelt wie der jeweilige Landesausbau und die kulturgeschichtlichen Aspekte. Im Mittelpunkt steht dabei der Aufstieg der Wettiner, deren Herrschaftsgebiet im Spätmittelalter den Großteil der heutigen drei Bundesländer umfasste. Beschrieben werden aber auch der schrittweise Machtverfall der Askanier und vor allem der Aufstieg der in Mitteldeutschland gelegenen großen Städte, deren Bedeutung für die wirtschaftliche, politische und kulturelle Entwicklung des Raumes prägnant umrissen wird.

Die folgenden Abschnitte über die Entwicklung Mitteldeutschlands zwischen Reformation und dem Ende des Alten Reiches vermitteln einen sehr anschaulichen Einblick in die unterschiedlichen Entwicklungen der einzelnen Teile. Ausgehend von der Reformation und ihren Auswirkungen schildert Raßloff die verschiedenen Wege, welche die seit der Leipziger Teilung von 1485 in zwei Linien aufgespaltenen Wettiner einschlugen. Auf der einen Seite verfolgt er den glanzvollen Aufstieg der in Dresden residierenden albertinischen Linie, die, gestützt auf ihre territorialen Erwerbungen und die Wirtschaftskraft ihrer Länder, Kursachsens Stellung im Reich ausbaute und mit dem zeitweiligen Besitz der polnischen Königskrone ihre Position in der Hierarchie der europäischen Dynastien deutlich verbesserte. Auf der anderen Seite werden die Gründe erläutert, warum es in Thüringen anders als in Kursachsen nicht zur flächendeckenden Erfassung des Territoriums kam, sondern sich hier eine bis ins 20. Jahrhundert währende Kleinstaatenwelt ausbildete. Der Schwerpunkt der Darstellung liegt hier auf den beachtlichen kulturellen Leistungen, mit denen nicht nur die ernestinischen Staaten, sondern auch die anhaltinischen Fürstentümer ihre schwache politische Stellung zu festigen versuchten. Der auch die anderen Teile Mitteldeutschlands, die kurmainzer, schwarzburgischen und reußischen Gebiete, einbeziehende Überblick wird den Ergebnissen der neueren Forschung zum Alten Reich und seinen Institutionen ebenso gerecht wie denen zur Kulturgeschichte oder zur Stadtentwicklung und geht zugleich auch immer wieder darauf ein, wie sich die großen Umbrüche und kulturellen Leistungen auf die mitteldeutschen Geschichtsbilder auswirkten.

Die Entwicklung im langen 19. Jahrhundert wurde immer stärker von der nördlichen Großmacht Preußen bestimmt, die schon vor 1800 durch territoriale Zugewinne ihren Einfluss auf Mitteldeutschland verstärkt hatte und nach dem Rückschlag der napoleonischen Zeit 1815 weitere Gebiete ihrem Staatsgebiet einverleiben konnte. Die ambivalenten Auswirkungen der napoleonischen Herrschaft werden trotz der notwendigen Kürze ebenso differenziert dargestellt wie die Folgen der preußischen Herrschaft oder die Handlungsspielräume, die dem territorial ver-

kleinerten Königreich Sachsen und den übrigen kleinen Staaten des mitteldeutschen Raumes nach dem Wiener Kongress noch verblieben. Deutlich wird, dass die Kleinstaaten in den politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Modernisierungsprozessen des 19. Jahrhunderts keineswegs nur Beharrungsfaktoren waren, sondern auf vielen Feldern auch zu Geburtshelfern der Moderne wurden. Verwiesen wird ferner auf die wichtige Rolle, welche die Wirtschaftszentren des Königreichs Sachsen für die deutsche Industrialisierung spielten. Zugleich beschreibt Raßloff aber auch die Politisierungsprozesse in einer sich mit der Industrialisierung rasch wandelnden Gesellschaft, die sich zunächst in der Verfassungsgebung der Einzelstaaten widerspiegelten, aber schon seit 1815 und vor allem seit der Reichsgründung von 1871 immer stärker von der nationalen Frage bestimmt wurden.

Nachdem sich die politischen Konflikte zwischen monarchischer Herrschaft, Bürgertum und aufsteigender Arbeiterbewegung schon im Kaiserreich immer mehr zugespitzt hatten, entwickelte sich Mitteldeutschland im 20. Jahrhundert zu einem Raum, für den der Begriff „Zeitalter der Extreme“ in besonderem Maße zutrifft. Der durch eigene Forschungen bestens ausgewiesene Verfasser gibt einen sehr kenntnisreichen und auch in den Bewertungen überzeugenden Überblick über die Folgen von Weltkriegsniederlage, Revolution, Bürgerkrieg, die politischen und gesellschaftlichen Konflikte in der Zeit der Weimarer Republik. Er benennt die Gründe für den im 1920 geschaffenen Land Thüringen früh einsetzenden Aufstieg des Nationalsozialismus. Er beschreibt die Mustergau-Ambitionen von Fritz Sauckel, die in Mitteldeutschland vor allem mit Buchenwald verbundenen Verbrechen des NS-Terrorregime sowie die besonders Dresden treffenden Kriegszerstörungen, gibt einen knappen Überblick über die politischen Entwicklungen der SBZ- und DDR-Zeit und begründet, warum die zunächst geschaffenen drei Länder mit der Einführung des „demokratischen Zentralismus“ der SED neuen Bezirken weichen mussten. In seinem Schlusskapitel, in dem die Entwicklung Mitteldeutschlands von 1990 bis zur Gegenwart dargestellt wird, schildert Raßloff die nicht konfliktfrei verlaufende Gründung der drei neuen Bundesländer und geht nochmals auf das Nebeneinander von einzelstaatlicher Identität und mitteldeutschen Gemeinsamkeiten ein. Auch in den Abschnitten zum 20. und 21. Jahrhundert konzentriert sich der Überblick nicht nur auf die politischen Aspekte, sondern bezieht auch die Fragen der Wirtschafts- und Kulturgeschichte und vor allem auch den Umgang mit dem historischen Erbe der Region immer wieder ein.

Festhalten darf man, dass Raßloff ein gut lesbares und reich bebildertes Buch vorgelegt hat, das eine sehr gute Einführung in die vielfältige und auch umstrittene Geschichte Mitteldeutschlands gibt, die Grundzüge der politischen Strukturen und Umbrüche ebenso klar skizziert wie die Dichte der Kulturlandschaft, das auch den wirtschaftlichen Leistungen des Raumes gerecht wird und zugleich die Schattenseiten der mitteldeutschen Geschichte nicht ausblendet.

Bernd W. BAHN: Die Kupferstraße. Geographisch-prähistorische Untersuchung ihres Verlaufs in Thüringen. Langenweißbach: Beier & Beran 2016. (Beiträge zur Altwegeforschung, 2). 141 S. 98 teilweise farbige Tafeln. 8 Kartenbeilagen. ISBN: 978-3-95741-047-1. Preis 29,- EUR.

Nachdem die neue Reihe „*Beiträge zur Altwegeforschung*“ im Jahr 2015 mit einem Tagungsband einen *viel versprechenden Auftakt* gesetzt hat (vgl. die Rezension von Johannes LITZEL in Bd. 70 [2016] dieser Zeitschrift, S. 265–269), liegt nun als zweiter Band eine Monographie vor. Aus dem Titel nicht ersichtlich, handelt es sich um den Druck einer Diplomarbeit vom 16. Juli 1965, eingereicht an der Philosophischen Fakultät der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Der Verfasser ist Bernd W. Bahn, ein nicht nur in Thüringen und Sachsen-Anhalt hochgeschätzter Archäologe und Altstraßenforscher, der mit dieser Arbeit den Grundstein für seine erfolgreiche Tätigkeit im Dienst der Bodendenkmalpflege und für seine weit über hundert Beiträge umfassende Publikationsliste gelegt hat.

Vor über fünfzig Jahren war es nicht üblich, Diplomarbeiten zu drucken. Als ein Maßstab für die Aufmerksamkeit, die die Arbeit von Bernd W. Bahn erfuhr, können deshalb nur „Proxies“ etwas aussagen. Wie aus dem Vorwort des Herausgebers zu entnehmen ist, wurden die maschinenschriftlichen Exemplare, eingeschlossen die vom Diplomanden von Hand selbst angefertigten Karten, sowohl im Institut als auch im Universitätsarchiv infolge häufiger Nachfrage stark in Mitleidenschaft gezogen. Nun liegt die Arbeit im Druck vor und dürfte nicht nur für Altwegeforscher, Regionalhistoriker und Heimatkundler, sondern auch, wegen ihres speziellen Charakters, für Bildungs- und Wissenschaftshistoriker interessant sein.

Diese Diplomarbeit ragt schon durch ihren Umfang unter den akademischen Abschlussarbeiten auch der damaligen Zeit hervor. Ihre Wiedergabe im Druck benötigt 240 Seiten, dazu kommen 8 Karten als Beilage. Darin spiegelt sich die immense Detailarbeit bei der Dokumentation von rund 100 km historischen Straßenverlaufs und zusätzlichen 40 km Verlaufsvarianten wieder. Allein die Schwarz-Weiß-Fotografien von Geländesituationen dokumentieren Wegebefunde, die heute längst überformt sind.

Was hat der Diplomand Bahn damals untersucht, mit welchen Methoden hat er gearbeitet und was kann uns seine Arbeit nach über fünfzig Jahren heute noch sagen? – Das Thema umreißt den Inhalt bereits aussagefähig, so dass eine Wiederholung nicht erforderlich erscheint, wohl aber eine räumliche Einschränkung. Bearbeitet wird der Wegeverlauf von Nebra/Reinsdorf ca. 35 km südlich von Mansfeld bis Saalfeld. (Die Darstellung im Text und in den Karten folgt dem Weg in umgekehrter Richtung. Das ist zwar ungewöhnlich, weil üblicherweise die Straße in der Richtung beschrieben wird, in der das Namen gebende Rohkupfer transportiert wurde, hat aber auf den Inhalt der Darlegungen keinen Einfluss.) Die Angabe im Thema *in Thüringen* lässt eine Abhandlung der Kupferstraße erwarten, die auch den Verlauf über Saalfeld hinaus durch das Schiefergebirge bis an die Grenze nach

Franken erfasst. Aus dem Vorwort, das der Verfasser dem Abdruck der Arbeit vorgelegt hat, geht hervor, dass der Betreuer der Diplomarbeit, Prof. Dr. G. Neumann, die Grenzen der Bearbeitung festgelegt hatte: vom Thüringer Schiefergebirge bis zur unteren Unstrut. Die inhaltliche Begrenzung einer Diplomarbeit durch den Betreuer ist schon deshalb legitim, um den Arbeitsumfang in einer dem Zeitbudget entsprechenden Größenordnung zu halten. Allerdings erscheint es dann angebracht, die tatsächlichen Grenzen der Bearbeitung in geeigneter Form auch im Thema der Arbeit, etwa in der Form *von Nebra bis Saalfeld*, zum Ausdruck zu bringen. Der Diplomand selbst wird keinen Einfluss auf die Formulierung des Themas gehabt haben.

Der Text der Arbeit gliedert sich in zwei Teile. Der erste Teil ist mit *Einleitung* überschrieben und behandelt Gegenstand, Geschichte und Stand sowie Methoden der Straßenforschung, wobei allgemeine Methoden und solche der geographischen Straßenforschung sowie der prähistorischen Wegeforschung unterschieden werden. Im zweiten Teil, *Die Kupferstraße* genannt, wird zunächst auf die geographische Situation mit ihren Großformen und Leitlinien eingegangen, um dann den Kern des Themas, die mittelalterliche Kupferstraße und die sie begleitenden prähistorischen Funde, zu behandeln. Beide Teile weisen einen Umfang von jeweils etwa 30 Seiten auf. Dieses Verhältnis erscheint durchaus gerechtfertigt, wird doch der zweite Teil des Textes durch eine Reihe von Anlagen ergänzt, die insgesamt 160 Seiten in Anspruch nehmen. Dazu gehören ein Katalog archäologischer Funde in den von der Kupferstraße durchzogenen Gemarkungen, eine tabellarische Darstellung des Verlaufs der Kupferstraße zwischen Rudolstadt und Reinsdorf (Unstrut) mit zwei partiellen Varianten, eine Zusammenstellung von Tafeln mit geographischen Befunden (Schwarz-Weiß-Fotografien, Karten) sowie eine Zusammenstellung von Tafeln mit archäologischen Befunden (im wesentlichen Darstellungen von Funden, diese Bezeichnung wäre zutreffender gewesen). Die in das Konvolut der Tafeln mit geographischen Befunden aufgenommenen Karten bilden die Kupferstraße als Teil übergeordneter Straßensysteme ab (große Süd-Nord-Achse, Hansestraßen, thüringische Fernstraßen des 15. Jh., heutige Situation), stellen sie in natürlichen Zusammenhängen dar (Geologie, morphologisch-hydrographische Situation, als Höhenprofil in der Längsachse) oder veranschaulichen bestimmte Details (Leitflächen und Zwangslinien im Finne-Unstrut-Bereich).

Schließlich liegt der Arbeit eine Folge von 8 Karten bei. Es handelt sich um Auszüge aus historischen Messtischblättern, in die der Verlauf der Kupferstraße farblich eingetragen ist. Die besonders aussagefähigen Feldoriginale aus der Mitte und die Urmesstischblätter aus den 70er Jahren des 19. Jh. standen damals noch nicht zur Verfügung, es dürfte sich deshalb um die Messtischblätter vom Anfang des 20. Jh. handeln.

Im Rahmen einer Diplomarbeit wäre es nahe liegend gewesen, eine ähnliche Untersuchung als methodisches Vorbild zu nehmen. Der Diplomand Bahn wählt einen anderen Weg. Er analysiert zuerst den Stand auf dem Gebiet der Erforschung alter Wege und Straßen und setzt dabei den Schwerpunkt auf die Methoden. Dem

Grundsatz folgend, dass die Verschiedenartigkeit der Quellen unterschiedliche Methoden verlangt, betrachtet er zunächst die Spezifik historischer, archäologischer, archivalischer und geographischer Quellen unter methodischen Gesichtspunkten. Er kommt zu dem wesentlichen Schluss, dass erfolgreiche Altstraßenforschung nur in der Zusammenarbeit verschiedener Fachdisziplinen erfolgreich sein kann. Interessant und zum großen Teil heute noch relevant sind seine Ausführungen zur Notwendigkeit des komplexen Arbeitens, zum Interpolieren bei nur punktuellen oder streckenweisem Nachweis, zur Kompliziertheit der Altersbestimmung und zum Überprüfen des *Tatbestandes vor Ort* (S. 17). Im Zusammenhang mit der Diskussion von Leitlinien im Kontext geographischer Methoden erhebt er die Forderung *vor jedem Aufsuchen bestimmter Wege eines Gebietes zuerst dessen große wie kleine Leitlinien zu erkennen* (S. 18).

Aus methodischer Sicht geht er auf eine ganze Reihe wichtiger Details ein, darunter die räumlichen Beziehungen von Burg und Straße (S. 20) sowie auf Flurnamen und Flurgrenzen, bei letzteren setzt er sich insbesondere mit den Folgen der Separation für die Forschung auseinander (S. 22). Immer wieder kommt er auf das Verhältnis von historischen und geographischen Methoden zurück. Den Beitrag geographischer Methoden zur Altstraßenforschung beurteilt er als bedeutend, *aber er stellt allein noch keine Straßenforschung im Ganzen dar* (S. 23).

Im Zusammenhang mit der prähistorischen Wegeforschung knüpft er an die treffende Aussage von Vonderau an: *In den meisten Fällen kann die Wegeführung in Frühgeschichtlicher Zeit nur indirekt bewiesen werden*. Diplomand Bahn unterscheidet zwei Arbeitsweisen. Bei der einen versucht man einen Straßenverlauf aus Funden abzuleiten, in dem man nach einer *Kette von Beweispunkten für eine mögliche Trasse* sucht, bei der anderen *geht man von einer historisch sicher belegten oder sogar noch vorhandenen Strecke oder Straße aus und bemüht sich, das Bestehen derselben zeitlich zurückzuvorfolgen* (S. 24). Für beide Arbeitsrichtungen wird sowohl das Wie, als auch das Für und Wider erörtert. Der Rezensent, der kein Archäologe ist, kann sich weder ein Urteil über archäologische Sachverhalte erlauben, noch vermag er zu beurteilen, welchen Stand die Diskussion zur prähistorischen Wegeforschung heute erreicht hat. Aber er möchte wenigstens mitteilen, dass er sehr beeindruckt davon ist, mit welcher Gründlichkeit und Abgewogenheit ein Diplomand sich zu solch einer anspruchsvollen Problematik geäußert hat. Natürlich war er durch die vorgegebene Aufgabenstellung angehalten, sich mit der zweiten Arbeitsrichtung auch inhaltlich auseinanderzusetzen. Im Übrigen spielt in diesem Zusammenhang auch noch die schwierige Frage nach der Kontinuität oder sogar Konstanz von Verkehrswegen eine Rolle. Das wird in der Arbeit erkannt und auch diskutiert.

Zu diesem Teil ist unbedingt darauf aufmerksam zu machen, dass sich der Diplomand nicht auf eine ausgearbeitete Theorie und Methodik der Altstraßenforschung stützen konnte, die er nur anzuwenden brauchte. Er war folglich gezwungen, sich mit der einschlägigen Literatur kritisch auseinanderzusetzen und einen

eigenen Leitfaden zu erarbeiten. Erst 1969 erschien eine Monographie über methodische Untersuchungen zur historisch-geographischen Wegforschung verfasst von dem Geographen Dietrich Denecke, die seitdem häufig zitiert wird. Sie konzentriert sich vor allem auf die Wegespuren. Wie aus dem Vorwort seines Buches hervorgeht, hat Dietrich Denecke im gleichen Jahr 1964 die Arbeit an seiner Dissertation aufgenommen, in dem Bernd W. Bahn seine Untersuchungen für die Diplomarbeit begann. Bahn hat seine Arbeit 1965 eingereicht, Denecke die Promotionsschrift 1967. Man sollte Arbeiten für die Zuerkennung unterschiedlicher akademischer Grade, erarbeitet mit sehr differenten Zeitbudgets und von einander abweichenden Erfahrungsumfängen in der wissenschaftlichen Arbeit, nicht miteinander vergleichen. Wohl aber ist es möglich festzustellen, dass Bernd W. Bahn mit seiner Diplomarbeit einen Beitrag zur theoretischen Fundierung der Altstraßenforschung geleistet hat, vor allem, indem er sich nicht nur auf die geographischen Aspekte konzentrierte, sondern auch die prähistorischen einbezog und bewusst machte, welche Rolle historische Gesichtspunkte zu spielen haben.

Aufbauend auf dem ersten wird im zweiten Teil der Arbeit der Verlauf der Kupferstraße in ihrer ursprünglichen Linienführung rekonstruiert und kartiert. Dabei konnte zwar auf Vorarbeiten aufgebaut werden, aber deren Kartierung erfolgte in der Regel nur in Form einer Aneinanderreihung gerader Linien, die zwischen den berührten Orten gezogen wurden. Die Methode der den Verlaufsspuren folgenden Rekonstruktion und ihr Ergebnis sind überzeugend. – In den vergangenen fünfzig Jahren dürfte es an diesem oder jenem Straßenabschnitt Präzisierungen gegeben haben. Sie wird es auch weiterhin geben. Der Rezensent hat solche im Raum Saalfeld-Bad Blankenburg-Schwarza-Rudolstadt erarbeitet. Als der Beitrag bereits gedruckt war, fand er eine Eintragung in einer Karte, aus der eine weitere, diesmal die Saale überschreitende Variante hervorging. Hinweise auf noch nicht erkannte Wegevarianten sind wohl am ehesten in noch nicht unter diesem Aspekt gesichteten archivalischen Quellen zu finden.

Die Frage, ob die Kupferstraße bis in prähistorische Zeit zurückreicht, beantwortet Diplomand Bahn wesentlich zurückhaltender: *Die Funde bestätigen manches, aber die Straße bleibt insgesamt als Altfernweg doch etwas unsicher.* Zwischen einer römischen Münze, die um 28 v. Chr. geprägt wurde und der ersten schriftlichen Nennung als Hohe Straße im Jahr 1120 klafft eine sehr große zeitliche Lücke, die interpoliert werden müsste. Darauf wird in der Arbeit eingegangen. Darüber hinaus möchte der Rezensent zu bedenken geben, dass diese Münze nicht nur auf dem Süd-Nord-Weg an den Fundort Hochdorf gelangt sein kann, sondern eben so gut auf dem West-Ost-Weg über die Ilm-Saale-Platte. Beide Fernwege kreuzten sich an diesem Ort und dürfen sich deshalb auch die Wahrscheinlichkeit teilen. Der Diplomand setzt darauf, dass die Archäologie die Beweislage verbessern wird: *Vertrauen wir also dem Fundbild und hoffen, dass es sich weiter verdichtet [...]* – In der Tat, hier hilft archiviertes Schriftgut nicht.

Die Diplomarbeit zeichnet sich durch eine wissenschaftliche Denk- und Arbeitsweise aus, wie sie eher selten bei studentischen Abschlussarbeiten zu finden ist. Sie zeigt eine für einen Diplomanden erstaunliche Fähigkeit, theoretischen und praktischen Seiten seines Themas gleichermaßen gerecht zu werden.

Wer sich für die Kupferstraße interessiert, wird die nunmehr im Druck vorliegende Arbeit mit Gewinn lesen, wer sich selbst mit dieser alten Fernstraße auseinandersetzen will, kommt nicht an ihr vorbei. Für jene, die sich das Ziel gesetzt haben, den Verlauf alter Wege zu rekonstruieren, bietet die Arbeit eine Einführung in theoretische Aspekte und in die Komplexität dessen, was sie sich vorgenommen haben. Und sie macht vor, wie man dabei vorgehen kann. Die Collage auf dem Umschlag vermittelt in gelungener Weise einen bildhaften Eindruck vom Ergebnis.

Hans Schmigalla, Rudolstadt

Andreas HUMMEL, Volker SCHIMPF und Hans-Jürgen BEIER (Hrsg.): Von Kirchen und Burgen. Gedenkschrift für Günter Hummel. Langenweißbach: Beier& Beran 2016 (Beiträge zur Frühgeschichte und zum Mittelalter Ostthüringens, 7). 397 S. Zahlreiche Farb- und s/w-Abbildungen. ISBN: 978-3-95741-049-8. Preis: 39,- EUR.

Der an kunsthistorischen Fragen, spätgotischer Schnitzkunst, Dorfkirchen oder Steinkreuzen mit einem regionalen Schwerpunkt auf dem östlichen Thüringen und Westsachsen Interessierte, gleich ob Laie oder Fachmann, kommt am Œuvre Günter Hummels nicht vorbei. Er entfaltete im Laufe seines Lebens eine rege, zumeist interdisziplinäre Forschungs- und Publikationstätigkeit, die sich neben den bereits genannten Bereichen allgemein auf das Mittelalter erstreckte, Kleindenkmale ebenso einschloss wie Kirchen und Burgen, aber auch Volkstümliches und Sagen. Parallel dazu wirkte Günter Hummel an der Entstehung verschiedener Ausstellungskataloge mit oder kuratierte selbst verschiedene Ausstellungen. Auf diese Weise erarbeitete er sich einen wichtigen Platz in der Forschungslandschaft Thüringens und Sachsens, der ihm von Fachleuten und Laien gleichermaßen gern eingeräumt wurde. Vieles könnte man noch sagen, doch der enge Rahmen einer Rezension zwingt natürlich zur Verkürzung, die dem Schaffen des 2013 plötzlich verstorbenen Günter Hummels kaum gerecht werden kann.

Aus Anlass des frühen Todes von Günter Hummel im Jahre 2013 haben sein Sohn Andreas, Freunde, Kollegen und viele Weggefährten über 20 Beiträge für einen Gedenkband beige-steuert, den es hier zu vorzustellen gilt.

Der erste Teil des Buches ist vollständig dem Andenken an Günter Hummel gewidmet und enthält neben einem Gedicht von Frank REINHOLD eine Bibliographie (S. 5–20), zusammengestellt von Andreas HUMMEL, sowie eine Darstellung seines Wirkens und seiner Forschungsschwerpunkte (S. 37–58); ebenfalls verfasst von seinem Sohn. Dem anzuschließen ist der Beitrag von Hans-Jürgen BEIER,

der darin das ehrenamtliche Schaffen Günter Hummels als Ausstellungskurator im Stadt- und Dampfmaschinenmuseum Werdau würdigt (S. 59–64). Der erste Block wird durch einen posthum veröffentlichten Beitrag Günter HUMMELS, der durch Andreas HUMMEL und die langjährige Weggefährtin Barbara LÖWE bearbeitet wurde, abgerundet. Gern hätte dieser Aufsatz zur Kaynaer Kirche, der nochmals auf die Forschungsinteressen Hummels fokussiert, auch an das Ende des ersten Teiles gesetzt werden können, quasi als Überleitung zu den übrigen Beiträgen. Sie sind unter den Stichworten „Kunstgeschichte“, „Archäologie“, „Bauforschung“ und „Geschichte“ zusammengefasst und spiegeln abermals die verschiedenen Interessengebiete Günter Hummels wider. Nun ist hier nicht Raum, jeden einzelnen der Beiträge ausführlich zu besprechen, sodass eine kursorische Gesamtschau geboten werden wird.

In den ersten beiden Beiträgen von Gerhard WERNER und Gunter LASCH des mit Kunstgeschichte überschriebenen Teiles stehen der spätgotische Flügelaltar der Stadtkirche von Münchenbernsdorf (S. 65–70) und Gotische Skulpturen der Dorfkirche zu Brünlos (S. 71–91), deren Beschreibung und kunsthistorische Einordnung Günter Hummel zu verdanken ist (S. 71), im Mittelpunkt der Betrachtungen. LASCH geht der Vermutung nach, die Skulpturen könnten in der ehemaligen Burg Stalberg bei Stollberg/Erzgebirge die Burgkapelle geziert habe. Deshalb legt er zunächst die Geschichte der Burg dar (S. 72–75), bevor er sich en détail mit den gotischen Figuren auseinandersetzt (S. 76–86). Anschließend stellt LASCH Überlegungen an, wie die Skulpturen, die Teil eines Flügelaltars gewesen seien, von Stollberg nach Brünlos gelangt sein könnten (S. 86–88). Er kommt hier zu dem Schluss – der so sicher kaum zu verifizieren sein wird, dennoch Einiges für sich hat –, dass die im Zuge des „Bergbau-Booms“ gewachsene Bedeutung von Brünlos ursächlich dafür war, woraufhin der für Brünlos zuständige Stollberger Diakon mitsamt dem Stollberger Pfarrer veranlasst hätte, einen in der Burgkapelle unnötig gewordenen Altar nach Brünlos zu transferieren (S. 88 f.).

Pilgerzeichen, mit denen sich Günter Hummel auch immer wieder beschäftigte, bilden den Untersuchungsgegenstand des Aufsatzes von Jan HRDINA, Carina BRUMME und Hartmut KÜHNE (S. 93–122). Neben ein paar persönlichen Vorbemerkungen über die Beziehungen zur Günter Hummel bietet der Beitrag eine Darstellung von Prager, Meißner und Magdeburger Pilgerzeichen (S. 95–109). Sie gipfelt in dem Versuch einer Neuinterpretation, indem nach dem verbindenden Element dieser Pilgerzeichen gefragt wird (S. 109). An dieser Stelle fällt der Blick auf die Päpste Urban VI. und Bonifaz IX. Erstgenannter verkündete 1389 ein Heiliges Jahr, der andere gewährte 1390 die Gnade eines vollkommenen Ablasses, wofür der Gläubige bestimmte Orte zu besuchen und eine Summe Geldes zu opfern hatte (S. 110). Derartige Feiern wurden auch in wettinischen Ländern ausgerichtet, die Entstehung der vorgestellten Pilgerzeichen daher als *Zeugen dieser territorialen Jubiläen* eingeschätzt (S. 112 f.). Der Beitrag wird durch eine anschließende

Übersicht anderer mit Wappen verzierter Pilgerzeichen und deren Verbreitung abgerundet (S. 114–122).

Am Schnittpunkt von Kunstgeschichte und Bauforschung bewegen sich die Ausführungen von Mario TITZE, der das in Carlsfeld im Erzgebirge befindliche barocke Hammerherrenhaus, dessen Geschichte und bemerkenswerten Ausschmückungen vorstellt (S. 123–137).

Welche spannenden Einblicke und Erkenntnisgewinne archäologische Untersuchungen zeitigen können, machen die Beiträge von Ines SPAZIER und Thomas QUECK deutlich. Der Beitrag von Ines Spazier dokumentiert die Ergebnisse der seit 2004 in Greiz auf dem Oberen Schloss stattfindenden archäologischen Untersuchungen (S. 139–166), die zum einen zeigen konnten, dass die Burganlage bereits vor ihrer Ersterwähnung 1209 in der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts errichtet wurde (S. 139). Bemerkenswert sind zum anderen zwei bisher unbekannte Brunnen, deren Tiefe 50 m betragen haben muss (S. 141–143), sowie ein Geschossspitzendepot und einige Blidenkugeln, die mit einer Belagerung der Burg im 15. Jahrhundert in Verbindung gebracht werden (S. 146). So spannend dieser Befund ist, so wenig erschließt sich dem Leser, warum Geschossspitzen und Blidenkugeln auf einen im oberen Schlosshof vermuteten Bergfried hinweisen (S. 146). Gleichwohl ist daraus zu schließen, dass die Archäologie zwar viele Fragen beantworten kann, zugleich aber immer wieder neue hervorruft. Thomas QUECK zeigt in seinen Ausführungen, welche spannenden Befunde archäologische Ausgrabungen in einer Dorfkirche, konkret der Kirche in Beutnitz, selbst auf sehr begrenzter Grabungsfläche ihrer Entdeckung harren (S. 167–171). Neben dem Apsisfundament eines romanischen Vorgängerbauwerks (S. 169) und einem Stampflehmfußboden kamen mehrere Grabgruben zum Vorschein, die teilweise noch Skelettmaterial enthielten. Aufgrund der Beschaffenheit der Grabgruben und ihrer Lage sind sie als Traufbestattungen von Kleinkindern anzusprechen, die bereits vor ihrer Taufe verstorben waren und durch diese besondere Bestattungsform, indem Regenwasser vom Kirchendach auf die Gräber tropfte, eine Art symbolische Taufe erfahren sollten (S. 169 f.).

Über stadtarchäologische Untersuchungen in Zwickau, genauer im Bereich des Domhofes, berichtet Jörg WICKE (S. 173–177). Dort stand bis in das 19. Jahrhundert das sogenannte „Lasansche Haus“, das einer der einflussreichsten Familien in Zwickau gehörte. Unter Hinzuziehung schriftlicher Quellen rekonstruiert er im Anschluss an die knappe Darstellung der archäologischen Befunde die weitere Geschichte des Grundstücks.

Am Schluss des archäologischen Blockes steht ein kurzer Beitrag von Sebastian SCHOPPLICH über die Wiederaufstellung des Culmer Steinkreuzes (S. 179–182). Das originale Steinkreuz war 1979 schon an anderer Stelle errichtet, 2005 aber gestohlen worden und nicht wieder aufgetaucht. Deshalb hatte sich Sebastian Schopplich entschlossen, eine Replik zu stiften und diese aufstellen zu lassen.

Den Reigen der bauhistorischen Aufsätze eröffnet Dirk HÖHNE mit einer Darlegung methodischer Ansätze zur Erforschung mittelalterlicher Dorfkirchen (S. 183–210), die lange wenig Aufmerksamkeit seitens der Forschung erfahren hätten. Er mahnt an, dass hier nur interdisziplinäre Arbeitsweisen weiterführende Erkenntnis bringen können (S. 183) und stellt im Folgenden einige Datierungsmöglichkeiten, etwa durch Dendrochronologie (S. 185–188), die weniger beachteten Fugenritzungen (S. 188–191) oder gefügekundliche Untersuchungen am Beispiel der Kirchen in Sylbitz und Thaldorf (S. 191–196) sowie die Campanologie (Glockenkunde) und die Numismatik vor (S. 196–199). Anschließend rücken archivalische Untersuchungen in den Fokus (S. 199–204), bevor Dirk HÖHNE am Ende des Beitrags Kirchenbauten des 19. Jahrhunderts am Beispiel der Kirchen von Wallwitz und Niemberg näher betrachtet werden.

Lutz SCHERF stellt in seinem Beitrag die baugeschichtlichen Untersuchungen an der Kirche St. Petri zu Dorna zur Diskussion (S. 211–223). Diese Kirche war schon für Günter Hummel *etwas ganz Besonderes* (S. 211). In Ihren Ursprüngen geht sie wohl auf eine im 12. Jahrhundert entstandene Saalkirche zurück, was sich an mehreren erhaltenen Bauteilen erkennen lässt (S. 212). Baumaßnahmen seit den 1990er Jahren erlaubten Einblicke in die Baugeschichte dieser Kirche. Die Einzelbefunde werden gründlich dargestellt und am Ende des Beitrages kurz zusammengefasst (S. 221–223).

Kirchen in und um Jena bilden den Gegenstand des Aufsatzes von Rainer MÜLLER (S. 225–255). Sein Anliegen ist die exemplarische Darstellung der Entwicklung von Kirchenbauten von ihren Anfängen bis in die Neuzeit (S. 225). Nach einer knappen historischen Kontextualisierung des Untersuchungsraumes und der Darlegung der heterogenen Überlieferungslage (S. 225–227) beginnt Rainer MÜLLER mit der Umsetzung seines Vorhabens. Den Auftakt bildet die Jenaer Stadtkirche St. Michael (S. 227–229), die schon oft Ziel von Untersuchungen war. Im Anschluss daran rücken die romanische Kirchen von Nennsdorf, Dürrrengleina, Maua und Zwätzen in den Fokus (S. 229–232). Die Entwicklungen zu gotischen Kirchen werden an den Kirchen von Zwätzen, Bucha und Beutnitz, Golmsdorf und Löberschütz exemplifiziert (S. 232–238), bevor spätgotische Kirchen vorgestellt werden (in Auswahl Wenigenjena, Ziegenhain, Vierzehnheiligen und Lichtenhain, Gröben und Göschwitz) (S. 238–249). Den Abschluss des Beitrages bilden Betrachtungen zum nachreformatorischen Kirchenbau, wofür etwa die so genannte Friedenskirche in Jena ein Beispiel ist, und eine kurze thesenartige Zusammenfassung der Beobachtungen (S. 249–255).

Als besonderes bauhistorisch bemerkenswertes Kleinod gilt die Burg Droyßig, die in der älteren Literatur schon einmal mit der Ordensburg Crac des Chevaliers verglichen wurde (S. 257). Der Entwicklung der Burg Droyßig sowie dem Befestigungsbau im 15. Jahrhunderts in Mitteldeutschland widmen sich Benjamin RUDOLPH und Reinhard SCHMITT (S. 257–274). Einem knapp gehaltenen Forschungsüberblick folgen die Baubeschreibung und -untersuchung der Burg

Droyßig (S. 257–267), denen sich bauliche Vergleiche anschließen. Vorgestellt werden hier beispielweise die Burgen in Schkölen, Zerbst, Elsterberg/Vogtland oder die Leuchtenburg. Durch Untersuchung und Vergleich kann die Burg in Droyßig in die Mitte des 15. Jahrhunderts datiert werden (S. 274). Obschon ein konzentrierter Überblick zu ausgewählten Befestigungen des 15. Jahrhunderts geboten wird, fragt sich der Leser, ob die vorgestellten Befestigungen im Zuge von Hussitenkriegen und dem Sächsischem Bruderkrieg entwickelt wurden, wie es der Titel des Beitrages nahelegt. Beantwortet wird diese Frage leider nicht.

Der Burg Schönfels in der Gemeinde Lichtentanne gehen Ina SCHUMANN und Andreas HUMMEL nach (S. 275–288). Besonders deren Unterburg, die sich nach jüngeren bauarchäologischen Untersuchungen als sehr bedeutend erwiesen hat (S. 277), bildet das Zentrum der Betrachtung. Besprochen werden sowohl archäologische als auch bauhistorische Befunde und Funde. Die Masse der archäologischen Funde bildet Keramik des 13. bis 17. Jahrhunderts (S. 282 f.). Ihrer Vorlage schließen sich eine Dokumentation von Sanierungs- und Restaurierungsmaßnahmen (S. 283–285), der heutigen Nutzung der Unterburg (S. 284 f.) sowie ein Fundkatalog (S. 285 f.) an.

Dörte HANSEN wertet in ihrem Beitrag die Baurechnungen des Doppelamtes Jena-Burgau als Quellen für die Wirtschafts- und Sozialgeschichte aus (S. 288–300). Aus diesem Grund hätte der Beitrag auch gern in den mit „Geschichte“ überschriebenen Teil des Bandes platziert werden können. Dörte HANSEN richtet eine ganze Reihe von Fragen an das Material: welche Baumaßnahmen lassen sich generell ermitteln, woher stammt das Personal, welche Arbeiten wurden konkret ausgeführt etc. (S. 290). Neben ständigen kleineren Reparaturen, die an verschiedenen Gebäuden des Doppelamtes angefallen sind (S. 290), widmet sich die Verfasserin detaillierter den Bauarbeiten am Jenaer Schloss (S. 292–297), dem Bau eines Weinkellers (S. 297 f.) sowie den beiden Burgauer Brücken (S. 298–300), von denen eine als hölzerner Vorgängerbau der noch heute vorhandenen Steinbrücke identifiziert wird (S. 298). Insgesamt bietet die Auswertung der Baurechnungen einen spannenden Einblick nicht nur in die Organisation der Arbeitsabläufe, sondern erlaubt etwa auch Rückschlüsse auf klimageschichtliche Ereignisse (S. 300) im spätmittelalterlichen und frühneuzeitlichen Jena und Burgau.

In dem heutigen Geraer Ortsteil Roben führen die Betrachtungen zur Baugeschichte der dortigen Pfarrei und Schule von Udo HAGNER (S. 301–306). Im Wesentlichen beschreibt er anhand archivalischer Quellen die Gebäude, aber auch die Streitigkeiten zwischen Gemeinden und Pfarrer über den Wiederaufbau eines Stalles, der durch einen Brand zerstört worden war (S. 303 f.).

Ausgehend von der Beobachtung, dass an der oberen Schnauder bis in die zweite Hälfte des 11. Jahrhunderts keinerlei bereits 976 ersterwähnte Reichsgüter an Dritte vergeben wurden, rekonstruiert Volker SCHIMPF in seinem Beitrag (S. 307–313) am Beginn des mit „Geschichte“ überschriebenen Blockes einen Königsgutbezirk. Den Aufenthalt Heinrichs III. vom 2. Juli 1043 in *Stochus* veror-

tet er im hier gelegenen Stockhausen (S. 308), was er im Folgenden hinreichend begründet. Im Zuge seiner Darlegungen widmet er sich unter anderem den Kirchen in Lobas und Kayna, die auch durch Günter Hummel eingehend untersucht worden waren, und sieht in ihnen die Reste des *hochmittelalterlichen Königsgutbezirks* [s] *an der oberen Schnauder* (S. 313).

Einem anderen Problemfeld, der Identifizierung von ehemaligen Burgen in Rudolstadt, gelten die Ausführungen von Hans SCHMIGALLA (S. 315–352). Dabei analysiert er die Schwierigkeiten der Zuordnung von Burgennamen/-bezeichnungen zu ihren Standorten unter Berücksichtigung von deren Lagebeziehungen zu Kirche und Stadtbefestigung (S. 316–324) und versucht, die ehemaligen Standortbedingungen und das ursprüngliche Relief des Zechsteinsporn, auf dem heute Schloss Heidecksburg steht, zu rekonstruieren (S. 324–330). Unter Berücksichtigung weiterer Beobachtungen, der Zuwegung zu den Burgen, der historischen und archäologischen Überlieferung lokalisiert Hans SCHMIGALLA das urkundlich genannte *obere hus* im Bereich der Schlossgartenterrasse und das *nideren hus* auf dem Ludwigsburgareal, gesteht aber am Ende seine Beitrages zu, trotz neuer Fakten, keineswegs alle Rudolstädter Burgenprobleme gelöst zu haben (S. 350).

Sven Michael KLEIN widmet sich in einer essayistischen Betrachtung der Geschichte des Vogtlandes vom Mittelalter zur Neuzeit (S. 353–364). Dabei setzt er sich eingehender mit den diese Region prägenden Adelsfamilien, den Herren von Gera (S. 355–358), den Reußen zu Greiz (S. 358–362) sowie den Burggrafen von Meißen (S. 362–364), auseinander.

Gänzlich in der Neuzeit angelangt ist der Leser mit dem Beitrag von Stefan MICHEL (S. 365–372), der das historische und theologische Umfeld des Greizer Kirchenbaues von 1803–1805 in den Blick nimmt und dabei auch die theologische Aufklärung in Greiz berücksichtigt. Vorgeführt wird deren Ausbreitung am Wirken des Superintendenten Friedrich Traugott Wettengel (S. 367–369). Zum Schluss konstatiert der Verfasser, dass sich im 19. Jahrhundert nicht nur die Kirche, sondern auch die Kirchgänger spürbar veränderten (S. 370).

Gustav WOLF widmet sich in seiner Abhandlung dem Wirken des Altenburger Brüderpaars Ernst und Friedrich Förster im „langen“ 19. Jahrhundert (S. 373–397). Auf deren Bedeutung wurde WOLF von Günter Hummel aufmerksam gemacht. Im Zuge dessen stellte Günter Hummel von ihm verfasste Lebensläufe zur Verfügung, die die Grundlage der weiteren Beschäftigung mit den Brüdern bildeten. Zu Beginn werden beide Brüder vorgestellt und anschließend umfassend ihr stadt- und landeshistorisch wertvolles Wirken mit den gesellschaftlichen Umwälzungen der Zeit kontextualisiert.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass mit dem hier vorgestellten Band nicht nur zahlreiche Facetten landesgeschichtlicher Forschungen von Kunsthistorikern, Archäologen, Museologen, Bau- und Regionalforschern vorgelegt werden, sondern es wird in würdiger Weise des allseits geschätzten, produktiven und ver-

sierten Forschers Günter Hummel gedacht. Gerade deshalb ist der Gedenkschrift eine weite Verbreitung zu wünschen.

Pierre Fütterer, Jena

Winfried SPEITKAMP (Hrsg.): Ritter, Grafen und Fürsten – weltliche Herrschaften im hessischen Raum ca. 900–1806. Marburg: Selbstverlag 2014 (Handbuch der hessischen Geschichte, 3 = Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Hessen, 63). XVIII, 530 S. ISBN: 978-3-942225-17-5. Preis: 36,- EUR.

Die bereits seit 1980 erscheinende Reihe des Handbuches der hessischen Geschichte verfolgt mit dem vorliegenden Band eine neue Ausrichtung. Die einzelnen Werke sollen nicht mehr alle Themenbereiche einer Epoche abdecken, sondern im Vordergrund stehen nun stärker eingegrenzte, auf bestimmte Schwerpunkte bezogene Beiträge. Der Fokus des vorliegenden Buches liegt auf den territorialpolitischen Entwicklungen der einzelnen weltlichen Territorien im hessischen Raum. In seiner Zielstellung verfolgt der Band den Anspruch, neue thematische Schwerpunkte zu setzen, damit dem Duktus einer bloßen Aufsatzsammlung zu entgehen und stattdessen als Nachschlagewerk und Hilfsmittel wahrgenommen zu werden, welches die neuesten Forschungstendenzen und Fragen anschaulich diskutiert. Zeitlich wird der Rahmen vom Mittelalter bis zum Ausgang des Alten Reiches gespannt. Für einen schnellen inhaltlichen Überblick findet sich zu Beginn eines jeden Beitrages ein Inhaltsverzeichnis. Für die weitergehende Beschäftigung mit den Themen stehen umfangreiche Quellen- und Literaturverzeichnisse zur Verfügung. Komplementiert wird der Band durch ein detailliertes Orts- und Personenregister.

Das politische Wirken des Adels war durch die Jahrhunderte hindurch von Bestrebungen einer machtpolitischen Erhöhung der eigenen Dynastie, einhergehend mit dem territorialen Herrschaftsausbau des eigenen Besitzes, geprägt. In den weltlichen Territorien des hessischen Raumes lassen sich diese Tendenzen an den einzelnen Adelsgeschlechtern erkennen. Klaus EILER stellt fest, dass dem ursprünglich im 12. Jahrhundert auftretenden Nassauer Grafenhaus durch politisch kluges Taktieren der machtpolitische Aufstieg zu einem der erfolgreichsten und bedeutendsten hessischen Grafengeschlechter gelang. Entscheidend dafür war nicht nur ihre enge Verbindung zum Erzstift Mainz, wobei sie zeitweise den Mainzer Erzbischofsthuhl durch Vertreter des eigenen Hauses besetzten, sondern vor allem ihre Königsnähe, die je nach politischer Situation durch entscheidende Wechsel gewahrt wurde. Bilanzierend lässt sich festhalten: Selbst die unzähligen Herrschaftsteilungen des Nassauer Grafenhauses und die damit einhergehenden Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Linien, die Konflikte mit dem regionalen Adel, die immerwährende Bedrängnis durch die benachbarten Fürstentümer (hauptsächlich des Landgrafen von Hessen) und die starke Zer-

störung ihrer Herrschaftsgebiete im 30jährigen Krieg konnten den Aufstieg der Grafen von Nassau nicht verhindern (S. 3–91). Dass die im 12. Jahrhundert erstmals als Grafen bezeichnete Familie von Katzenelnbogen machtpolitisch ebenfalls sehr erfolgreich war und bis ins 15. Jahrhundert zu einer der führenden Familien des Rhein-Main-Gebietes aufstieg, führen Georg SCHMIDT und Anke STÖSSER aus. Die große Zersplitterung ihres Besitzkomplexes und die starke Konkurrenz der ebenfalls am eigenen landesherrschaftlichen Ausbau interessierten Nachbarn brachte die Katzenelnbogener dazu, den eigenen Herrschaftsausbau durch eine umfangreiche Finanzpolitik voranzutreiben. Diese führte letzten Endes zwar zum großen Reichtum des Grafenhauses, brachte ihm aber nicht in allen Bereichen den gewünschten Erfolg. So wurden sie zwar von vielen Fürsten als Kreditgeber anerkannt, aber nicht als Standesgenossen. Dennoch hinterließ Philipp der Ältere mit seinem Tod 1479, mit dem das Geschlecht derer von Katzenelnbogen im Mannesstamm ausstarb, ein umfangreiches und finanziell gut situiertes Erbe (S. 127–150).

Dem Expansionsdruck mächtiger Nachbarn konnte nicht jeder so entscheidend entgegentreten und die eigene Landesherrschaft erfolgreich ausbauen. Ähnlich wie Jürgen Rainer WOLF für die Herren von Erbach feststellt, dass sie zwischen Kurmainz und Kurpfalz standen und immer wieder Besitzverluste oder Abhängigkeiten von diesen hinnehmen mussten (S. 173–194), vermerkt er auch für die Grafen von Solms, dass sich diese im Spannungsfeld der Landgrafschaft Hessen und der Grafen von Nassau bewegten. Zwar konnten sich die Solmser Grafen in der Wetterau entfalten, erfuhren aber bis ins 18. Jahrhundert hinein fortschreitende Besitzverluste – unter anderem an die Landgrafen von Hessen – sodass die einzelnen Familienmitglieder auf auswärtige Dienste beispielsweise beim Militär angewiesen waren (S. 377–402). Ähnlich schwierig, so stellt Klaus EILER fest, war es für die kleinen Herrschaften an der Lahn. Stark bedrängt durch das mächtige Erzstift Trier konnte die in der Reichshierarchie nicht unbedeutende Herrschaft Limburg auch durch den wiederholten Reichsdienst der Herren von Isenburg-Limburg nicht vergrößert werden. Im Gegenteil, die durch den Reichsdienst entstandene hohe Verschuldung zwang die Herren schließlich, ihre Herrschaft dem Erzbischof Balduin von Trier zu Lehen aufzutragen. Von der offensiven Territorialpolitik des Erzstiftes Trier blieben schließlich auch die Herrschaften Runkel und Schadeck nicht verschont. Die weite Streulage ihrer Besitzungen, deren mangelnde wirtschaftliche Bedeutung, aber vor allem die standesgemäße Versorgung der zahlreichen Familienmitglieder und die damit einhergehenden häufig auftretenden Auseinandersetzungen, ermöglichten es den Trierer Erzbischöfen, auch hier ihren Einfluss sukzessive zu erhöhen (S. 103–124).

Eine starke territoriale Zersplitterung, die einen andauernden Konkurrenzkampf zahlreicher kleinerer Adliger nach sich zog, erhöhte die Chancen der fürstlichen Einflussnahme in der jeweiligen Region. Anke STÖSSER verdeutlicht dies am Beispiel der Herrschaftsträger im Gebiet zwischen Rhein und Odenwald vom

12. Jahrhundert bis zum Ausgang des Alten Reiches. Die Pfalzgrafen hatten die bedeutendste Herrschaft dieser Region inne und spielten als Lehns- und Dienstherrn in diesem Territorialsystem eine entscheidende Rolle (S. 153–170). Georg SCHMIDT zeigt dagegen auf, dass der Adel sich zu behaupten versuchte. So am Beispiel des Wetterauer Grafenvereins, der als ein Verbund hochadliger, aber minderächtiger Reichsstände mit den Bestrebungen entstand, sich dem fürstlichen Expansionsdruck zu widersetzen und die Mitwirkung auf den Reichstagen zu erlangen (S. 327–346). Weiterhin arbeitet SCHMIDT heraus, dass nicht nur der Adel selbst, sondern auch der Kaiser mit der im 16. Jahrhundert erfolgten Ausbildung eines reichsunmittelbaren Adels – beispielsweise in der Wetterau – das Ziel verfolgte, ein Gegengewicht zu den neuen fürstlichen Landesstaaten zu schaffen (S. 349–375). Ulrich REULING konnte für die Herrschaftsträger der Grafschaft Ziegenhain darlegen, dass die Grafen das mit ihrer geographischen Lage zusammenhängende politische Werben der Landgrafschaft Hessen und des Erzstiftes Mainz in deren Auseinandersetzungen um das hessische Erbe des 1247 im Mannesstamm ausgestorbenen Landgrafenhauses von Thüringen für ihre eigenen Interessen ausnutzten. Die Konkurrenz beider ermöglichte den Grafen eine selbstständige, auf ihren Vorteil ausgelegte Bündnispolitik mit ihnen, die zwar einen Untergang zwischen den übermächtigen Nachbarn unterband, dem eigenen Herrschaftsaufbau aber die möglichen Ressourcen entzog. Im 15. Jahrhundert waren sie schließlich gezwungen, die Grafschaft Ziegenhain-Nidda den hessischen Landgrafen zu Lehen aufzutragen (S. 405–422). Johannes BURKARDT konstatiert den Herrschaftsträgern der Grafschaft Wittgenstein eine Schaukelpolitik, durch die sie versuchten, ihrer mächtigen Nachbarn (Hessen, Erzstift Mainz, Nassau und Kurköln) Herr zu werden, und die an den immerzu wechselnden Lehnsverhältnissen deutlich wird. Dieses Lavieren verhinderte zwar einen Untergang der Grafschaft, beinhaltete aber immerzu wechselnde Abhängigkeitsverhältnisse (S. 467–489).

Eine territoriale Zersplitterung konnte aber auch die Möglichkeit der eigenen Machterweiterung bieten, beispielsweise durch das Aussterben einzelner konkurrierender Adelsgeschlechter. Dies stellt Klaus-Peter DECKER an dem nicht nur geographisch fassbaren, sondern auch politisch unterschiedlich ausgedehnten Landschaftsraum der Wetterau fest, der zeitweise zu den Kernlandschaften des Reiches gehörte. Die stark von den Staufern geprägte Region ist charakterisiert durch viele Reichsministeriale und Dienstmännern unfreien Standes, die in der Nähe zum König die besten Aufstiegschancen sahen. Besonders herausragend in dem komplexen vom König kontrollierten Machtgeflecht waren die Reichsministerialen von Münzberg und die Edelherrn von Büdingen. Im 13. Jahrhundert wandelte sich das Bild der Wetterau. Viele etablierte Adelsgeschlechter starben aus, und auch der Einfluss des Reiches ging nach dem Ende der Staufer zurück. Dies ermöglichte den Aufstieg anderer Familien, was einen Umbruch und eine Neuorientierung der kleinen Herrschaftsträger und der Ministerialen nach sich zog

(S. 275–325). Am Beispiel der Isenburger verdeutlicht DECKER jene Entwicklung. Denn diese zogen daraus Gewinn und konnten durch eine zielgerichtete Heiratspolitik – unter anderem in den Kreis der Münzberger Erben – ihre Besitzungen territorial erweitern. (S. 233–272) Den Ausführungen von EILER folgend, waren die Grafen von Diez weniger erfolgreich. Sie verfolgten seit dem 12. Jahrhundert zwar ebenfalls territorialpolitische Ziele, vermochten sie gegen die zahlreichen Kontrahenten in ihrer Region aber nicht durchzusetzen. Die desolante finanzielle Lage und die daraus resultierenden zunehmenden Verpfändungen führten dazu, dass sich mit dem Tod des letzten Diezer Grafen 1386 dessen Territorium fast ausschließlich in fremden Händen befand. Die Linie Weilnau starb 1451 ebenfalls aus (S. 93–101).

Die Nähe zum Reich konnte für den eigenen landesherrschaftlichen Ausbau fördernd sein. Uta LÖWENSTEIN kann dies für die Grafen von Hanau nachweisen. Der Aufstieg der Hanauer Grafenfamilie und die Ausbildung ihres Territoriums war nur durch die von Anfang an bis in die 60er Jahre des 14. Jahrhunderts an König und Kaiser vorherrschende enge Bindung durchführbar. Denn diese ermöglichte ihnen gute Kontakte und günstige Heiratsverbindungen, die durch entsprechende Erbgänge bedeutende territoriale Gewinne nach sich zogen (S. 197–230). Für die Herrschaftsträger der Grafschaft Waldeck konnte Gerhard MENK beobachten, dass das Reich zwar durch die Jahrhunderte hindurch immer wieder eine der wichtigsten Stützen ihrer Herrschaft war, die bereits im 15. Jahrhundert durch die hohe Schuldenlast entstandene Lehnsauftragung an die Landgrafschaft Hessen konnte dadurch aber nicht verhindert werden. Im Hinblick auf die ebenfalls im 15. Jahrhundert mehrfach stattgefundenen unmittelbaren Belehnungen der Waldecker Grafen durch das Reich war die Frage nach der endgültigen Zugehörigkeit der Grafschaft – ob nun in hessischer Abhängigkeit oder reichsunmittelbar – bis zum Ende des Alten Reiches ein immerwährendes Streitthema zwischen den beiden Kontrahenten. Die Waldecker Grafen nutzten diesen Umstand für ihre Interessen aus, indem sie sich beispielsweise nach der Einführung der Reformation auf die Seite des ebenfalls reformatorischen Landgrafen von Hessen stellten, sich nach dessen Schwächung aber wieder dem Kaiser zuwandten (S. 425–465).

Der vorliegende Band verdeutlicht eindrucksvoll und in seiner Detailliertheit, dass die Geschichte des hessischen Raumes nicht nur auf der Ebene der Landgrafen und großen Territorien geschrieben wurde, sondern auch die zahlreichen Veränderungen der kleineren weltlichen Herrschaftsträger einen entscheidenden Einfluss auf dieses Gebiet hatten. Die Summe der einzelnen Beiträge ergibt daher das geschlossene Bild einer dynamischen, sich immer wieder verändernden Adelsstruktur, die durch politisches Dynastie- und Familiendenken und das Bestreben nach dem Ausbau des eigenen Territoriums geprägt war.

Michael KOTULLA: Thüringische Verfassungsurkunden. Vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis heute, Heidelberg u. a.: Springer Verlag 2015. XXVI und 1159 S. ISBN: 978-3-662-43601-1. Preis: Hardcover: 179,99 EUR. eBook: 139,99 EUR.

Der vorliegende Editionsband ist Teil eines ambitionierten, auf Jahrzehnte angelegten Großprojekts des Bielefelder Rechtshistorikers Michael Kotulla, das die gesamte deutsche Verfassungsentwicklung seit Beginn des 19. Jahrhunderts in Gestalt der geschriebenen Verfassungsgesetze umfassend abbilden soll. Obwohl die einzelnen Bände der Gesamtreihe im Anschluss an die im ersten Band enthaltenen nationalstaatlichen Verfassungsdokumente die Konstitutionen der Einzelstaaten von Baden bis Württemberg in alphabetischer Folge abarbeiten sollen, ist im Falle Thüringens eine Ausnahme gemacht worden. Die thüringischen Staaten, die zwar zu den mindermächtigen Kleinstaaten gehörten, aber dennoch eine sehr frühzeitig einsetzende und vielgestaltige Verfassungsgeschichte besitzen, wurden vorgezogen und in einem gesonderten Band ausgekoppelt. Damit trägt Kotulla zum einen der Tatsache Rechnung, dass die Verfassungsgeschichte der thüringischen Staatenwelt viele regionale Besonderheiten und Interdependenzen aufweist, die ihre Zusammenfassung in einem gemeinsamen Band unabhängig von der alphabetischen Reihenfolge der Landesnamen sinnvoll erscheinen lässt, doch nutzte er zum anderen einfach nur den günstigen Umstand, dass die Überlieferung der meisten Quellentexte nicht nur zerstreut in den verschiedenen thüringischen Staatsarchiven aufzusuchen ist, sondern in der Historischen Bibliothek des Thüringer Oberlandesgerichtes in Jena, deren Bestand auf die jahrhundertelange Geschichte des gemeinsamen Obergerichtes der thüringischen Fürstentümer zurückgeht, auch weitgehend geschlossen vorliegt und unbürokratisch für die Edition zur Verfügung gestellt werden konnte. Der Band gliedert sich ebenso wie die anderen Bände der Reihe in einen historischen Überblicksteil, der die Verfassungsgeschichte der einzelnen thüringischen Fürstentümer und des Landes Thüringen im 19. und 20. Jahrhundert abhandelt, und einen Dokumententeil, der zunächst die „monarchischen Verfassungen“ bis 1918 und anschließend die „republikanischen Verfassungen“ von 1919 bis heute präsentiert. Erstmals wird damit die moderne Verfassungsgeschichte der thüringischen Region nicht nur in ihrer gesamten zeitlichen Erstreckung, sondern auch mit sämtlichen Gesetzestexten einschließlich der später erlassenen Änderungsgesetze dokumentiert. Die beiden Dokumententeile sind in alphabetischer Reihenfolge der einzelnen Staaten angeordnet worden, so dass die Dokumentation nicht mit den ersten konstitutionellen Grundgesetzen aus dem Jahr 1809 beginnt, sondern mit dem Staatsgrundgesetz der Herzogtümer Coburg und Gotha von 1849 (wodurch auch das historisch keineswegs unwesentliche Detail hervortritt, dass sich die Herzogtümer in diesem Grundgesetz nicht mehr als „sächsische“ Staaten definierten). Dann folgen die Verfassungen der reußischen Fürstentümer, der sächsischen Herzogtümer resp. des Großherzogtums Sachsen-Weimar-Eisenach und schließlich der beiden

schwarzburgischen Fürstentümer. Ebenso wird im Abschnitt über die „republikanischen“ Verfassungen verfahren, so dass die Genese der ersten gesamthüringischen Verfassung von 1920 aus der zwar nur kurzzeitigen, aber dennoch ungemein vielgestaltigen und teilweise von den historischen Akteuren bewusst als politische Experimentalphase verstandenen Verfassungsgebung der Einzelstaaten nach dem Ende der Monarchien in der Novemberrevolution von 1918 nachvollziehbar wird. Die gesamthüringischen Abschnitte dokumentieren schließlich die mit drei historischen Ansätzen verbundene Verfassungsgeschichte des Landes Thüringen. Die erste gesamthüringische Verfassungsgebung reichte vom Gemeinschaftsvertrag vom 4. Januar 1920 bis zu dem für Thüringen erlassenen speziellen nationalsozialistischen Ermächtigungsgesetz vom 3. Mai 1933, danach folgte die kurzlebige Verfassung des Landes Thüringen von 1946 und schließlich die des heutigen Thüringen von der Vorläufigen Landessatzung vom 7. November 1990 bis zum vierten Gesetz über die Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen vom 11. Oktober 2004. Die Dokumentation zählt zwar nur 48 Nummern, doch ist die Anzahl der edierten Dokumente mindestens dreimal so hoch, da die verfassungsergänzenden und -ändernden Gesetze den jeweiligen Verfassungen, auf die sie sich beziehen, zugeordnet sind. Die Quellengrundlage der Edition bilden in der Regel die als offizielle Separatdrucke oder in den Gesetzsammlungen veröffentlichten Texte. Diese Verfahrensweise ist für eine rechtsgeschichtliche Edition auch völlig korrekt, doch hätte sich der Landeshistoriker darüber hinaus auch Hinweise auf die Originalurkunden und deren Fundorte gewünscht. Auf diese Weise hätten manche Besonderheiten im Verfassungsgebungsprozess wie z. B. die Tatsache sichtbar gemacht werden können, dass das sachsen-weimar-eisenachische Grundgesetz vom 5. Mai 1816 zwar zunächst als handschriftliche Urkunde ausgefertigt, danach aber vor der Drucklegung noch mit einer Änderung versehen wurde, so dass die vom Großherzog nochmals vollzogenen und mit den Kontrasignaturen der Staatsminister versehenen Druckexemplare, die sich im Weimarer Hauptstaatsarchiv befinden (Landesarchiv Thüringen-Hauptstaatsarchiv Weimar, Urkunden 16 Mai 5 a-e) als definitive Verfassungsurkunden anzusehen sind. Der Band, mit dem Kotulla ein lange überfälliges Standardwerk für die thüringische Landesgeschichte geschaffen hat, wird durch ein Stichwortverzeichnis erschlossen.

Gerhard Müller, Jena

125 Jahre Erfurter Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1891–2016. Quellen zur Geschichte der sozialen Demokratie im Thüringischen Staatsarchiv Gotha 1848–1920. Konzeption und Texte v. Steffen ARNDT u. Rosemarie BARTHEL. Gotha: Druckmedienzentrum Gotha GmbH 2016 (Schriften des Thüringischen Staatsarchivs Gotha, 11). 158 S. mit zahlr. Abb. ISSN 1612-0582. Preis: 10,- EUR.

Die Geschichte der Arbeiterbewegung hat in Thüringen in den Jahren nach der deutschen Wiedervereinigung zunächst eher wenig Interesse gefunden. Im Zentrum von historischer Forschung und Geschichtspolitik standen das Land der Burgen und Residenzen, der Klassik und der Reformation sowie Themen wie Adel und Bürgertum, die in der Zeit der DDR vergleichsweise wenig Beachtung gefunden hatten. Dass Thüringen ein wichtiger Formierungsraum der frühen deutschen Arbeiterbewegung war und im Deutschen Kaiserreich bald zu den Hochburgen der Sozialdemokratie gehörte, war natürlich bekannt, dennoch war das Interesse an den Gründungsstätten der Partei zunächst eher schwach, was möglicherweise auch mit dem Streit um das Erbe zusammenhing, den die heutigen Sozialdemokraten mit ihrer linken Konkurrenz ausfochten. In den letzten Jahren ist die Beschäftigung mit der Geschichte der thüringischen Arbeiterbewegung und ihrer Bedeutung für die Entstehung und Entwicklung der sozialen Bewegungen in Deutschland wieder gewachsen. Das zeigt auch der vom Staatsarchiv Gotha vorgelegte Quellenband. Er geht auf eine Ausstellung zurück, die im Oktober 2016 aus Anlass des 125. Jahrestages des Erfurter Parteitags und Parteiprogramms in Gotha gezeigt wurde. Im Mittelpunkt des Buches stehen Bild- und Textquellen aus dem Gothaer Staatsarchiv von den Anfängen der Thüringer Arbeiterbewegung bis zur Landesgründung im Jahre 1920. Dabei handelt es sich nicht um eine kritische Edition, sondern um über 100 Faksimiles aus den reichhaltigen Gothaer Beständen. Darunter befinden sich zahlreiche Dokumente, die im Parteiarchiv der SPD durch die 1933 einsetzenden Verfolgungsmaßnahmen verloren gegangen sind, was den Band besonders wertvoll macht. Die Dokumente werden in 8 Unterabschnitten präsentiert, denen jeweils eine kurze historische Einordnung vorangestellt wird. Das Ziel des Buches ist es, die Entwicklung der thüringischen Sozialdemokratie in ihren Zentren Gotha und Erfurt von der Gründung bis zum Kapp-Putsch des Jahres 1920 anschaulich darzustellen und damit wieder ein größeres Interesse an einem wichtigen Thema Thüringer Geschichte zu wecken.

Im ersten Abschnitt geht es um die Entstehung der Sozialdemokratie in Thüringen, die vor allem mit dem Namen des aus Großbreitenbach stammenden Schuhmachers Wilhelm Bock verbunden ist. Er spielte schon 1869 beim Eisenacher Gründungsparteitag der ADAP als enger Vertrauter von August Bebel und Wilhelm Liebknecht eine wichtige Rolle, fungierte später von Gotha aus als Präsident der Internationalen Gewerkgenossenschaft der Schumacher und gehörte zu den Initiatoren des Gothaer Parteitags von 1875, der zur Vereinigung des von Lassalle gegründeten ADAV und der SDAP führte. Abgedruckt ist unter anderem ein Bericht des Bürgermeisters Bertram aus Großbreitenbach an das Gothaer Staatsministerium, in dem 1888 über die Jugend- und Lehrjahre des „fanatischen sozialdemokratischen Hüpflings“ Bock berichtet wird. Das Schreiben fällt in die Zeit des Sozialistengesetzes, dem im Band ein eigenes Kapitel gewidmet wird. Mehrere Titelblätter der aufgrund der Presseverbote in der Schweiz erschein-

den und illegal eingeschmuggelten Parteizeitung „Der Sozialdemokrat“ und amtliche Schreiben über die Überwachung und Ausweisung von Sozialdemokraten zeigen, wie schwierig die Partearbeit in dieser Verfolgungszeit war. Der folgende Abschnitt behandelt den Erfurter Parteitag vom Oktober 1891, wobei vor allem auf die Beiträge von Wilhelm Liebknecht verwiesen wird, der sich in Erfurt nochmals gegenüber der Kritik rechtfertigte, die Karl Marx gegen das Parteiprogramm des Gothaer Vereinigungsparteitages vorgebracht hatte. Ein eigenes Kapitel ist dem Verhältnis der Sozialdemokratie zum Parlamentarismus gewidmet. Hier geht es um die wachsenden Wahlerfolge der Sozialdemokratie bei den Reichstagswahlen, die zunächst vor allem die Stadt Gotha betrafen, den Wilhelm Bock mehrfach gewinnen konnte. Abgedruckt sind mehrere Wahlaufufe der Sozialdemokratie, die sich auch nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes im Jahre 1890 gegen staatliche Repressionsversuche und Verleumdungskampagnen ihrer konservativen Gegner zur Wehr setzen musste. Das zeigen Aufrufe wie die des „Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie“ aus dem Jahre 1904, Verbote von Maiaufmärschen oder die dokumentierte Verweigerung von Versammlungslokalen. Dennoch erzielte die Sozialdemokratie in Thüringen zwischen 1890 und 1912 bei den Reichstagswahlen Erfolge, die deutlich über dem Reichsdurchschnitt lagen. Die letzten drei Abschnitte des Dokumentenbandes behandeln die Entwicklungen während des Ersten Weltkrieges und der Anfangsphase der Weimarer Republik. Gezeigt wird zunächst, wie gerade die Gothaer Sozialdemokratie seit 1914 auf Distanz zu derjenigen Politik ging, welche die Parteiführung der SPD und die Mehrheit der Reichstagsfraktion betrieben. Gotha wurde zu einem Zentrum dieser Kritik. Es war daher kein Zufall, dass sich die innerparteiliche Opposition 1917 in Gotha zur neuen USPD zusammenschloss. Auch in den wichtigen Rüstungsbetrieben der Stadt, durch die im Krieg viele Arbeiter neu nach Gotha gekommen waren, wuchs die Unzufriedenheit, die seit Januar 1918 mehrfach zu Streiks führte. Die Gründe für die Radikalisierung großer Teile der Arbeiterschaft und die Dominanz, die der USPD in Gotha ganz im Unterschied zu anderen Teilen Thüringens in der Revolution von 1918/19 zufiel, hätte man in den erläuterten Texten etwas deutlicher herausarbeiten müssen. Das Gleiche gilt für die inneren Auseinandersetzungen der USPD um den Kurs in den Anfangsjahren der Weimarer Republik sowie die Konfliktlinien zur Mehrheitssozialdemokratie und den bürgerlichen Kräften. Die abgedruckten Dokumente, die sich vor allem auch auf die bürgerkriegsähnlichen Zustände im Gefolge des Kapp-Putsches beziehen, geben aber auch hier manche neuen Einblicke in diesen bedrückenden Teil Thüringer Geschichte. Insgesamt gesehen bietet der vorgelegte Band zahlreiche Anregungen für eine intensivere Beschäftigung mit der frühen Geschichte der Thüringer Arbeiterbewegung.

Kurt WIESEMANN: Geschichte der Evangelischen Kirchengemeinde Friedrichsrode. Nordhausen: Verlag Steffen Iffland 2015 (Schriftenreihe der Friedrich-Christian-Lesser-Stiftung, 33). 368 S. ISBN: 978-3-930558-29-2. Preis 39,80 EUR.

Ortsgründungen des 18. Jahrhunderts sind selten, dafür aber oft gut dokumentiert und bieten Einblick in das politische Handeln und gesellschaftliche Leben der Zeit. Wirtschaftliche, demographische und politische Interessen verbanden sich mit der Vorstellung eines gelenkten Staats- und Wirtschaftswesens der Neuzeit. Die auf dem Reißbrett geplanten Residenzstädte Karlsruhe (1715) und Ludwigsburg (1718) können als Aushängeschild eines solchen Strebens in Deutschland gelten.

Auf bescheidenerer Ebene, aber ebenfalls mit der Überzeugung eines planbaren, bürokratisch gelenkten und damit effektiven Staatswesens wurde das Dorf Friedrichsrode zu Beginn des 18. Jahrhunderts südlich der Stadt Bleicherode auf den Höhenzügen des Dün gegründet. Entscheidend hierfür war der politische Wille, die neu erworbene Grafschaft Hohenstein an den preußischen Staat zu binden, wirtschaftlich nutzbar zu machen und gegenüber anderen Territorialherrschaften abzugrenzen. Im Jahr 1699 fiel die Grafschaft an die Kurfürsten von Brandenburg, die ab 1701 sich Könige in Preußen nannten und seit 1704 auch den Titel des Grafen zu Hohenstein führten. Die Siedlungspolitik war wichtiger Bestandteil der Etablierung der Kurbrandenburgischen Herrschaft und wurde zeitnah begonnen. Bereits 1705 warb eine königlich preußische Werbedruckschrift künftige Erbpächter für den zu gründenden Ort „Friedrichsrode“.

Die historischen Hintergründe der Ortsgründung, die weitere Entwicklung des Dorfes und einen vertiefenden Einblick in das Leben ausgewählter Bewohner stellt Kurt Wiesemann auf 364 Textseiten in sieben Kapitel dem Leser vor.

Einleitend werden die Umstände der Besiedlung beschrieben: Im Jahr 1705 wurde mit Werbeschriften Pächter geworben und die geplante Landverteilung bekannt gemacht. Aus dem Jahr 1707 sind erste Verträge belegt. Die entsprechenden Pächter werden zwar vom Autor benannt, jedoch deren Lebenshintergründe zu wenig beleuchtet. Man kann die Motivation der ersten Siedler demnach leider nur erahnen, da sie zunächst nicht weiter untersucht bzw. hinterfragt werden. Zudem verweist das einführende Kapitel auf die Wüstungen in näherer Umgebung als Vorgeschichte der neu entstandenen Siedlung hin. Ein kurzer Hinweis auf die Ortsnamen hätte hierbei genügt und keiner weiteren chronologischen Beschreibungen bedurft.

Einen zentralen Punkt, neben der Erschließung und Aufteilung der Flur und Erbauung der Höfe, stellte die Errichtung einer Schule und einer Kirche dar, deren Geschichte in Kapitel zwei nachgegangen wird. Im dritten Abschnitt werden die Kantoren der evangelischen Schule aufgelistet und näher beschrieben. Die pastorale Betreuung in ihren besonderen geografischen Anforderungen, die insbesondere durch die Pastoren aus Obergebra gewährleistet wurde, wird im vierten Kapitel dargelegt und zugleich mit dem kirchlichen Leben vor Ort beschrie-

ben. Der Abschnitt 4.3. geht dabei auf die Quellen im Rahmen des Kirchenbaus ein. In Kapitel fünf und sechs werden Persönlichkeiten des Dorfes betrachtet und die wirtschaftlichen Grundlagen des Ortes dargestellt.

Der vom Autor angedachte systematische Aufbau, der durch die Kapiteleinteilung angelegt ist, wird leider im Textfluss kaum eingehalten bzw. nur inkonsequent verfolgt. Für den Leser ergeben sich häufige Gedanken- und Themensprünge, die schwer nachzuvollziehen sind und den Lesefluss stören. Sich entwickelnde Fragestellungen werden zu häufig nur ungenügend, oft unerwartet in „Fremdkapiteln“ und meist durch Quellenzitate und nicht durch einen reflektierten Fließtext des Autors, beantwortet. Die Publikation leidet grundsätzlich unter einer nur unbeständig verfolgten Zielführung. So reißt beispielsweise der zweite Abschnitt mit dem Titel „*Patron der Schule und der Kirche Friedrichsrode*“ mit den Themen „*Der Siebenjährige Krieg in Nordthüringen*“ (2.3.2.), „*Mühlenszwang in Friedrichrode*“ (2.3.3.), „*Funckenwiese*“ (2.3.4.), „*Soldaten aus Friedrichsrode*“ (2.3.5.) Bereiche an, die nur lose mit dem zu erwarteten Titel in Verbindung stehen und demnach Detailweiterführungen sind, die eine systematische Erschließung des Textes unnötig erschweren.

Die abschließende Vorstellung einzelner Persönlichkeiten ist hingegen grundsätzlich positiv zu werten, dient sie doch der Erschließung der Lebensintergründe, Ideale, Erwartungen und Ziele der Beschriebenen, auch in ihrem Umgang mit den Herausforderungen ihrer Zeit. So wichtig hierin Quellenzitate sind, so stellt genannter Abschnitt fast nur eine Aneinanderreihung dieser dar. Die Verbindungslinie zwischen den einzelnen Quellentexte, die sich teilweise über mehrere Seiten erstrecken, sind dabei jedoch zu dürftig ausgearbeitet.

Generell nehmen die zitierten Archivquellen einen Großteil des Buches ein. Ihre Erschließung war sicher sehr aufwendig und stellt damit eine bemerkenswerte Forschungsleistung dar. Ihre inhaltliche Auswertung, verständliche Aufbereitung und vor allem textliche Darlegung erscheint allerdings unglücklich gewählt. Eine Einarbeitung der Quellenaussagen in den Fließtext mit entsprechenden Quellenbelegen wäre ungemein zugänglicher. Ein gesonderter Quellenanhang hätte die Originaltexte dem Leser ebenso umfänglich erschlossen und dem Buch gut getan. Entgegen der Fülle an aufgeführten Quellenzitaten, fehlen zugleich in den Fließtextpassagen wiederkehrend wichtige Quellenbelege.

Die Aufarbeitung der Geschichte des Dorfes Friedrichsrode steht zwangsläufig in Korrelation zu den historischen Ereignissen und Erscheinungen im Allgemeinen in Preußen und der Region. Zeitliche Einordnungen und Querverbindungen werden durch den Autor häufig als Chronologie angeboten, jedoch ebenfalls wenig zielführend und das jeweils behandelnde Thema vertiefend. So findet sich bspw. unter der Überschrift „*2.5. Kirchliche Entwicklung im Königreich Preußen*“ ein historischer Abriss bis ins Jahr 2004, um dann im Fließtext wieder auf das Patronat des Königs über die Schule und die Kirche Friedrichsrode zurückzuführen. Im Kapitel über den Kirchenvorstand 4.4. ist mit dem Unterpunkt 4.4.3. eine

Chronologie der Entwicklungen in Preußen eingeschoben. Auch diese reicht bis 2004, also weit über die Existenz Preußens hinaus. Das Anliegen des Autors lässt sich hierbei vermuten, indem er auf die weitere kirchliche Entwicklung verweist und eine umfassendere Einordnung ermöglichen will, ist jedoch in dieser Form inkorrekt.

Die Geschichte des Ortes Friedrichsrode ist aufgrund seiner besonderen Gründungsgeschichte für die Forschung interessant. Mit großem Aufwand erschloss Kurt Wiesemann die dafür notwendigen historischen Quellen. Sein Werk stellt demnach vor allem eine umfangliche Quellensammlung der Geschichte seines Heimatsortes dar. Die enge Verbindung des Autors zu seinem Heimatdorf ist in seinen Ausführungen dabei offenkundig. Umso bedauerlicher ist es, dass die aufwendige Forschungsleistung an einer nicht stringenten Zielführung und einer zu knappen fließtextlichen Aufarbeitung leidet. Ein möglicher Zugang des Lesers zur „Geschichte der Evangelischen Kirchengemeinde Friedrichsrode“ wird dadurch leider erschwert.

Martin Gebhardt, Silberhausen

II. Mittelalter

Burgenforschung aus Sachsen, Band 28, hrsg. von Ingolf GRÄSSLER im Auftrag der Landesgruppe Sachsen der Deutschen Burgenvereinigung. Langenweißbach: Beier & Beran 2015/16, 165 S. zahlr., meist farb. Abb. ISBN: 978-3-95741-043-6. Preis: 11,- EUR.

Mit zuverlässiger Regelmäßigkeit und in guter Qualität erscheint seit 1992 das Periodikum „Burgenforschung aus Sachsen“ der sächsischen Landesgruppe der Deutschen Burgenvereinigung. Die Zeitschrift bietet neben einer Reihe von Beiträgen über neue Erkenntnisse zu Burgen und Befestigungen in Sachsen und angrenzenden Gebieten immer auch Rezensionen und Personalia verdienter (Burgen-)Forscher. So erfährt der geneigte Leser im aktuellen Heft vom 25-jährigen Jubiläum der genannten Landesgruppe und ihrem Wirken (S. 5–11), Interessantes von Volkmar GEUPEL über die Wüstung „Schwedengraben“ bei Zöblitz im Erzgebirge (S. 12–39) oder vom *gewesenen Hauptmann der Festung Dresden*, Melchior Hauffe (S. 60–67). Darüber hinaus ist nicht nur vom „Bauprogramm“ von Herzog und Kurfürst Moritz von Sachsen (S. 40–59), dem Schloss Jahnishausen bei Riesa (S. 68–91) oder von der Festung Kolberg (S. 112–134) zu lesen, sondern der Band beinhaltet auch einen Beitrag von Werner MARCKWARDT (S. 92–111) mit dem Titel „*Die Kaiserpfalz Kirchberg und die Ersterwähnung der Kirche in Lobeda 1228*“, der nachfolgend näher betrachtet wird.

Ausgehend von einigen Überlegungen zur Kirche in Lobeda (S. 93 f.) und der – nach Marckwardt – wenig überzeugenden Aussage Michael Gockels (*Die Deutschen Königspfalzen*, Bd. 2: Thüringen, Göttingen 2000, S. 246), die Kirche der Pfalz Kirchberg sei bis zu Beginn des 13. Jahrhunderts zur Filiale Lobedas herabgesunken, sowie den Beobachtungen, dass die Pfarrei Lobeda über Grundbesitz

und Erbzinseinkünfte in Poxdorf verfügte, greift MARCKWARDT eine schon 1938 von Trautermann unternommene Lokalisierung der Pfalz Kirchberg bei Wüstung und Burg Hausen (*Karl TRAUTERMANN: Kirchberg eine vergessene Burg des 10. Jahrhunderts, in: Thüringer Heimatschutz, Beilage zum Thüringer Fäbnlein, Jena 1938*) nahe dem bei Bürgel gelegenen Poxdorf wieder auf. Neben den besitzrechtlichen Argumenten (S. 106–108), die für eine solche Verortung sprächen, führt der Verfasser einige weitere Gründe an, die gegen eine Pfalz auf dem Jenaer Hausberg sprechen (S. 96 f.): Zunächst seien frühe Kirchen an Heiligtümern errichtet worden, das sei aber auf dem Hausberg mit einer Besiedlungslücke vom 4.–10. Jahrhundert nicht nachzuweisen. Auch das als Relikt der Burgkapelle publizierte Pyramidenstumpfkapitel (*Matthias RUPP, Die vier mittelalterlichen Wehranlagen auf dem Hausberg bei Jena, Jena 1995, S. 83*) als einziger baulicher Rest der Burgkapelle mag Marckwardt nicht zu überzeugen. Darüber hinaus ist der Besitz der Burgkapelle Kirchberg nach deren Zerstörung 1304 nicht an Lobeda, sondern an das Kloster Bosau bei Zeitz übertragen worden, und schließlich war die Kapelle der Burg ja Filiale der Pfarrei Jenaprießnitz. Insbesondere aber die eher schlechte Verkehrslage der Anlage auf dem Hausberg sowie die geringe Größe legten einen anderen Ort für die Pfalz nahe.

Für die Lage der Pfalz Kirchberg bei Poxdorf werden der im Umfeld der Wüstung Hausen vorkommende Flurname „Hauskirche“ (S. 103), die überragende bauliche Ausstattung der Kirche in Poxdorf (S. 104), die bis weit in die Steinzeit zurückreichende Besiedlung der Flur (S. 105), die gute Verkehrslage (S. 104) sowie eine ausreichende Größe (S. 105) und – wie schon angeführt – der Besitz der Lobedaer Kirche ebenso ins Feld geführt wie die kartografische Darstellung eines mit der Signatur einer Burg versehenen Kirchberges in Karten des 16. Jahrhunderts nördlich von Jena im Dreieck zwischen den Burgen/Ortschaften Dornburg, Gleißberg und Tautenburg (S. 99–102).

Während diese Beobachtung in der Tat bemerkenswert ist und auch die Beziehungen der Lobedaer Kirche nach Poxdorf plausibel dargelegt sind, lassen sich einige der Begründungen für eine Verortung der Pfalz Kirchberg bei Poxdorf einerseits schwer nachvollziehen und andererseits leicht zurückweisen.

Es ist hier nicht Raum, alle Beobachtungen zu prüfen und zu kommentieren, doch schon der Versuch, mit Karten des 16. Jahrhunderts auf frühere Zustände zu schließen, erweist sich vor dem Hintergrund damaliger Vermessungstechnik und daraus resultierender, teils grober Ungenauigkeit als höchst problematisch. Nebst dem dürfte nach bisherigem Kenntnisstand die Burg Hausen, die erstmals im 13. Jahrhundert in der schriftlichen Überlieferung erscheint, nicht vor dem 12. Jahrhundert errichtet worden sein. Das jedenfalls legt das spärliche archäologische Fundgut vom Burginneren nahe (*Tim SCHÜLER, Archäologische Denkmale im Saale-Holzland-Kreis, Ost, in: Sven OSTRITZ [Hrsg.] Saale-Holzland-Kreis, Ost [Archäologischer Thüringen, 9], Langenweißbach 2007, S. 32*). Demgegenüber hat der Hausberg

in Jena entsprechende Funde geliefert (*Matthias Rupp, Die vier mittelalterlichen Webranlagen auf dem Hausberg bei Jena, Jena 1995, S. 64*). Es ist zwar nicht auszuschließen, dass die Burg Hausen zu einem früheren Zeitpunkt errichtet wurde, doch schließen die überkommene Struktur der Anlage und vor allem ihre geringe Größe (15 x 20 m) eine Entstehung in frühmittelalterlicher Zeit aus. Die Dimensionen einer ottonischen Pfalz erreicht sie nur, nimmt man die wüste Dorfstelle Hausen hinzu. Doch auch hier fehlt sicher in das Frühmittelalter zu datierendes Fundmaterial. Man kann hier gern einwenden, dass die Befestigung III auf dem Hausberg, die Rupp mit der Pfalz identifiziert (*vgl. ebd., S. 110 und 114 f.*), ebenfalls deutlich zu klein ist. Diese Tatsache haben die Mediävistik und auch die Archäologie bisher nur unzureichend berücksichtigt. Bedenkt man aber, dass viele Königspfalzen polyzentrische Anlagen waren, also mindestens aus Befestigung und einem bis mehreren Wirtschaftshöfen bestanden haben (können), und das darf man auch für die Pfalz Kirchberg vermuten, relativiert sich die vermeintlich geringe Größe der Pfalz Kirchberg. Unklar bleibt dabei freilich die Lage der Höfe. Sollten sie aber mit Jena oder Wenigenjena in Verbindung zu bringen sein, wird zusätzlich das Argument der schlechten Verkehrslage der Königspfalz entkräftet, verfügte Jena doch über eine gute verkehrstechnische Einbindung.

Ohne stichhaltige Erklärung bleibt die Veränderung des Namens Kirchberg zu Hausen, den Burg, Wüstung sowie Angehörige eines adligen Geschlechtes der schriftlichen Überlieferung nach trugen (*Das Urkundenbuch von Stadt und Kloster Bürgel, Teil 1: 1133–1454, bearb. von Paul Mitzschke [Thüringisch-sächsische Geschichtsbibliothek; 3], Gotha 1895, Nr. 59 f.*). Schon allein das würde eine Verbindung zu einer Kirchberg genannten Pfalz verbieten. Es mag gelegentlich vorkommen, dass Orte nach- oder auch neubenannt wurden, allerdings dürfte ein Flurname „Hauskirche“, der als weitere Erklärung für die Verortung herangezogen wird und der sich mehrfach in der Umgebung von Burg und Wüstung nachweisen lässt (S. 103), kaum als eindeutiger Beleg für das Vorhandensein einer bedeutende Königspfalz genügen.

Abschließend bleibt daher zu konstatieren, dass der Beitrag durchaus neue und bedenkenswerte Erkenntnisse zur Kirche in Lobeda und zur Struktur der gleichnamigen Pfarrei bietet, die Verortung der Pfalz Kirchberg bei Poxdorf indes kaum plausibel ist.

Pierre Fütterer, Jena

Reinhard HAHN: Geschichte der mittelalterlichen deutschen Literatur Thüringens. Köln/Weimar/Wien: Böhlau Verlag 2012 (VHKTh. KR, 34). 425 S., ISBN: 978-3-412-20926-1. Preis: 49,90 EUR.

In der Kulturgeschichte gilt es als feste Größe, dass der Thüringer Landgrafenhof um 1200 unter Hermann I. (um 1155–1217) ein Zentrum der mittelalterlichen Literatur war. Hier aber konnte man nicht nur auf Poeten aus Thüringen treffen,

denn bereits die Literaturszene des Mittelalters war überregional ausgerichtet, für die damaligen Verhältnisse könnte man sogar schon sagen ‚international‘. Sie lockte nämlich auch Autoren aus anderen Herrschaftsbereichen nach Thüringen, wie zum Beispiel den Österreicher Walther von der Vogelweide und den Franken Wolfram von Eschenbach. An Höfen und in Städten trugen die Dichter ihre Lieder und Sprüche vor, oder sie bearbeiteten französische bzw. lateinische Quellen für das hiesige Publikum. So entstanden etwa Teile von Wolframs bekanntem „Parzival“-Epos (nach einer französischen Vorlage) am Hof Hermanns I. Der aus der Fremde kommende Poet nimmt so Manches am Hofleben und auch im Land wahr, das einem einheimischen Dichter vielleicht kaum aufgefallen wäre. Denn Wolfram berichtet im „Parzival“ zum Beispiel von Tänzen, die man so nur in Thüringen zu tanzen verstand. Aber er erzählt auch von der Zerstörung der Weinberge um Erfurt im Jahre 1203 durch Kaiser Otto IV. Gleichmaßen wie fremde Dichter am Thüringer Hof wirkten, zog es auch thüringische Poeten in andere Gegenden, wo die Zuhörer einer Sprache lauschten, die man heute als Thüringisch erkennt bzw. zu erkennen meint. Denn ganz sicher sind sich selbst die Spezialisten nicht immer bei der sprachlichen Zuordnung eines Werks aus vergangener Zeit. Mitunter hinterließen aber auch fahrende Dichter auf ihrem Weg durch die Lande Spuren, wie Freidank, der sich mit seinen Sprüchen zum Beispiel im ehrwürdigen Erfurter Rathaus ein ewiges Denkmal setzte. – Einfach ist es wahrhaft nicht, eine Literaturgeschichte dieser im wörtlichen Sinne bewegten Szenerie zu schreiben. Dass es dennoch nicht unmöglich ist, zeigt die bereits 2012 erschienene Monographie Reinhard Hahns, Professor für deutsche Literatur des späten Mittelalters und der frühen Neuzeit an der FSU Jena.

Auf reichlich 400 Seiten stellt Hahn überaus kenntnisreich all das zusammen, was sich von den Anfängen einer deutschen Schriftlichkeit um 500 bis ca. 1500 an Sprachdenkmälern und literarischen Zeugnissen mit Thüringen in Verbindung bringen lässt. Doch allein diese Zusammenstellung ist gar nicht so einfach, wie man auf den ersten Blick meinen könnte. Nicht nur, dass die oben angedeutete Szenerie das Unternehmen schwierig gestaltet, auch die Abgrenzung des Territoriums, das als Thüringen zu gelten hat oder das Verständnis dessen, was als Literatur bezeichnet werden kann, ist kaum den derzeitigen Gegebenheiten adäquat. Hahn ist sich dessen bewusst und nähert sich seinem Gegenstand mit gebotener Umsicht. Er stellt aber auch klar: *Eine lückenlos erschöpfende Dokumentation von Autoren, Werken und Textsorten war nicht intendiert* (Vorwort) – eine mehrfach anklingende Absicherung, ebenso wie der Hinweis, es handle sich lediglich um einen *Versuch* der Darstellung einer regionalen Literaturgeschichte Thüringens. Beides wäre eigentlich nicht nötig gewesen. Denn der nur einigermaßen mit dem Thema Schriftlichkeit und Literatur im Mittelalter vertraute Leser weiß um die Problematik, und ein mit dem Metier wenig vertrauter Leser wird wohl kaum auf die Idee der Unvollständigkeit kommen angesichts der enormen Fülle der literarischen Zeugnisse, die Hahn mit Thüringen in Verbindung bringen kann.

Der Ansatz einer regionalen Literaturgeschichtsschreibung ist *fast so alt wie das Genre Literaturgeschichte überhaupt* stellt Hahn einleitend fest (S. 1). Folgerichtig setzt er sich in der Einführung (Kapitel I.) mit „*Thüringen als Gegenstand regionaler Literaturgeschichtsschreibung*“ auseinander. Dabei stehen insbesondere die Arbeiten Josef Nadlers, umstrittener „Pionier“ einer regionalen Literaturgeschichtsschreibung, auch im Kontext des Nationalsozialismus, im Mittelpunkt. An der Haltung zu Nadler diskutiert Hahn zugleich die Position der vergangenen und gegenwärtigen Germanistik, die DDR-Kulturpolitik eingeschlossen – ein brisantes und überaus informatives Stück Wissenschaftsgeschichte.

Gegenüber den bisherigen Versuchen, die Geschichte der Literatur in Thüringen von den Anfängen bis zum Beginn der Neuzeit darzustellen – zu nennen sind Edward Schröder und Manfred Lemmer, insbesondere aber Herbert Wolf mit seiner *bisher einzige[n] Gesamtdarstellung der mittelalterlichen Literatur Thüringens* (S. 10) (die mehr oder weniger „Materialsammlungen“ sind) – wählt Hahn einen überlieferungs- und „fallweise“ auch rezeptionsgeschichtlichen Ansatz. Er fragt also nicht nur nach den in Thüringen ansässigen oder hier wirkenden Dichtern und ihren Werken, er fragt auch nach deren Auftraggebern und Lesern, nach der „literarischen Produktion“, wie sie sich beispielsweise über in Thüringen angelegte bzw. aufbewahrte Sammelhandschriften und Bücherinventare mitteilt. Damit trägt er der neueren Forschung ebenso Rechnung, wie er im Fortgang seiner Abhandlung die Richtigkeit dieses Ansatzes bestätigt. Nur auf diesem Wege kann er nämlich das literarische Leben in Thüringen in all seinen Facetten umfassend greifen. Dessen Vielschichtigkeit, die sich über die Prägung durch heimische und fremde Poeten, höfisches Mäzenatentum, literarisches Leben in Städten und Klöstern etc. offenbart, wird erst aus dieser Perspektive überhaupt transparent.

Das zweite Kapitel ist der Frühzeit gewidmet, für welche zum einen ein sichtlich erweiterter Literaturbegriff zu gelten hat, der auch Zeugnisse wie Runen, Glossen oder Legeswörter einschließt. Zum anderen aber nimmt in dieser Zeit auch die mündliche Überlieferung einen großen Raum ein, die angesichts fehlender Verschriftlichung von beachtlichem Wert für die ‚literarische Szene‘ ist. So ist *das „erste literaturgeschichtliche Denkmal auf thüringischem Boden“*, das ‚*Iringlied*‘ (S. 23), in dem der Untergang des Thüringer Königreiches im Jahre 531 seinen literarischen Niederschlag gefunden hat, eines der raren Beispiele für die Gattung des germanisch-deutschen Heldenliedes, obgleich es nur indirekt, als eine „verlorene Heldensage“, überliefert ist. Es sind spätere Aufzeichnungen, die uns davon Kenntnis geben, dass ein solches Lied existierte. Dichtung im engeren Sinne wird erst um die Mitte des 12. Jahrhunderts greifbar, auch wenn hier noch Rechtstexte, Übersetzungen, Geschichtsschreibung in unterschiedlichen Ausformungen u. ä. einbezogen sind.

Landgraf Hermann I. und dessen viel besprochenes Mäzenatentum sind Gegenstand des Kapitels III. Hermanns Hof war um 1200 eines der bedeutendsten literarischen Zentren in Deutschland. Nur die Babenberger in Wien konnten sich mit ihm

messen. Literarisch wird diese offenkundige Rivalität später im bekannten „Wartburgkrieg“ thematisiert, einer Dichtung, die den Wettstreit zwischen bekannten (Walther von der Vogelweide, Wolfram von Eschenbach) und weniger bekannten (Reinmar von Zweter) oder gar fiktiven (Heinrich von Ofterdingen) Protagonisten wirkungsvoll in Szene setzt. Der Streit entfacht sich hier über die Frage, wem das größere Lob gebühre, dem Herzog von Österreich oder dem Landgrafen von Thüringen. Selbst wenn es diesen Sängerkrieg nie gegeben hat – inzwischen ein festes Statement der Forschung – so bleibt doch das literarische Leben an Hermanns Hof Realität. Nicht nur Walther und Wolfram hinterließen hier sichtbare Spuren, wie Hahn auch ausführlich darlegt. Insofern bleibt sein Verweis des „Sängerkrieges“ ausschließlich in den Bereich des Mythischen (Kap. IV, S. 193 f.) – und nicht in den der Sage – doch etwas problematisch. Ansonsten beeindruckt Hahns Abhandlung des literarischen Lebens im Umfeld des Landgrafenhofes – beginnend mit der Antikendichtung Heinrichs von Veldeke und Albrechts von Halberstadt, über die Klassiker Wolfram von Eschenbach und Walther von der Vogelweide, bis hin zu Heinrich von Morungen – durch ihre ebenso kenntnisreiche wie kritisch reflektierende Darstellung. So kann der Verfasser aufgrund seines überlieferungsgeschichtlichen Ansatzes u. a. nachweisen, dass im Umfeld Hermanns eben nicht vorrangig, wie man bisher meinte, Antikendichtung, sondern auch die seinerzeit ‚moderne‘ Artusepik rezipiert wurde (vgl. Exkurs: Artusepik in Thüringen?).

Mit Kapitel IV. – „*Wandlungen vom Hoch- zum Spätmittelalter*“ – werden nicht nur neue Formen der Literatur eingeführt, hier begegnen auch bekannte, in Thüringen beheimatete Lyriker wie Kristan von Luppin, Heinrich Hetzbold von Weißensee und der Düring, welche der Codex Manesse (Große Heidelberger Liederhandschrift), die umfassendste Überlieferung von Minne- und Sangspruchdichtung, mit Namen, Miniaturen und Texten tradiert. Der großen Zahl geistlicher Dichtungen, die im 14. Jahrhundert zu konstatieren ist, wird ein eigenständiger Abschnitt gewidmet. Umfangreich referiert der Verfasser u. a. über die heilige Elisabeth und die Dichtungen über ihr Leben. Doch über der Fülle des Stoffes kommen grundsätzliche Aussagen zu den Ursachen dieser Fokussierung auf geistlich-religiöse Inhalte gerade im 14. Jahrhundert zu kurz. Hier hätte man sich entsprechende Hintergrundinformationen gewünscht, so, wie sie der Verfasser etwa für den Bereich der Deutschordensliteratur anklingen lässt.

Das fünfte und letzte Kapitel - Spätmittelalter –, Hahns Spezialgebiet, macht in seiner Zusammenstellung von Textsorten und Gattungen noch einmal die Spezifik des für das Mittelalter geltenden Literaturbegriffs deutlich. Denn Geschichtsepik und Geschichtsschreibung, geistliche und weltliche Spiele, politische Lieder und Gebrauchsschrifttum, das sind nicht zwingend die Texte, die man heute als Dichtung wahrnimmt. Doch für die damaligen Rezipienten fungierten sie vorrangig als Lebenshilfe und erfüllten damit wohl eine der vordringlichen Aufgaben, die Literatur hat. Diese spezifische Konstellation ließe sich insbesondere über den

historischen und mentalitätsgeschichtlichen Hintergrund, die Befindlichkeit des Menschen in der Welt des Mittelalters, erklären – ein Aspekt, den man sich im Ganzen gesehen doch etwas ausführlicher dargestellt gewünscht hätte.

Mit einem umfangreichen Literaturliste (nach Kapiteln getrennt) und einem Personen- und Werkverzeichnis wird der Band abgeschlossen. Darüber hinaus wäre auch eine tabellarische Übersicht der literarischen Zeugnisse (nach dem Vorbild der Literaturgeschichte de Boors), die Hahn in Thüringen verorten kann, hilfreich gewesen. Auch aussagefähiges Kartenmaterial, das den politisch-geographischen Raum Thüringen zwischen 500 und 1500 konkret abbildet, wäre bei einer Neuaufgabe unbedingt zu empfehlen. Hervorzuheben ist die sprachlich souveräne Gestaltung des nicht immer leichten Gegenstandes, so dass nicht nur der wissenschaftlich orientierte Leser, sondern auch der am Gegenstand interessierte Laie der Abhandlung mit Gewinn folgen kann.

In Summe ist die Monographie Hahns ein gelungener Versuch, das literarische Leben Thüringens, die in Thüringen beheimatete Literatur, in ihrer Spezifik transparent zu machen und sie zugleich in ihrem kultur-historischen Kontext über die Region Thüringen hinaus zu verorten.

Sylvia Weigelt, Jena

Marina MORITZ und Kai BRODERSEN (Hrsg.): Amplonius. Die Zeit. Der Mensch. Die Stiftung. 600 Jahre Bibliotheca Amploniana in Erfurt. Erfurt: Museum für Thüringer Volkskunde 2012 (Schriften des Thüringer Museums für Volkskunde Erfurt, 34). 261 S. Zahlreiche Abb. ISSN 0947-952X. Preis: 26,00 EUR.

Zu den großen Persönlichkeiten der Stadt Erfurt, deren Wirken bis heute ihren kulturellen Reichtum prägen, gehört Amplonius Rating de Berka (um 1365–1435). Er stammte aus dem Bistum Köln, studierte in Prag, Köln und Erfurt, wo er zum Doktor der Medizin promovierte. Er wurde Leibarzt des Erzbischofs von Köln, wo er auch starb. Aus seiner Zeit heraus ragt er durch die private Büchersammlung, die er im Laufe seines Lebens zusammentrug. Bereits 1412 übereignete er der Universität Erfurt seine Bibliothek, bestehend aus 633 Handschriften, und legte die Übergabe der Bücher durch eine Stiftung fest, verbunden mit der Einrichtung eines Kollegiums an der Universität, des *Collegium Porta Celi*.

Die 600. Wiederkehr dieses Ereignisses war Anlass für eine Ausstellung, die auf Anregung von Kai Brodersen (Universität Erfurt) vom Museum für Thüringer Volkskunde vom 24. November 2012 bis 1. April 2013 veranstaltet wurde. Dessen Direktorin Marina Moritz kuratierte die Schau. Moritz und Brodersen gaben begleitend zur Ausstellung den gleichnamigen Band „*Amplonius. Die Zeit. Der Mensch. Die Stiftung. 600 Jahre Bibliotheca Amploniana in Erfurt*“ heraus.

Bereits 2001 war in Erfurt eine Amplonius-Ausstellung gezeigt worden: „Der Schatz des Amplonius“. Sie war von der Stadt- und Regionalbibliothek und dem

Angermuseum gestaltet und das Begleitbuch von Kathrin Paasch und Eckehart Döbler herausgegeben worden. Diese machten den einzigartigen kulturellen Schatz sichtbar und wählten dafür den einzig gangbaren Weg, indem sie die Handschriften selbst zur Sprache brachten und im Bild sprechen ließen. Jene nun, Ausstellungs- und Katalogmacher von 2012, mussten und wollten andere Akzente setzen. Als Ziel definierte M. MORITZ im Vorwort, *die Welt des Amplonius in den Mittelpunkt zu rücken, sich also an einer Symbiose von Gesellschafts-, Kultur- und Alltagsgeschichte zu versuchen* (S. 12 f.). Am Ende wird verlautbart, *es gebe darum, einem breiten Publikum die Welt der Amploniana und ihres Schöpfers nahezubringen*.

Dem Ausstellungsband ist ein Prolog von Horst MORITZ vorangestellt (S. 19–94), zu dem ein summarischer Überblick über die in dieser Einleitung verwendete Literatur gehört (S. 252–257). Er unternimmt den Versuch eines historischen Überblicks über das Spätmittelalter, insbesondere über das *dramatische 15. Jahrhundert*. Im Anschluss folgt der Band einer Dreiteilung: „*Die Zeit*“ (S. 99–145), „*Der Mensch*“ (S. 149–206) und „*Die Stiftung*“ (S. 215–236). Hier nun kommen Erfurter Fachleute mit kurzen Beiträgen zu Wort. Erst von hier an werden den Texten Fußnoten mitgegeben. Alle Kurzbeiträge beziehen sich auf die Erfurter Gegebenheiten des Spätmittelalters.

In „*Die Zeit*“ des Amplonius gewähren fünf kleine Aufsätze Einblick: die Stadt Erfurt, die als städtische sakrale Gemeinschaft zu denken ist (J. PILVOUSEK, S. 99–105); Gottesdienst und Liturgie am Beispiel dieser Stadt (Benedikt KRANEMANN, S. 107–112); hiesige Ketzer und ihre Verfolgung im 14. und 15. Jahrhundert (Dietmar MIETH, S. 117–121); Buchdrucker in der Erfurter Michaelisstraße (Ruth und Eberhard MENZEL, S. 125–132); die Gebäude der Universität bis 1500 (Christian MISCH, S. 135–145).

Die sieben Beiträge im Themenkomplex „*Der Mensch*“ beleuchten den Menschen im 15. Jahrhundert ganz im Allgemeinen, und nicht, wie man meinen könnte, den Menschen Amplonius. Biografische Notizen zu Amplonius finden sich erst weiter hinten im Band, wegen ihrer Akzentuierung subsummiert unter „*Die Stiftung*“ (Nina PLEUGER, S. 219–227). Nicht immer ist jedoch die Zuordnung zu „*Der Mensch*“ plausibel. Während die Beschreibung des Studentenlebens (Robert GRAMSCH, S. 149–154) und der Frauenklöster, einschließlich des Magdalenenklosters der sogenannten Weißfrauen (Sr. Chlothilde MÜLLER OSU, S. 191–199, mit ausklappbarer Abbildung des Magdalenen Teppichs um 1460/80), exemplarisch den Blick auf Menschen verschiedener städtischer Bevölkerungsgruppen ermöglicht, sind andere Themen von weiter hergeholt: die Sprache (der Menschen?) im Spätmittelalter, wobei nach einer kurzen Erwähnung des Lateinischen als Bildungssprache auf das Ostmitteleuropäische eingegangen wird (Brigitte DÖRING, S. 159–164); der ikonografische Begriff der „*Heiligen Sippe*“, die quasi als Brennglas des spätmittelalterlichen Bilds von Familie (also der Menschen?) gesehen werden kann (Karsten HORN, S. 169–172); ein Sterbeablasskreuz aus dem Schottenkloster, das als Beispiel für eine Grabbeigabe (für einen verstorbenen Menschen?) diente und Anlass dafür ist, den Umgang

mit Sterben und Tod zu thematisieren (Gerhard KAISER, S. 201–206); und schließlich die Beurteilung von aus mittelalterlichen Haushalten stammenden Glasfunden durch einen Chemiker (Oliver MECKING, S. 211–213). Als *ein besonderes Objekt* ist die Behandlung der Grabplatte Theoderichs von Brun in der Augustinerkirche eingefügt (Marina MORITZ, S. 177–182).

Der dritte Komplex bezieht sich mit drei Kurzbeiträgen auf „*Die Stiftung*“ und ihren Stifter Amplonius: Karl-Heinz MEISSNER stellt Betrachtungen zum Impetus des Stiftens an (S. 215–217), die bereits erwähnten biografischen Notizen werden sozusagen in einem Gastbeitrag von Sabine SWEETSIR um die Wirkungsgeschichte des Amplonius und seiner Stiftungen in Rheinberg bis heute ergänzt (S. 229–233). Losgelöst vom Thema Stiftung erscheint die Vorstellung von „Sei willekommen, Herre Christ“, des ältesten deutschsprachigen Weihnachtslieds, das in einem *Codex Amplonianus* (4° 332, fol. 105r) überliefert ist (Kai BRODERSEN, S. 235 f.).

Der Anhang bietet eine von 1192 (Urkunde mit der Erwähnung einer Erfurter Ratsversammlung) bis 1530 (Hammelburger Vertrag mit der Bikonfessionalität in Erfurt) reichende Zeittafel und die Literaturangaben. Der Band endet zwar dort, das Inhaltsverzeichnis verspricht im Anschluss an die drei Themenbereiche jedoch *Entdeckungen*, was bei Leser und Leserin zunächst für Verwirrung sorgt. Die Situation erschließt sich am besten beim Durchblättern des Ausstellungsbandes: Zu entdecken sind jeweils Ausstellungsobjekte und ihre Beschreibungen, darunter auch ca. 25 mittelalterliche Handschriften aus dem Bestand der Amploniana. Sie wurden von Thomas Bouillon, Referent der Sondersammlungen in der Universitäts- und Forschungsbibliothek Erfurt/Gotha für den Katalog kurz beschrieben.

Der Band weist Abbildungen in hoher Qualität auf, die vielfach eine Augenweide darstellen. In der Handhabung ist er aufgrund der Vielzahl der eingestreuten „Entdeckungen“ schwierig bis kompliziert. Noch schwieriger verhält es sich mit dem Lesen der Beiträge, die aufgrund ihrer allzu großen Knappheit oft nicht anders als oberflächlich geraten konnten. Der einzige lange, der einleitende Beitrag wiederum erfüllt inhaltlich und formal nicht die heutigen Kriterien von Wissenschaftlichkeit. Marina MORITZ, die Herausgeberin des Ausstellungsbandes, formuliert in ihrem Vorwort mit eigenen Worten, dass *das Vorhaben in manchen Punkten hinter den selbst gesteckten Erwartungen zurück[bleibt]*.

Almuth Märker, Leipzig

Sabine ZINSMEYER: Frauenklöster in der Reformationszeit. Lebensformen von Nonnen in Sachsen zwischen Reform und landesherrlicher Aufhebung. Leipzig/Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2016 (Quellen und Forschungen zur sächsischen Geschichte, 41). 455 S. 8 Abb. und Karten. ISBN: 978-3-515-11542-1. Preis: 76,- EUR – zugleich Dissertation, Universität Leipzig 2015.

Auch die Geschichte der Reformation ist zu einem erheblichen Teil von den „Siegern“ geschrieben worden. Mit ihrer Durchsetzung einher gingen Klosteraustritte, Klosterverlegungen und Klosterauflösungen, bei denen es natürlich auch „Verlierer“ gab – Phänomene, die *in der sächsischen Geschichtsforschung bisher kaum Beachtung gefunden haben* (S 11). Dem soll die von S. Zinsmeyer am 1. April 2015 der Fakultät für Geschichte, Kunst- und Orientwissenschaften der Universität Leipzig vorgelegte, von Prof. Dr. Enno Bünz betreute Dissertation abhelfen.

In einem ersten Teil werden nach einer Einleitung mit Darstellung des Forschungsstandes sowie Erläuterungen zur Methodik und Gliederung der Arbeit (S. 11–29) in einem zweiten Abschnitt die politischen, gesellschaftlichen und religiösen Rahmenbedingungen im Untersuchungszeitraum (1464–1550) vorgestellt (S. 30–77). Auf Wunsch der Landesherrn, Kurfürst Ernst und Herzog Albrecht von Sachsen, hatte der Bischof von Meißen im Jahr 1464 eine Reform der Frauenklöster im Bistum eingeleitet und zu diesem Zweck Visitationen angeordnet. Ziel war es, die Klosterdisziplin und die Erfordernisse des Armutsgebotes (wieder) durchzusetzen und die wirtschaftliche Situation der Klöster zu verbessern. In Kursachsen, das sich früh der Reformation öffnete, war 1527 eine erste Visitation in Angriff genommen, dann aber abgebrochen worden. 1531 begann man mit der Sequestration der Klostergüter. Ab März 1533 folgte eine zweite Visitation. Im albertinischen Herzogtum Sachsen unterstützte Herzog Georg (gest. 1539) die Durchführung von Reformen in den Klöstern, insbesondere den Anschluss einzelner Klöster an die Observanzbewegungen. 1535 befahl er die Durchführung einer Visitation. Nach Einführung der Reformation verständigten sich Herzog Heinrich (bereits vor 1539 Landesherr in Freiberg) und der Adel des Herzogtums auf einem Landtag 1539 über den Umgang mit dem Klostergut. Eine (zweite) Visitation schloss sich an. Für die Frauenklöster wurde eine „Jungfrauenordnung“ nach kursächsischem Vorbild erlassen. In den Folgejahren wurden die Bestimmungen umgesetzt. Noch zu Beginn der 1550er Jahre gab es jedoch in einigen Frauenklöstern Widerstände gegen das Luthertum.

Im Mittelpunkt der Untersuchung steht das Magdalenerinnenkloster in Freiberg, dem der dritte Abschnitt gewidmet ist (S. 78–189). Zunächst werden der Orden, seine in Mitteleuropa, Böhmen und Schlesien gelegenen Klöster sowie seine Ordensgenerale vorgestellt. Es folgt ein historischer Überblick über die Geschichte des 1248 erstmals erwähnten Klosters und seine Rolle in der Stadt Freiberg. Testamente, Stiftungen und Bibliotheksinventare aus den Jahren 1572 und 1576 (mehrfach gedruckt) erlauben Aussagen zu den Lebensformen und zu den Inhaberinnen der Ämter im Kloster. Dort lebten 1480 nur noch vier Ordenspersonen. Die Klosterreform führte zunächst zu einem schnellen Anstieg (1506: 67; Ende 1520er Jahre: 77 Personen; 1537: 34 Nonnen und eine Laienschwester; 1542: 30 Nonnen, vier Laienschwestern; die letzte Nonne starb 1580). Die Nonnen stammten fast ausschließlich aus dem Herzogtum Sachsen, viele aus der Stadt

Freiberg. Beim Eintritt hatten ihre teils adligen, teils bürgerlichen Familien ein als Mitgift bezeichnetes Aufnahmegeld gezahlt, dessen Höhe sich nach der jeweiligen Vermögenssituation richtete (bei Adligen bis zu 500 Gulden). 1493 wurde festgelegt, dass die Mädchen beim Eintritt nicht jünger als neun und nicht älter als fünfzehn Jahre sein sollten. Nach außen wurde das Kloster von einem Prior/Propst/Vorsteher vertreten. Wirtschaftliche Grundlage waren Zinsverträge mit Städten, adligen und bürgerlichen Familien (S. 128 f.). Zu den Kreditnehmern zählte auch Herzog Georg. Die Quellenlage erlaubt es, die 1480 einsetzenden Reformmaßnahmen der Priorin Barbara Schroter (u. a. Wiedereinführung der Klausur) und den Einfluss reformatorischen Gedankenguts zu rekonstruieren. Folge war die Flucht von drei Nonnen im Oktober 1528, von denen eine, Ursula von Münsterberg (mit dem Herzogshaus nahe verwandt) ihre Motive in einer Rechtfertigungsschrift darlegte, auf die der Konvent mit einer Stellungnahme reagierte. Diese Texte schildern ausführlich (wenn auch aus der Sicht der Parteien) das innere Leben im Kloster zur damaligen Zeit, für das daher nahezu einzigartige Quellen vorliegen, die von der Verfasserin dankbar ausgewertet werden. Weitere Fluchten folgten 1529 und 1532. Einige Nonnen waren bewusst und aus Überzeugung im Kloster geblieben – auch nach Einführung der Reformation; dies zeigen die Berichte der Visitationen von 1537, 1538 und 1542. Seit 1540 sind Belege für Abfindungen erhalten, diese Nonnen heirateten oder kehrten zu ihren Familien zurück. 1555 wurde in den Gebäuden eine „Jungfrauenschule“ eingerichtet.

Als Vergleichsobjekte werden in einem vierten Abschnitt (S. 190–236) Frauenklöster in Altenburg, Döbeln, Großenhain, Meißen, Riesa, Sitzenroda und Sornzig herangezogen – also auch eines im heutigen Thüringen, das die Leser/innen dieser Zeitschrift besonders interessieren dürfte. Für diese Klöster, zu denen dankenswerterweise jeweils in Fußnoten ausführliche „Grunddaten“ geboten werden, ist die Quellenlage erheblich schlechter. Für das Magdalenerinnenkloster in Altenburg, 1273 erstmals erwähnt, liegen Berichte aus den Jahren 1533 (Visitation) und 1538 (vor Räumung des Klosters) vor.

Gleichsam als Auswertung folgt ein fünfter Abschnitt „*Leitthemen der Frauenklöster in der Reformationszeit*“ (S. 237–265): Mobilität – Wechsel des Klosters, oft im Zusammenhang mit Reformen; Aufnahme von „Exilierten“; Konversion zum Luthertum/Bekenntnis zur Papstkirche – jeweils mit konkreten Beispielen, aus denen Motive und Prozesse deutlich werden; Flucht – oft von jungen Nonnen („Kindern“), die unter den Zwängen des Klosterlebens litten; Versorgung nach Aufhebung der Klöster; die Rolle der Konvente und der Persönlichkeit von Äbtissin/Priorin bei Flucht oder Verbleib; Unterstützung durch die Familie nach Flucht bzw. Aufhebung des Klosters, mit den sich anschließend ergebenden Möglichkeiten: Heirat, Erwerbstätigkeit; schließlich: sozialer Abstieg, Widerstand.

Die gute, von der Verfasserin hervorragend genutzte Quellenlage erlaubt es, für das Freiburger Frauenkloster einen Personenkatalog zu erstellen (Teil II, S. 273–

335), der für die einzelnen Nonnen in einer Tabelle und z.T. ausführlichen Biogrammen die oben bereits z. T. beschriebenen Punkte (Herkunft, Ersterwähnung im Kloster, Erwähnung bei den Visitationen, Rente 1553, Verbleib in der Folgezeit) beschreibt.

Es folgt als Teil III ein Anhang mit Transkriptionen von 13 für die Untersuchung wichtigen Texten (S. 337–384), Abbildungen der Klosteranlage in Freiberg und der Siegel des Magdalenerinnenklosters (S. 385–388), einer Karte der Frauenklöster im Herzogtum Sachsen und den angrenzenden Territorien (S. 390) und einem Abkürzungsverzeichnis (S. 391). Ein Literatur- und Quellenverzeichnis (S. 392–421) und ein sorgfältig gearbeitetes Register (S. 422–455) schließen den Band ab.

Im Hinblick auf das zentral untersuchte Kloster Freiberg kann abschließend festgestellt werden, dass dieses kein Muster für die Einführung der Reformation in einem Frauenkloster darstellt. In diesem Konvent herrschten in mehrfacher Hinsicht besondere Bedingungen, sei es durch die Zugehörigkeit zur Observanz, die solide finanzielle Ausstattung und die damit verbundene Konventsgröße ... (S. 270).

Dem muss der Rezensent zustimmen. Es wäre aber schade, wenn die Qualität der Quellen (und die Qualität ihrer Verarbeitung durch die Autorin) von der Erstellung vergleichbarer, dringend notwendiger Untersuchungen in Thüringen abschrecken würde – eine brauchbare Quellenlage vorausgesetzt.

Johannes Mötsch, Meiningen

III. Neuzeit

Luther und die deutsche Sprache: Vom Bibelwort zur inszenierten Memoria auf der Wartburg. Begleitschrift zur Sonderausstellung vom 4. Mai 2016 bis 8. Januar 2017 auf der Wartburg, hrsg. von Jutta KRAUSS. Regensburg: Schnell & Steiner 2016. 136 S. ISBN: 978-3-7954-3134-1. Preis: 12,95 EUR.

Die Sonderausstellung auf der Wartburg war im Jahr 2016 der Lutherbibel gewidmet. Als Begleitband erschien dazu ein sehr ansprechendes Buch, das die bisherige Reihe der Wartburgkataloge zur Vorbereitung auf das 500. Reformationsjubiläum gelungen fortsetzt. Bleibend ist die Wartburg mit Luthers Übersetzung des Neuen Testaments ins Deutsche verbunden. Dieses Ereignis wurde über viele Jahre bewusst auf der Wartburg inszeniert und vermarktet. Deshalb setzt sich der Band auch mit diesem Thema auseinander.

Zunächst berichtet Jutta KRAUSS in ihrem Beitrag über „Luther und die deutsche Sprache“ (S. 10–40). Darin referiert sie als Einführung in die Ausstellung über die Hintergründe, die dazu führten, sich auf der Wartburg mit Luthers Bibelübersetzung zu beschäftigen. Krauß benennt wichtige Grundsätze von Luthers Übersetzungsarbeit, die man in etwa so umreißen könnte: Luther übersetzte so wörtlich wie möglich und so frei wie nötig. Ob sie dabei immer Luthers Anliegen trifft, sei dahingestellt.

Ein *lichtes Gottesbild* hat Luther durchaus gehabt (S. 17), aber es hatte eben auch seine Schattenseiten. Auch hätte Luther mit der Umschreibung *gefühlsbetont* (S. 19) sicher seine Probleme gehabt. Der Leser wird zudem über Grundlinien der Einwirkung des Lutherdeutschen auf die deutsche Sprache informiert.

Ein ausgedehnter Katalogteil, der auf Daniel MIKSCH zurückgeht, stellt einzelne Exponate nach dem Aufbau der Ausstellung geordnet vor. Hier finden sich im ersten Abschnitt unter der Überschrift „*Der gelehrte Mönch erobert seine Muttersprache*“ beispielsweise „*Die Theologia Deutsch*“ von 1516 (S. 42 f.) oder „*Die sieben Bußpsalmen*“ von 1517 (S. 46 f.). In der zweiten Abteilung mit dem Titel „*Der Theologe als Übersetzer*“ wird die berühmte Wartburgbibel, eine Wittenberger Bibel von 1541 gezeigt (S. 54 f.). Aber auch der wichtige „*Sendbrief vom Dolmetschen*“ (S. 56 f.) ist vertreten. In der Abteilung „*Der Lehrer*“ findet sich Luthers Auslegung der zehn Gebote von 1518 (S. 59) oder des Vaterunsers von 1519 (S. 60 f.). Natürlich darf auch der Kleine Katechismus nicht fehlen. Danach werden unter der Überschrift „*Unermüdlicher Prediger und zorniger Publizist*“ Luthers „*Adelschrift*“ von 1520 (S. 68 f.) und „*Von der Freiheit des Christenmenschen*“ aus dem gleichen Jahr (S. 72–75) vorgestellt. Luther war auch Dichter, wie die letzte Abteilung anhand verschiedener Gesangbücher illustriert (S. 86–97).

Die gezeigten Exponate stammen zum größten Teil aus der Lutherbibliothek der Wartburg. Diese Bibliothek entstand 1883 und sollte der Luthermemoria und ihrer Inszenierung auf der Wartburg dienen. Diesen Hintergrund skizziert Grit JACOBS in einem Beitrag mit dem Titel „*Luther ward allhier*“ (S. 98–114).

Dem Schreiber Luther versucht sich abschließend die Schweriner Künstlerin Ruth TESMAR durch ihr eigenes Schreiben anzunähern (115–129). Dabei sind sechs sehr individuelle Collagen unter dem Titel „*Briefe an Luther*“ entstanden, in denen Wort und Bild zu einem Gesamtkunstwerk verschmelzen.

Wiederholt legte das Museumsteam der Wartburg einen Katalog vor, der durch seine durchgehend reiche Bebilderung zum Blättern und zur Beschäftigung mit dem Werk Luthers einlädt. Diesen Anliegen werden eine Übersicht über bekannte Wendungen und Worte der Lutherbibel (20/21) und Landkarten zu Luthers Wirkungsraum (14) oder Sprachgrenzen (15; 39) gerecht. Diese Texte des Bandes sind für den Kenner der Materie zuweilen etwas zu allgemein, erfüllen ihren Zweck aber vollumfänglich.

Stefan Michel, Leipzig

Ulman WEISS und Ulrich BUBENHEIMER: Schätze der Lutherbibliothek auf der Wartburg. Studien zu Drucken und Handschriften, hrsg. von Grit JACOBS. Regensburg: Schnell & Steiner 2016. 148 S. ISBN: 978-3-7954-3135-8. Preis: 16,90 EUR.

Publikationen, die im Kontext des Reformationsjubiläums einer größeren Öffentlichkeit die Vielfalt der Quellen des 16. Jahrhunderts vorstellen, sind gar nicht hoch genug zu loben. Sie tragen dazu bei, dass fachspezifische Fragestellungen anhand konkreter historischer Belege nachvollziehbar werden. Wenn eine solche Pionierarbeit von zwei ausgewiesenen Kennern der Materie wie Ulman Weiß und Ulrich Bubenheimer geleistet wird, ist dies umso erfreulicher.

1883 wurde für museale Zwecke die Lutherbibliothek auf der Wartburg begründet, die etwa 900 originale Schriften Luthers und seiner Zeitgenossen umfasst. Seit 2011 wurde diese Bibliothek in Kooperation mit der Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek digitalisiert, so dass nun 824 Objekte der interessierten Öffentlichkeit kostenfrei im Internet zur Verfügung stehen: http://archive.thulb.uni-jena.de/hisbest/servlets/solr/links?l=HisBest_corporation_00002182 (letzter Zugriff: 29. Juni 2017).

WEISS stellt detailreich die Geschichte der Lutherbibliothek auf der Wartburg vor (S. 10–97). Die Wiederherstellung der Wartburg und wesentliche Teile der Ausstattung gingen bekanntlich auf die Initiative Großherzog Carl Alexanders von Sachsen-Weimar-Eisenach (1818–1901) zurück. In den alten Inventaren wurden vor Beginn der Restaurierungsarbeiten im Jahr 1853 lediglich sechs Bücher des 16. Jahrhunderts genannt. Innerhalb von nur zwei Jahren nach Beginn der Restaurierung wurden bereits fast 100 Bücher für die zukünftige Bibliothek angekauft und gestiftet, die allerdings mehrheitlich dem Thema Wartburg gewidmet waren. Mitte der 1870er Jahre umfasste die gesamte Bibliothek etwa 400 Bände. Im Vorfeld des Lutherjubiläums von 1883 organisierte der Weimarer Verleger Adelbert Kühn den Aufbau der Lutherbibliothek, wozu er Spendenaufrufe in verschiedenen internationalen Zeitungen veröffentlichte. Leider starb er bereits 1885, erlebte aber noch, dass 1884 Richard Voss zum ehrenamtlichen Bibliothekar der Wartburg ernannt wurde. Voss konnte weitere Sammlungen in die Wartburgbibliothek integrieren, so 1886 die 53 Kisten umfassende Luthersammlung des Dresdener Kommissionsrats Heinrich Klemm. Weitere 187 Kisten aus der Sammlung Klemm folgten bald. Klemm bereicherte vor allem die erste Abteilung mit den historischen Drucken. Eine Reihe dieser wertvollen Drucke, darunter ein Widmungsexemplar des Erfurter Reformators Johannes Lang, stellt der Verf. ausführlich vor. Bis zu Klemms Tod im Jahr 1886 konnten weitere Bände mit Hilfe dieses Mäzens aus dem Antiquariatshandel für die Bibliothek angeschafft werden, die seit 1889 in die Carl Alexander-Bibliothek in der Eisenacher Predigerkirche integriert war. 1892 erschien ein gedruckter Katalog von *„Luthers Schriften in der Carl Alexander-Bibliothek“* als Beilage zum Bericht des Eisenacher Gymnasiums, wo die Bibliothek in der ehemaligen Predigerkirche bis nach dem 2. Weltkrieg stand. Dieses von dem Eisenacher Gymnasiallehrer August Oesterheld verfasste Verzeichnis umfasste die Drucke der Jahre 1516 bis 1523. Oesterheld organisierte in den nächsten Jahren weitere Buchankäufe.

BUBENHEIMER widmet seinen Beitrag der *„Lutherbibel des Hallenser Schultbeißers Wolfgang Wesemer“*, womit er auf *„Ein Stück Kulturgeschichte von den Einzeichnungen der*

Wittenberger Reformatoren bis zur Ausstellung auf der Wartburg“ hinweist (S. 98–146). Bei dieser Bibel handelt es sich um eine Ausgabe der Wittenberger Bibel aus dem Jahr 1541, die lange in der Lutherstube der Wartburg gezeigt wurde. Mit detektivischem Spürsinn geht der Verf. der Geschichte dieses Buches nach, dessen Erstbesitzer der Hallenser Stadtrichter Wolfgang Wesemer (1492/93–1557) war. Anhaltspunkte für diese Buchgeschichte bietet der Folioband reichlich in Form zahlreicher Eintragungen. Demnach hatte Wesemer das Buch 1542 für 4 Gulden erworben. Bubenheimer berichtet über den Einband sowie die Eintragungen in dem Buch, unter denen die von Martin Luther, Philipp Melanchthon, Johannes Bugenhagen, Justus Jonas und Caspar Cruciger hervorstechen. 1549 trug sich Johann Forster zudem auch in die Bibel ein. Über eine reine Provenienzzgeschichte geht dieser Beitrag deutlich hinaus, weil auch ein Blick auf Wesemers Leseverhalten geworfen wird, was durch seine Eintragungen ermöglicht wird. Beeindruckend ist, dass in den Band ein Bericht über Wesemers Tod geschrieben wurde. Weitere Eintragungen stammen von den lutherischen Theologen Martin Chemnitz (1579), Polykarp Leyser (1582), Georg Mylius (1594), Simon Gedicke (1621) und Johannes Olearius (1621), was nochmals zu einer Wertsteigerung des Buches beitrug und es nahezu einzigartig macht. Die nächsten belegten Besitzer der Bibel waren Jakob Weller von Molsdorf (1604–1664), in dessen Familie sie 60 Jahre lang verblieb. 1730 wurde erstmals in einer Zeitung über den Band berichtet. Danach gelangte die Bibel in den Besitz der Grafen von Einsiedel, die sie 1931 an die Wartburgstiftung verkauften.

Der durchgängig reich bebilderte Band bietet interessante Einblicke in die wertvolle Bibliothek der Wartburg. Ähnlich fundierte Darstellungen wären für weitere bedeutende Bibliotheken Thüringens zu wünschen. Dieser Band verdeutlicht den Sammeleifer im Umfeld des Lutherjubiläums von 1883 und die gezielte Inszenierung der Luthermemoria auf der Wartburg, zu der die ersten Drucke seiner Schriften als Zeitzeugen beitrugen.

Stefan Michel, Leipzig

Weimar und die Reformation. Luthers Obrigkeitslehre und ihre Wirkungen, hrsg. von Christopher SPEHR, Michael HASPEL und Wolfgang HOLLER. Leipzig: Evangelische Verlagsanstalt 2016. 201 S. ISBN: 978-3-374-04278-4. Preis: 24,- EUR.

Mit Weimar rückt der vorliegende Band, der die Ergebnisse einer 2014 am historischen Ort gehaltenen Tagung sichert, ein oftmals unterschätztes Zentrum der Reformationsgeschichte in den Vordergrund. Nach der Mutschierung im Jahr 1513 diente die Stadt an der Ilm dem Herzog und späteren Kurfürsten Johann (genannt „der Beständige“) als Hauptresidenz innerhalb seines die thüringischen, fränkischen und vogtländischen Besitzungen der Ernestiner umfassenden Herrschaftsgebietes. Johann, der von seinem Bruder Kurfürst Friedrich (genannt „der Weise“)

stets auch an der gesamternestinischen Politik beteiligt wurde, war somit auch vor der Übernahme der Kurwürde 1525 ein Fürst von einigem politischen Gewicht. Da er und sein Sohn und späterer Regierungsnachfolger Johann Friedrich (genannt „der Großmütige“) sich früh der Lehre Luthers öffneten, haben wir es in Weimar wohl mit dem ersten Hof eines „Reformationsfürsten“ zu tun, was die hier unternommene wissenschaftliche Unternehmung als sinnvoll, ja sogar geboten erscheinen lässt. Der Band nimmt sich allerdings nicht vor, eine ausschließlich von Reformations- und Frühneuzeithistorikern verantwortete Geschichte der Reformation in Weimar zu schreiben, sondern stellt ein Thema von übergeordneter Bedeutung in den Mittelpunkt, welches von dort wesentliche Impulse erhielt: Luthers Obrigkeitslehre und ihre Wirkungsgeschichte. Dass gerade dieser Bereich der Theologie des Reformators sich an seinen Kontakten zum Weimarer Hof profilierte, dürfte nach dem oben gesagten einleuchten. Die im Untertitel des Bandes angekündigte Beschäftigung mit diesem großen Thema scheint also plausibel, wirft sogleich aber die Frage auf, ob die im Haupttitel anklingende Engführung auf Weimar durchzuhalten ist. Dieser Spannung wird mit einer nachvollziehbaren Gliederung des Bandes in drei Sektionen begegnet. Während im ersten Teil die historischen Gegebenheiten und Entwicklungen im Weimar der Reformationszeit beleuchtet werden, wird in den folgenden Abschnitten nach der Wirkung und Bedeutung der lutherischen Obrigkeitslehre für die folgenden Jahrhunderte und die Gegenwart gefragt.

Eröffnet wird der Reigen durch den Jenaer Kirchenhistoriker und Mitherausgeber Christopher SPEHR, der in seinem Beitrag auf der Basis bekannten Materials zwei durch Luther 1522 in Weimar gehaltene Predigten als wesentliche Stationen der Entwicklung hin zur Obrigkeitsschrift von 1523 mit ihrer zentralen Zwei-Regimenten-Lehre herausarbeitet. Den folgenden Autoren gelingt es dann anhand bisher weniger beachteten Quellenmaterials neue und anregende Forschungsergebnisse zur Geschichte des Weimarer Hofes zu bieten. Während Gerhard MÜLLER in einer durch mehrere Abbildungen bereicherten Untersuchung baugeschichtlich auf das Weimarer Schloss als historischen Ort blickt, befragt Dagmar BLAHA die ihr bestens vertrauten archivalischen Quellen nach den Strukturen des dort agierenden Hofes. Das Ergebnis ist ein stupender Überblick, der die ca. 200 zum Hof gehörenden Personen im Blick auf ihre Funktion, Stellung und Bildung einordnet, zentrale Persönlichkeiten identifiziert und auch die Kontakte nach außen – etwa in die Lokalverwaltung und zum Hof Kurfürst Friedrichs – nicht außer Acht lässt. Der Beitrag bietet somit eine Steilvorlage für detailliertere Untersuchungen, wie man sie sich für manchen anderen Hof der Reformationszeit wünschen würde. Ebenso anregend ist der Beitrag von Joachim BAUER, der es sich zur Aufgabe macht, die Spezifika einer „Weimarer Reformation“ herauszuarbeiten. Er zeigt auf, wie der dortige Hof sich in den ersten Jahren der frühen Reformation um einen eigenen kirchenpolitischen Kurs bemühte, auf den keineswegs nur Luther, sondern auch Vertreter abweichender Lehrmeinungen

wie etwa Thomas Müntzer, Andreas Karlstadt, Jakob Strauß oder der Weimarer Hofprediger Wolfgang Stein Einfluss nehmen konnten. Der von Johann verfolgte Kurs, in großer Offenheit unterschiedliche reformatorische Ansätze und Anliegen zuzulassen, wandelte sich erst schrittweise und unter dem Drängen von Theologen wie Nikolaus Hausmann zu einer stärker ordnend und vereinheitlichend wirkenden Kirchenpolitik, die sich in der territorialstaatlichen Einführung der Reformation nach der Übernahme der Kurwürde 1525 fortsetzen konnte. Diese Entwicklung wird von Bauer kenntnisreich nachgezeichnet, der mit seinem Postulat einer „Weimarer Reformation“ einen anregenden Impuls in die Diskussionen um fürstliche Kirchenpolitik angesichts der frühen Reformation einbringt. Die bis zu diesem Punkt bei allen Beiträgen nachvollziehbare Verknüpfung der historischen Untersuchungen mit der Entwicklung der lutherischen Obrigkeitslehre geht dem letzten Beitrag des ersten Hauptteils etwas ab. Dass Wolfgang HOLLER hier die Weimarer Klassik-Stiftung und die von ihr aufbewahrten Cranach-Bilder zu ihrem Recht kommen lässt, tut der Qualität des Bandes indes keinen Abbruch. Der im unterhaltsamen Vortragsstil gehaltene Beitrag gibt einen nachvollziehbaren Überblick über die Entwicklung des „typischen“ Luther-Porträts der Cranach-Werkstatt und seiner Funktion.

Etwa nach der Hälfte des Bandes wird der Blick weg von der Reformationsgeschichte im engeren Sinne, hin zu den Nachwirkungen der Obrigkeitslehre Luthers gerichtet. Die zweite Sektion tut dies, indem sie nach dem Obrigkeitsverständnis des Luthertums bis zum Ende des Alten Reichs fragt. Luise SCHORN-SCHÜTTE widmet sich in ihrem Beitrag der zweiten Hälfte des 16. und dem frühen 17. Jahrhundert: Ausgehend von Erwägungen zur Entwicklung der protestantischen Gegen- und Notwehrlehre, kommt sie zu dem Ergebnis, dass auch in den Jahrzehnten nach dem Augsburger Religionsfrieden von einem lutherischen Kadavergehorsam gegenüber den jeweiligen Landes- und Reichsautoritäten keine Rede sein kann. Als Belege werden Gutachten führender Theologen wie Johannes Bugenhagen, Philipp Melancthon und Friedrich Myconius angeführt, die Widerstand gegenüber einer ihre Pflichten missachtenden Obrigkeit als gebotenen Schutz des Rechts anerkannten. Die folgenden Theologengenerationen integrierten diese Auffassung in ihr Rollenverständnis im Rahmen der Drei-Stände-Lehre und übten ihre Funktion als Korrektiv weltlicher Obrigkeit durch Mahnungen und Kritik von der Kanzel und in ihren Schriften aus. Auch Georg SCHMIDT, der in seinem Beitrag die weiteren Entwicklungen bis zum Ende des Alten Reichs nachzeichnet, arbeitet heraus, dass lutherische Untertanen zu dieser Zeit durchaus „gehorsam und frei“ agierten und somit auch in Widerspruch zu ihren weltlichen Obrigkeiten geraten konnten. Schmidt sieht die Ursache dafür allerdings weniger in der spezifisch lutherischen Obrigkeitslehre als vielmehr in der Reichsverfassung: Das mehrerebenenstaatlich organisierte Reich mit seinen Institutionen, zu denen nach 1648 auch das Corpus Evangelicorum als Adressat spezifisch evangelischer Anliegen und Partei konfessionell bedingter Auseinandersetzungen gehörte,

bot demnach evangelischen wie katholischen Untertanen die Möglichkeit, Konflikte mit ihrer jeweiligen Obrigkeit rechtssicher an andere Instanzen heranzutragen. Sicher wäre hier zu ergänzen, dass es freilich die lutherische Obrigkeitslehre war, die – wie Schorn-Schütte zuvor schön dargestellt hatte – in ihrer Rede von den zwei Regimentern und den drei Ständen bei aller Pflicht zu weltlichem Gehorsam bereits das Potential barg, auch und gerade als Theologe als Korrektiv oder gar Opposition zur Obrigkeit aufzutreten, und die Lutheraner darin bestärkte, von den verfassungsmäßig gegebenen Möglichkeiten auch verantwortlichen Gebrauch zu machen. In der Zusammenschau beider Beiträge ergibt sich somit ein abgerundetes Bild der Wirkung der lutherischen Obrigkeitslehre im historischen Rahmen der Frühen Neuzeit, das zu weiteren Überlegungen zu ihrer Bedeutung für Moderne und Gegenwart, wie sie in der 3. Sektion angestellt werden sollen, zweifellos anregt.

Mit Klaus DICKE eröffnet ein Politikwissenschaftler diesen Themenkomplex. Sein in Struktur und Argumentation vorbildlicher Aufsatz geht der Frage nach, ob und inwiefern der Rückgriff auf Luthers Obrigkeitslehre in der Moderne für das Verständnis von Staat und Gesellschaft ertragreich wirken kann. Nach einleitenden Bemerkungen zu Begriffen und Methode folgt ein Abriss zur jüngeren Wirkungsgeschichte der reformatorischen Obrigkeitslehre, welcher die Ambivalenzen des lutherischen Verhältnisses zum Staat herausarbeitet. Dicke identifiziert die Obrigkeitsschrift infolge dieser Überlegungen als seelsorgerlich motiviertes und historisch bedingtes Dokument, das nicht als politische Theorie verstanden werden will, aber einen wichtigen Beitrag zur christlichen Deutung des Verhältnisses zur Welt leisten kann. Ähnlichen Fragen wie Dicke spürt der dänische Ethiker Svend ANDERSEN in seinem Beitrag nach, der die Bedeutung der Zwei-Regimenten-Lehre für eine moderne Staatsethik zu erschließen sucht. Überlegungen zu der modernen Entwicklung der Staatsethik und den Grundprinzipien des politischen Denkens Luthers lassen Andersen zu dem Schluss kommen, dass die Zwei-Regimenten-Lehre durchaus anschlussfähig an die von ihm favorisierte liberale Staatsethik John Rawls' ist. Die für diese Schlussfolgerung notwendige Übertragung der reformatorischen Lehren über Jahrhunderte zahlreicher politischer Umbrüche hinweg, kann Andersen freilich nur andeuten. Gerade dadurch stehen die Beiträge von ihm und Dicke aber kongenial nebeneinander und zeigen die Chancen, die in einer Auseinandersetzung mit der lutherischen Obrigkeitslehre unter Berücksichtigung ihrer historischen Bedingtheit und Wirkungsgeschichte liegen. Ellen UEBERSCHÄR will im letzten Beitrag des Bandes, aus ihrer von Kirchentagsarbeit und ökumenischem Gespräch geprägten Perspektive, die gegenwärtige Bedeutung der Reformation herausarbeiten. Unter der Formel „Freiheit und Verantwortung“ verhandelt sie das Verhältnis der protestantischen Kirchen zu ihren ökumenischen Partnern einer- und zum modernen Staat andererseits. Während der erste Teil eine wenig nachvollziehbare Linie von den theologischen Auseinandersetzungen des konfessionellen Zeitalters zum ökumenischen Diskurs

der Gegenwart auszieht, knüpft ein zweiter Abschnitt einleuchtender an die bisherigen Beiträge an, insofern die Potentiale der Obrigkeitslehre zu verantwortlichem Umgang mit und gegenüber dem modernen Staat betont werden. Mit dem Hinweis auf das prinzipielle Unvollendetsein der Reformation am Ende ihres Beitrages beendet Ueberschär ihren Beitrag und damit den vorliegenden Band, dem zur leichteren Erschließung erfreulicherweise ein Personenregister beigegeben ist.

Insgesamt wird ein aufgrund der Vielfalt der Perspektiven lesenswerter und anregender Band vorgelegt. Dass mit Weimar und der Reformation einerseits und Luthers Obrigkeitslehre und ihrer Wirkungsgeschichte andererseits zwei Themen in den Blick genommen werden, die sich überschneiden, ohne durchgängig aufeinander bezogen werden zu können, bedeutet einen gewissen Widerspruch, den die Qualität vieler Beiträge und der stringente Aufbau des Bandes allerdings wettmachen können. Freilich wird der Reformations- oder der Lokalhistoriker die erste Sektion anregender finden, während etwa der Systematische Theologe einige ihrer Beiträge auslassen und zu den wirkungsgeschichtlichen und gegenwartsbezogenen Texten des zweiten und dritten Hauptteils übergehen mag. Insgesamt gelingt es den Historikern der ersten Sektion besser, die Verknüpfung der beiden gegebenen Themenkomplexe aufrecht zu erhalten, indem sie sich weitgehend mit Fragen beschäftigen, die sich mit dem Weimarer Hof und damit der Praxis von Obrigkeit in der Reformationszeit beschäftigen. Dass in den späteren Beiträgen Weimar so gut wie keine Rolle mehr spielt, ist den AutorInnen indes kaum vorzuwerfen, sondern Folge der historischen Entwicklungen. Möglicherweise hätte eine Beschäftigung mit Impulsen die etwa während der Zeit der Deutschen Klassik oder im 20. Jahrhundert von Weimar durchaus ausgegangen sind, hier für eine stärkere Verklammerung sorgen können. Dass die bearbeiteten Themenfelder auf 200 Seiten nicht erschöpfend behandelt werden können, wird kaum überraschen: Die Geschichte der Stadt Weimar während der Reformation wird zugunsten der Beschäftigung mit dem Hof Johans weitgehend ausgeblendet, die Wirkungsgeschichte der Obrigkeitslehre könnte weit detaillierter geschildert und ihre gegenwärtige Bedeutung durch andere Positionen kontrastiert werden. Dennoch ist ein beeindruckend breiter Überblick gelungen, der zur weiteren Beschäftigung mit den bearbeiteten Themen und Fragestellungen einlädt und anregt.

Konstantin Enge, Leipzig

Sophie SEHER: Die Grablegen der Wettiner. Repräsentation im Zeitalter der Reformation. Bucha bei Jena: quartus-Verlag 2016 (Palmbaum Texte. Kulturgeschichte, 36). 556 S. mit 183 s/w- und 4 Farabbildungen. ISBN: 978-3-943768-69-5. Preis: 29,90 EUR – zugleich Dissertation, FSU Jena.

Die 2011 von der Kunsthistorikern Sophie Seher an der Friedrich-Schiller-Universität Jena als Dissertation eingereichte und nun im Druck erschienene Schrift

widmet sich den Grablegen der Wettiner erstmals in einer Zusammenschau. Dabei blickt die Autorin aus zwei Perspektiven auf ihre Untersuchungsobjekte; während einerseits die Grablegen als aus zahlreichen Einzelgräbern bestehende Ensembles in ihrer Bedeutung für die Repräsentation dynastischer Kontinuität und der Visualisierung des legitimen Machtanspruchs gewürdigt werden, so wendet sich die Arbeit andererseits ebenso den Einzelgräbern als diesseits- wie jenseitsorientierten Memorialstätten von Individuen zu. Einsetzend mit der Erlangung der Kurwürde durch Friedrich I. und der Errichtung der Fürstenkapelle im Meißner Dom in den 1420er Jahren zeigt die Autorin Tendenzen in der Ausgestaltung der fünf wettinischen Grablegen in Meißen, Wittenberg, Freiberg, Weimar und Torgau über einen Zeitraum von ungefähr 200 Jahren auf. Dabei rückt insbesondere der Vergleich zwischen den Sepulturen der albertinischen und der ernestinischen Linie in den Mittelpunkt und anhand der benannten Gegenüberstellung werden die angewandten Repräsentationsstrategien vor dem Hintergrund der sich wandelnden politischen wie konfessionellen Situation untersucht.

Nach einer kurzen Darstellung der eigenen Herangehensweise (S. 11–14) wie des aktuellen Forschungsstandes (S. 14–18) und der Verortung der vorgelegten Arbeit in diesem, geht die Autorin einleitend auf „*Die Wettiner in ihrem Herrschaftsraum*“ (S. 19–32) ein. Anhand der politischen Entwicklungen wie der Erlangung der Kurwürde 1423, der Leipziger Teilung 1485 mit der Übertragung der Kurwürde auf die Linie der Ernestiner, des Schmalkaldischen Krieges 1546/47, in dessen Folge die Kurwürde den Albertinern zukam, sowie der Grumbachschen Händel im Jahre 1567 macht Seher auf Basis der Sekundärliteratur die Herausbildung der ungewöhnlich hohen Anzahl von 5 Sepulturen nachvollziehbar. Folgend führt sie den Begriff der „*Repräsentation als Methode der Herrschaftslegitimation*“ (S. 33–62) ein und umreißt knapp und allgemein die Bedeutung der Grablege für die dynastisch-landesherrliche Legitimation.

Einen ersten Hauptteil der Arbeit bildet die „*Vergleichende Analyse von Einzelgräbern anhand konstanter Repräsentationsmedien*“ (S. 63–187). Auf der Basis der ausgewählten Medien Bildnis, Wappen und Grabinschrift, die auf Grabplatten wie Wandgrabdenkmälern als omnipräsent ausgemacht werden können und sich daher für einen Abgleich nutzbar machen, geht Seher der Frage nach, welche Entwicklungstendenzen hinsichtlich des Gedächtnisses einzelner Vertreter des Adelsgeschlechts zu erkennen sind. Diesbezüglich gelangt sie zu dem Schluss, dass im Verlaufe des 16. Jahrhunderts eine deutliche Individualisierung zu beobachten ist. In Tiefgang und Ausführlichkeit hinter der Analyse der benannten Medien bleibt jedoch die Betrachtung der ikonographischen Programme von Bildszenen auf den Grabplatten beziehungsweise Wandgrabdenkmälern (S. 168–187) zurück.

Im sich anschließenden zweiten Hauptteil wendet Seher nunmehr den Blick zu den Familiensepulturen in ihrer Gesamtheit und nimmt eine „*Vergleichende Analyse der Grablegen*“ (S. 188–289) vor. Die Aufmerksamkeit gilt dabei den Grabplatten, den

Wandgrabdenkmälern, den Tumben und den jeweiligen Gesamtkonzeptionen der Grablegen sowie ihrer Besetzung des Kirchen- beziehungsweise Kapellenraums, für die die Autorin Entwicklungstendenzen im Kontext dynastisch-landesherrlicher Repräsentation nachvollziehbar macht. Für die Ernestiner kommt Seher so zu dem Schluss, dass die Repräsentation mit einer auf Vorbildwirkung abzielenden religiösen Legitimierung einhergeht, wohingegen die nach dem Schmalkaldischen Krieg mit der Kurwürde belehnten Albertiner eine Memoria in ihrer Position als von Gott eingesetzter Obrigkeit anstreben. Ob dieses Konzept unbedingt als *fortschrittlicher* (vgl. S. 288) zu beurteilen ist, kann diskutiert werden. Anzuzweifeln ist jedoch, dass die Verlegung der Grablegen in den Chorraum und damit in die Nähe zum Altar gerade durch die Einführung der Reformation zu erklären ist (vgl. S. 287). So geht beispielsweise die Konzeption der Wittenberger Grablege bereits auf die Jahre 1516 und 1517 und damit auf vorreformatorische Zeit zurück. Eine recht knappe und pointierte Zusammenfassung (S. 290–297) schließt die Darstellung ab.

Im Anhang der Arbeit sind neben dem Verzeichnis der Sekundärliteratur (S. 501–544), das leider an vielen Stellen durcheinandergeraten ist, ein Personen- und Ortsregister (S. 545–554), Stammtafeln (S. 298–311), ein Inschriftenverzeichnis mit Übersetzungen (S. 312–384) sowie die im Text ausgewiesenen Abbildungen (S. 385–500) geordnet nach den jeweiligen Grablegen mit entsprechenden Bildnachweisen (S. 555 f.) zu finden. Glücklicherweise wäre es gewesen, die Abbildungen und Inschriften in einem Katalog, wie dies für kunsthistorische Arbeiten nicht unüblich ist, zusammenzuführen und deren übersichtliche Auflistung zu bieten, sodass die benannten Abschnitte auch losgelöst vom Text eine Funktion hätten entfalten können. Anzumerken ist darüber hinaus, dass sich der Abbildungsnachweis (S. 555 f.) als auffällig unvollständig erweist (es fehlen die Nachweise zu den Abbildungen 1, 29, 31, 32, 34, 63, 90, 95, 96, 105, 154, 156, 157, 163, 164, 171, 172, 186). Leider haben auch viele der Schwarzweißabbildungen im Anhang im Druck an Qualität eingebüßt oder sind deutlich zu klein geraten um im Detail studiert werden zu können.

Anerkannt werden muss die beeindruckende Fülle der in diese Arbeit einbezogenen, oftmals mehrteiligen Einzelgrabanlagen, die die Autorin hinsichtlich Stilistik, Materialbeschaffenheit, ikonographischem Programm und Raumbezug untersucht, terminologisch sicher zu erfassen weiß und zueinander lokalitätsübergreifend nachvollziehbar in Beziehung treten lässt. Die Quantität der Untersuchungsobjekte und Analysekatoren sowie die grundlegende Doppelperspektivität heben die Untersuchung auf ein hohes Niveau. Die überaus feingliedrige und zweigeteilte Analyse lässt jedoch den im Titel inbegriffenen und über der Arbeit stehenden Begriff der Reformation hinter sich. Da sich die Arbeit in ihrem zeitlichen Zuschnitt auf vor- wie nachreformatorische Zeit erstreckt, wäre es logischer gewesen, stärker den Geneseprozess einer lutherischen Funeralkultur hervorzuheben. Die die Thematik bedingenden theologischen wie historischen Tiefengänge, wie diese beispielsweise *Inga BRINKMANN (Grabdenkmäler, Berlin 2010)* oder *Doreen*

ZERBE (*Reformation, Leipzig 2013*) in ihre Arbeiten zu lutherischen Grabanlagen gewinnbringend einfließen ließen, bleiben dabei in der Analyse der ausgewählten Objekte, wenn auch eingehend angeschnitten, verhältnismäßig unterbelichtet. Kritisch anzumerken ist darüber hinaus, dass von der Autorin nach 2011 erschienene Literatur für die Druckfassung nur marginal berücksichtigt wurde.

Saskia Schmidt, Leipzig

Annette Caroline CREMER: Mon Plaisir. Die Puppenstadt der Auguste Dorothea von Schwarzburg (1666–1751). Köln/Weimar/Wien: Böhlau Verlag 2015 (Selbstzeugnisse der Neuzeit, 23). 517 S. Zahlr. Abb. ISBN: 978-3-412-22399-1. Preis: 74,90 EUR – zugleich Dissertation, Justus-Liebig-Universität Gießen.

Puppen sind Kinderspielzeug – von wegen! In ihrer Gießener Dissertation zeigt die Kulturhistorikerin Annette Caroline Cremer am Beispiel der Arnstädter Puppenstadt *Mon Plaisir* eindrucksvoll, dass Miniaturen im 18. Jahrhundert (noch) nicht für Kinderhände gedacht waren, sondern als unikale *Sammlungsobjekt[e] soziale[r] Eliten* der Repräsentation dienten (S. 28). Unter der Ägide von Auguste Dorothea, geb. Prinzessin von Braunschweig-Wolfenbüttel, seit 1684 Gräfin, später Fürstin von Schwarzburg-Arnstadt (1666–1751), entstand in detailreich ausgestatteten Kartonboxen ein „Panorama eines Adelhofes“, das Szenen des adelig-repräsentativen Lebens, fürstlicher Vergnügungen und höfischer Versorgung zeigt. Im Puppenformat kann das Fürstenpaar und sein Hofstaat in Salons, bei Tee-, Tanz- und Spielgesellschaften, beim Speisen, bei der Toilette, Audienz und Beratung sowie im Schlafgemach und Musikzimmer bewundert werden. Ferner sind aber auch zum Beispiel die höfische Vorratshaltung, Nahrungszubereitung, Wäscherei, Schneiderei und Schreinerei in Miniatur zu sehen. Als Puppenhaus lässt sich diese Sammlung daher kaum mehr bezeichnen. Sie ist vielmehr eine kleine Stadt, die zwar nicht aus Häusern besteht, wohl aber aus diversen Sammlungsschränken, die mehrere Räume im Schlossmuseum der Stadt Arnstadt/Thüringen einnehmen, obwohl sie mittlerweile um ein Vielfaches dezimiert sind und heute nur noch einen Restbestand von 400 Puppen aufweisen.

Cremer stellt sich mit der Analyse dieser kleinteiligen, umfangreichen Sammlung einer großen Herausforderung: Durch zahlreiche Umzüge, Umbauten und Neuordnungen entzieht sich die Puppenstadt einer konkreten zeitgenössischen Interpretation. Erschwerend kommt hinzu, dass die Szenen in den zahlreichen Kästen weder eine chronologische Geschichte, noch einen Tagesablauf erzählen, sondern *gleichzeitig, übereinander und nebeneinander stattfinden* (S. 35) und nur in einem schlechten konservatorischen Zustand erhalten sind. Mögliche Fehlstellen und die (Re-)Konstruktion diverser (Zeit-)Kontexte sind Hürden, die Cremer methodisch sorgfältig reflektiert, und sich trotzdem – oder gerade deshalb – das Ziel setzt, die

Dichotomie der Mikro- versus Makroperspektive in einer sich gegenseitig dynamisierenden Denkbewegung in der Zusammenschau am Material auf[zu]lösen (S. 22). Ihre Interpretation fußt auf der Prämisse, dass die Sammlung ein Selbstzeugnis Auguste Dorotheas darstelle. Die Fürstin soll sich – so die These – mit den Puppen bewusst nonverbal innerhalb bestehender Rollenmuster inszeniert haben. Die persönliche Handschrift der Fürstin lasse sich wegen der unzähligen Kombinationsmöglichkeiten zwischen den über die Zeit immer wieder neu geordneten Kästen, Möbeln und Figurinen zwar nicht mehr erfassen. Die Puppenstadt sei aber dennoch als „biografisches Fragment“ aussagekräftig – und zwar sowohl als Selbstzeugnis als auch als Gesellschaftsportrait des beginnenden 18. Jahrhunderts aus der Sicht einer Hochadligen (S. 38). Das ist durchaus bemerkenswert. Auguste Dorothea gilt als „Vielschreiberin“, scheint sich zur Selbstdarstellung aber trotzdem nicht des weit verbreiteten Tagebuches bedient, sondern das Objektive dem Schriftlichen vorgezogen zu haben (S. 37). Diese Entscheidung der Fürstin hinterfragt Cremer nicht explizit. Dafür entkräftet sie mit dem Verweis auf die eindeutig weibliche Erzählperspektive und auf die zahlreichen, das weiblich-adelige Leben abbildenden Szenen die bisherigen Forschungsmeinungen, die Sammlung sei als enzyklopädisches Portrait Arnstadts oder als bloße kunsthandwerkliche Hinterlassenschaft zu verstehen (S. 30). Zugleich ermuntert sie ihre Leserschaft zur kritischen Prüfung ihrer Thesen, indem sie zu bedenken gibt, dass Adressatenkreis und Autorenschaft unbestimmt bleiben müssen. Es sind keine schriftlichen Erklärungen zum Sinn und Zweck von *Mon Plaisir* bekannt. Zudem ist von einer Autorengemeinschaft auszugehen. Die Fürstin scheint die Sammlung zusammen mit ihrem Hofstaat und Untertanen handwerklich erarbeitet zu haben, später wirkten Kuratoren (hin)ein.

In der Studie folgen der konzisen 30-seitigen Einleitung insgesamt acht unterschiedlich gewichtete Kapitel: Den Anfang bildet eine methodische Anleitung, wie Puppenhäuser als Kulturdokumente und Kunstkammerstücke forschungsfundiert gelesen und symbolisch dekodiert werden können. Eine detaillierte Beschreibung der Sammlung verschafft dem Leser sodann eine genaue Vorstellung von den Puppenstuben – abseits der photographischen Abbildungen und der im Anhang beigefügten, wertvollen Rekonstruktionsschemata – und ermöglicht es Cremer, aus der Geschichte, Rezeption, Datierung und dem ästhetischen Prinzip der Sammlung das Konzept bzw. den „Masterplan“ der Puppenstadt zu entfalten. Darauf folgend liest man nicht, wie erwartet, die Deutung der Puppensammlung, sondern zunächst eine Kurzbiographie Auguste Dorotheas, die auf die (finanziellen) Verhältnisse in der Witwenzeit fokussiert ist, sowie eine Skizze des Witwenhofstaates als baulicher und personeller Mikrokosmos der Fürstin. Damit werden zwei Forschungslücken gefüllt, die essentiell sind, um die Realitätsnähe der Puppensammlung zu bestimmen. Aufbauend auf diesem 240-seitigen Fundament kann Cremer schließlich ihrer eigentlichen Fragestellung nachgehen, das heißt *Mon Plaisir* als Spiegel eines Fürstinnenlebens analysieren und die Puppen-

szenen mit den biographischen Erfahrungsräumen, Lebensräumen und Handlungsräumen Auguste Dorotheas abgleichen. Bemerkenswerterweise lässt sich dieses umfangreiche Kernstück der Studie auch als *Bildkatalog höfischer Standardsituationen des 18. Jahrhunderts* (S. 24) lesen und bereitet den Boden für die folgenden Überlegungen zu den Funktionen des *Mon Plaisir* im Leben Auguste Dorotheas und im höfischen Kontext. Ein Fazit, das die *stilisierte[n] Lebensbilder einer Hochadeligen* zugespitzt zusammenfasst, rundet die Studie ab.

Cremer's Ergebnisse zeigen, wie aufschlussreich die Untersuchung materieller Kultur, mithin die Nutzung von Objekten als historische Quelle sein kann. Das wird besonders deutlich an den herausgearbeiteten Diskrepanzen zwischen Leben und Werk, die das (realitätsferne) Selbstverständnis und die Identitätskonstruktion Auguste Dorotheas offenlegen. Als kinderlose, nicht selbst regierende Witwe des mindermächtigen, kleinen Schwarzburger Reichsterritoriums hatte die Fürstin kaum *Einfluss außerhalb ihres Hauses* (S. 439). In der Puppenwelt sah dies jedoch anders aus. Dort präsentierte sich Auguste Dorothea als geachtete, autarke Monarchin, die scheinbar ohne finanzielle Probleme regieren, repräsentieren und sich schöngestig vergnügen konnte. Dieses idealisierende, gelegentlich gar utopische Bild spiegelt laut Cremer vor allem jene soziale Stellung bzw. Führungsrolle wider, auf die Auguste Dorothea als Wolfenbütteler Prinzessin „seit ihrer Kindheit vorbereitet wurde“, die sie aber letztlich mit der Heirat nach Schwarzburg-Arnstadt nicht erreichte (440). Die archivalischen Quellen zeichnen ein konfliktgeladenes Leben der Fürstin als Bittstellerin im steten Ringen um Stuserhalt – u. a. verursacht durch Auguste Dorotheas Hang zum Luxus, der zwar hinter den Ausgaben ihres Gemahls zurückblieb und im Hochadel keineswegs als Verschwendung galt, die Schwarzburger Verhältnisse jedoch schlichtweg überstieg (S. 48). *Mon Plaisir* kann dementsprechend kaum als realitätsnahe Abbildung von Auguste Dorotheas Leben gelesen werden. Der Erkenntniswert ist anders gelagert und steckt vielmehr in dem persönlich gefärbten Blick der Fürstin auf ihren eigenen Stand, auf ihre Untergebenen und die *Versorgungslogik eines mittelgroßen Witwenhofes* (S. 444, 446). Als *dreidimensionaler Fürstinnenspiegel* erlaubt die heile Welt der Puppen, ein ganzes Set an zeitgenössischen idealtypischen Rollenmustern aus der konkreten Perspektive Auguste Dorotheas nachzuvollziehen – Muster, denen sich die Arnstädter Fürstin selbst laut Cremer offenbar unkritisch verpflichtet fühlte.

Dieser Interpretationsansatz scheint plausibel, lassen sich damit doch auch zunächst irritierende Eigenheiten der Puppenstuben erklären. So verblüfft zum Beispiel auf den ersten Blick, dass Kinder in *Mon Plaisir* ein dominantes Thema sind. Es finden sich zahlreiche Kinder- und Babyfigurinen und sogar eine Kindbettszene. Wegen der Kinderlosigkeit der Fürstin kommt eine Selbstdarstellung kaum in Frage, umso mehr passt jedoch die Deutung als Fürstinnenspiegel. Dass Auguste Dorothea das Kinderkriegen als fürstliche Pflicht nicht ausblendete, obwohl sie diesem Anspruch selbst nicht genügte, spricht für die These,

dass *Mon Plaisir* Szenen eines Ideals repräsentiert. Bemerkenswert sind dementsprechend auch die Fehlstellen: Die Fürstin wird weder fromm noch karitativ dargestellt. Konträr zu zeitgenössischer Gebrauchsliteratur und religiösen Traktaten gehörte beides aus Sicht Auguste Dorotheas augenscheinlich nicht zum Tugendkanon einer Fürstin. Auch zeitgenössische Katastrophen wie Hungersnöte, Pest und Feuersbrünste sowie (individuelle) Phänomene wie Trauer und die weit verbreitete Armut in der Arnstädter Gesellschaft vermisst man. Da zudem selbst essentielle fürstliche Finanzquellen wie die Erzbergwerke fehlen, kann Cremer diese Lücken gegen die enzyklopädische Abbildungsidee ins Feld führen und zugleich als Argument für ihre Lesart der Sammlung als nicht-individuelle, normative Rollenbeschreibung nutzen. So erschließen sich letztlich auch die Funktionen der Puppenstuben als *Erinnerungsmedium*, *Ich-Ausstellung*, *Realitätsflucht*, *Kompensation* und *Herrschermemoria* (S. 424). All dies gilt natürlich unter dem Vorbehalt, dass die Lücken nicht einer verlorenen Überlieferung geschuldet sind.

Cremer's stringente Deutung kommt an ihre Grenzen, wenn es um die Wahl der Ausdruckform geht: Das Puppenhaus als Medium passt nicht zur konservativen, ständischen Weltsicht Auguste Dorotheas. Puppenhäuser wurden im späten 17. und beginnenden 18. Jahrhundert meist von großbürgerlichen oder niederadligen Frauen in Auftrag gegeben und gehörten nicht zum höfischen Zeichenrepertoire des Hochadels. Als Substitut für eine – wegen permanenter Geldnot – unmögliche, repräsentative Bautätigkeit dürfte das Bauen *en miniature* daher kaum akzeptiert gewesen sein. Die Arnstädter Fürstin war also durchaus auf avantgardistischen Abwegen. Cremer deutet dies als Dilettantismus, trotzigen Kommentar und Indikator für ein Anspruchsdenken außerhalb des Etablierten, was nur bedingt überzeugt und Ansatzpunkt für weitere Forschungen sein kann und sollte. Im übergreifenden Sinne scheint dies auch Anliegen der Autorin zu sein, die feststellt, dass *Mon Plaisir* als kulturgeschichtliche, nicht selbstreferenzielle Quelle *längst nicht erschöpft* sei (S. 25).

Verortet im deutschen und anglosächsischen Forschungskontext der *material culture* vollzieht die sprachlich ansprechende Studie einen gelungenen interdisziplinären Spagat zwischen Historie und Kunstgeschichte. Die erhellende Analyse von Puppen, Interieur, Möbel und Kostümen sowie mancher irritierender, ästhetischer Uneinheitlichkeit liefert einen vielschichtigen Einblick in die Vorstellungswelt einer mindermächtigen, kinderlosen Fürstenwitwe in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts. Cremer vermag es mit ihrer kulturhistorischen Herangehensweise, tradierte Hypothesen über *Mon Plaisir* zu entkräften und einen wichtigen Beitrag zur Hof-, Dynastie- und Genderforschung zu leisten. Streckenweise wünscht man sich mehr Belege; der schmale Anmerkungsapparat scheint eher den kunstgeschichtlichen Gepflogenheiten zu entsprechen. Und auch die Nummerierung im Inhaltsverzeichnis irritiert etwas im Vergleich zu der im Text angekündigten, abweichenden Kapitelaufteilung. Ein Personenregister bietet jedoch schnelle

Orientierung. Insgesamt schmälert dies keineswegs den positiven Gesamteindruck. Die Studie ist überaus lesenswert.

Stefanie Freyer, Osnabrück

Ulrich von Thun: Briefe aus Genf 1744–1747, übers., hrsg. und komm. von Bärbel RASCHKE. Gotha: Thüringisches Staatsarchiv Gotha 2016. (Schriften des Thüringischen Staatsarchivs Gotha, 10 = Friedensteinsche Quellen, 8). 290 S. 6 Farbabb. ISSN: 1612-0590. Preis: 10,- EUR.

Die vorliegende Edition und Übersetzung der Briefe Ulrichs von Thun aus der Zeit seines Aufenthaltes in Genf von 1744 bis 1747 ergänzen und korrespondieren mit der von der selben Herausgeberin erarbeiteten Ausgabe der von Thunschen Briefe aus Paris (1747–1750). Der im Vergleich zu den Pariser Briefen mit 290 Seiten nur wenig schmaler ausgefallene Band der Genfer Korrespondenzen ermöglicht es erstmals, durch die Edition im Allgemeinen sowie die deutsche Übersetzung aus dem Französischen im Besonderen die Leistungen und das Wirken von Thuns, auch in einem größeren Kreis, angemessen zu würdigen. Die über 100 Briefe, die von Thun während seines Aufenthalts in Genf an die in Gotha residierende Herzogin Luise Dorothea von Sachsen-Gotha-Altenburg schrieb, gewähren einen tiefen Einblick in die Funktionsweisen europäischer Diplomatie und das Leben eines Hoferziehers; Einblicke, die in der bisherigen Forschung jedoch nicht oder nur unzureichend zur Kenntnis genommen wurden. Die Interpretation der Briefe habe stets, so Raschke *in eine eindimensionale Unterbewertung* (S. 6) gemündet, die jedoch nicht gerechtfertigt sei. Raschke will die von Thunsche Briefsammlung, deren chronologisch erster, aber editorisch zweiter Teil hier besprochen werden soll, denn auch *in eine Linie mit den großen Briefwechseln Luise Dorotheas* (S. 6) etwa mit Voltaire oder Friedrich II. von Preußen stellen. In der ausführlichen Einleitung stellt die Autorin neben einer allgemeinen Kontextualisierung von Thuns in der Denk- und Handlungswelt frühneuzeitlicher Gesandter auch seine Biographie nach den neuesten Erkenntnissen dar. Darauf folgt die Edition der Briefe in deutscher Übersetzung sowie anschließend ein Kommentar zu den edierten Briefen, ein Personenregister und ein Abbildungsverzeichnis. Die Edition der Briefe erfolgt in der Reihenfolge der Gothaer Konvolute. Angegeben werden ein Signaturkürzel, das entsprechende Blatt, Abfassungsort und -datum des jeweiligen Briefes. Unklar erscheint, warum die Signatur Geh. Archiv E XII a 26 zweimal, nämlich als „Geh. Archiv E XII a 26“ und als „Geh. Archiv E XII a 26 bis fol. 32 r“ (S. 40) angegeben wird, wo doch die entsprechende Akte ohnehin nur bis fol. 32r Briefe zu enthalten scheint (vgl. S. 249). Kleinere Fehler haben sich zudem bei der Signaturangabe in der Edition eingeschlichen (etwa S. 47). Der 30 Seiten umfassende und den Briefen angehangene Kommentar zur Erklärung erscheint für den Zweck der Edition nicht überzeugend, wobei dies wohl ein Problem der gesamten

Reihe ist. So werden die Anmerkungen nur seitenweise aufgereiht, wobei jeweils einzelne Worte oder Stellen kommentiert werden. Es erschließt sich beim Lesen der Briefe nicht direkt, zu welchen Begriffen oder Wendungen ein Kommentar gehört und zu welchen eben nicht. Erschwert wird das Finden der entsprechenden Anmerkung noch dadurch, dass die auf die Briefedition verweisenden Seitenzahlen im Normaldruck erscheinen und die einzelnen Anmerkungen lediglich der Fettdruck der zu erläuternden Abschnitte trennt. Eine Lösung etwa in Form von Fußnoten wäre wohl einer Edition angemessener gewesen und hätte die Erschließung vereinfacht. Abgeschlossen wird der Band durch ein Personenregister, das zu den meisten Personen bereits die Lebensdaten liefert. Die Benutzung der Registers bedarf jedoch ebenfalls einer gewissen Einarbeitung, da es überwiegend nach den (Nach-)Namen der in den Briefen erwähnten Personen geordnet ist (etwa Maria Theresia unter M), insbesondere bei Herrschern jedoch auch nach den Regionen bzw. Ländern (so wird Philipp von Hessen unter H geführt). Insgesamt bietet die Edition der Genfer Briefe des Ulrich von Thun trotz einiger Schwierigkeiten bei der Erschließung einen guten und einfachen Einstieg in die Korrespondenz eines unterschätzten Gesandten des 18. Jahrhunderts.

Marco Krüger, Jena

Michael STOLLE: Der Komponist Heinrich XXIV. Reuß-Köstritz. Ein Meister strenger Schönheit. Hildesheim/Zürich/New York: Georg Olms Verlag 2016. 360 S. mit zahlreichen s/w-Abbildungen. ISBN: 978-3-487-08577-7. Preis: 48,- EUR.

Eine Monographie über eine in Vergessenheit geratene, kaum erforschte Künstlerpersönlichkeit zu schreiben, ist nicht zuletzt im Hinblick auf die zu leistende quellenkritische und methodologische Pionierarbeit ein schwieriges, aber nichtsdestotrotz lohnendes Unterfangen. Der Dirigent, Pianist und Musikpädagoge Michael Stolle hat sich dieser verantwortungsvollen Aufgabe gestellt und eine umfangreiche Studie zu dem komponierenden Fürsten Heinrich XXIV. Prinz Reuß-Köstritz (1855–1910) vorgelegt. Das Geschlecht der Reuß hat sich im musikhistorischen Gedächtnis insbesondere durch Heinrich Posthumus von Reuß-Gera verankert, dessen Todes im Jahre 1635 Heinrich Schütz mit den *Musikalischen Exequien* gedachte. Als zu Lebzeiten hochgeachteter Komponist blieb Heinrich XXIV. in einer nachklassischen Stilistik verhaftet, die nicht unwesentlich durch das konservative Umfeld seiner Studienstadt Leipzig (mit den Lehrern Wilhelm Rust und Heinrich von Herzogenberg) sowie durch Heinrichs großes Vorbild Johannes Brahms mitgeprägt wurde. Auch wenn der Untertitel von Stollers Untersuchung einen musikanalytischen Akzent vermuten lässt, handelt es sich hierbei vor allem um eine Biographie. Die Strategie Stollers, sich der Person des Reuß-Prinzen aus einem weit gespannten historischen und soziokulturellen Rahmen zu nähern, ist grundsätzlich begrüßenswert. Sie könnte

jedoch, etwa was die dynastischen Verhältnisse oder die musiksozialen Skizzierungen (Stichwort »Musikleben«) betrifft, noch konziser systematisiert sein. Bemerkenswert ist das mit viel Fleiß zusammengetragene, kaum zu überblickende Quellenmaterial, das Stolle seiner Biographie zugrunde legt und das er auch ausführlich zu Wort kommen lässt. Hierdurch werden nicht nur intime Facetten des Menschen Heinrich XXIV. Reuß-Köstritz gezeichnet, sondern auch seine vielfältigen Vernetzungen in der deutschen Musikszene (Kapitel „*Austausch mit Musiker- und Komponistenkollegen*“, S. 209–245) deutlich gemacht. So offenbart die Korrespondenz mit Heinrichs »Hauptfreund« Joseph Joachim (20 Briefe) einen regen Austausch voll gegenseitiger künstlerischer Wertschätzung. Ausgerechnet das genannte Kapitel entbehrt indes aufgrund eines vergleichsweise eingeschränkten Quellenfundus' nicht nur vertiefter Resümees, sondern leidet auch hinsichtlich der ausgewählten Protagonistinnen und Protagonisten (unter anderem Johannes Brahms, Julius Otto Grimm, Max Bruch, Lili und Adolf Wach). So zählt die nicht aufgeführte Clara Schumann ebenso zu den Briefpartnern Heinrichs, und aufgrund der zahlreichen Korrespondenzen und seiner Nähe zum Brahms-Joachim-Kreis hätte zumindest auch der angesehene Pianist, Dirigent und Professor Franz Wüllner einbezogen werden müssen. Das kompositorische Schaffen Heinrichs (insgesamt 43 Werke bzw. Werkgruppen) wird in drei Kapiteln, deren Überschriften Schaffensperioden nahelegen („*Die ersten Kompositionen: Kammermusik, Lieder und zwei Sinfonien*“, S. 76–115, „*Stilverfeinerung und Musikbemühungen*“, S. 130–163 und „*Nach der Jahrhundertwende – die späten Kompositionen*“, S. 246–271), beleuchtet. Diese Gliederung ist jedoch aufgrund von Datierungsproblemen weder chronologisch fassbar noch wird sie durch eine hinreichende musikanalytische Argumentation untermauert. Die Beschreibungen der Werke verbleiben im Allgemeinen auf einer sehr deskriptiven Ebene; bisweilen werden sie durch Ego-Dokumente sowie musikkritische Aperçus älteren und jüngeren Datums (Zeitungsartikel, Programmzettel usw.) ergänzt. Die vergleichsweise unreflektierte Betrachtungsweise der Reuß'schen Kompositionen sei Stolle allerdings verziehen, da hierdurch der Rahmen einer Biographie zweifellos gesprengt worden wäre. Der Studie beigelegt sind eine Reihe sinnvoller Anhänge, die unter anderem eine Ahnentafel, eine Lebenschronik, ein Werkverzeichnis sowie eine Liste der erschienenen CD-Einspielungen umfassen. Obschon, wie oben erläutert, in einigen Details konzeptionell und inhaltlich mit Unzulänglichkeiten behaftet, ist gerade der umfassende Charakter die große Stärke von Stollers Untersuchung – ein Tatbestand, der sich für weitere Studien rezeptions-, gattungs- und (musik)sozialgeschichtlicher Natur als ungemein wertvoll erweisen könnte und der gerade im Forschungsfeld der „Meister der zweiten Reihe“ so wünschenswert wäre. Der flüssig lesbare Text sowie das qualitativ hochwertige Layout mit vielen Abbildungen und Notenbeispielen runden den insgesamt positiven Eindruck ab.

Michael Chizzali, Weimar

Wolfram SIEMANN: Metternich. Strategie und Visionär. Eine Biographie. München, Verlag C. H. Beck 2016. 983 S. ISBN: 978-3-406-68386-2. Preis: 29,95 EUR.

Nach der vor 90 Jahren erschienen großen Metternich-Biographie des österreichischen Historikers von Srbik hat Wolfram Siemann nun die seit langem erwartete umfassende Biographie dieses österreichischen Staatsmannes vorgelegt, die sich in vielerlei Hinsicht von den bisherigen Biographien unterscheidet und Leben und Werk Metternichs in einem neuen Licht erscheinen lässt. Zum einen hat Siemann wie kein Metternich-Biograph zuvor die verfügbaren Quellen erschlossen und ausgewertet. Dies gilt vor allem für das in Prag liegende Familienarchiv der Metternichs, die Bestände des Staatsarchivs in Pilsen sowie die des in Böhmen gelegenen früheren Familiensitzes Schloss Königswart. Zum anderen präsentiert Siemann aufbauend auf diesem reichen, mit großem Engagement erschlossenen Quellenbestand und seiner kritischen Auseinandersetzung mit der älteren und neueren Forschung ein Metternich-Bild, das sich in vielfacher Weise von pauschalen und oft wenig quellengestützten Urteilen der bisherigen Forschung unterscheidet. Für die liberalen Historiker des 19. Jahrhunderts war Metternich der größte Feind der nationalstaatlichen und freiheitlichen Bestrebungen, für die nach 1871 dominierende kleindeutsch-preußische Geschichtsschreibung ein verschlagener, dünkelfhafter und gedankenarmer Diplomat, dessen Status-Quo-Politik den Aufstieg Preußens zur deutschen Führungsmacht mit allen Mitteln zu blockieren versuchte. Heinrich Ritter von Srbik zeichnete 1925 zwar ein differenziertes Bild. Er betonte die aus der Struktur der Habsburger Monarchie resultierenden begrenzten Handlungsspielräume und vor allem auch die europäische Perspektive Metternichscher Politik. Siemann zeigt freilich in seinen einleitenden Abschnitten die Risiken und Widersprüche eines Ansatzes, der mit seinen aus einer völkischen Zivilisationskritik stammenden Leitbegriffen und geprägt von den Erfahrungen des Zerfalls der Habsburger Monarchie zentralen Begründungen und Anliegen der Metternichschen Politik nicht gerecht werden konnte. In Siemanns Biographie wird Metternich nun als ein Mann dargestellt, dessen politische Konzepte von sieben prägenden Erfahrungen – der Aufklärung, der Französischen Revolution, den auf sie folgenden verheerenden Kriegen, der europäischen Rekonstruktion, den Forderungen des europäischen Völkerfrühlings, den Revolutionen und den staatsbildenden Nationalitätenkonflikten – bestimmt war. Auf die Fülle der damit verbundenen Herausforderungen reagierte Metternich keineswegs nur durch starres Festhalten an alten Strukturen oder Versuche ihrer Wiederherstellung. Für Siemann ist Metternich kein Doktrinär, sondern ein Intellektueller, der sich intensiv mit den Ideen und Entwicklungen seiner Zeit auseinandersetzte, um überzeugende Antworten auf neue Herausforderungen rang und dabei früher als andere die neuen Konflikte und Gefahren des nationalstaatlichen Strebens erkannte, das die europäische Geschichte des 19. Jahrhunderts immer stärker bestimmen sollte.

Um Metternichs Gedankenwelt und ihre Entwicklung zu verstehen, bietet der Autor zunächst einen tiefen Einblick in die Familiengeschichte der Metternichs. Der 1773 in Koblenz geborene Klemens Wenzel Lothar von Metternich entstammte einer Familie des rheinischen Reichsadels, die seit mehreren Generationen ein enges Verhältnis zum Habsburger Kaiserhaus pflegte. Der Vater Franz Georg Graf von Metternich diente den Habsburgern als Diplomat und war bis 1791 leitender Minister in den österreichischen Niederlanden. Den Sohn ließ er von aufgeklärten Hofmeistern erziehen und in Straßburg und Mainz studieren. Die prägenden Einflüsse dieser Erziehung und die über die akademischen Lehrer Koch und Vogt vermittelten Einsichten in die Reichsverfassung und das europäische Mächtesystem werden von Siemann ebenso überzeugend herausgearbeitet wie Metternichs Auseinandersetzung mit der Französischen Revolution, die er als Student in Straßburg und Mainz unmittelbar erlebte. Das tiefe Misstrauen, das Metternich zeit seines Lebens den intellektuellen Führern neuer politischen Bewegungen entgegenbrachte, war eine der wesentlichen Folgen dieser Erfahrungen. Eine andere war der Zerfall der alten europäischen Ordnung durch die 1792 beginnenden Revolutionskriege, die für die Familie mit den Verlusten der linksrheinischen Besitzungen verbunden waren. Zu den wichtigen politischen Prägungen des jungen Metternichs gehörte aber auch sein von Siemann ausführlich geschilderter Englandaufenthalt im Jahre 1794. Ganz im Gegensatz zu älteren Darstellungen kann Siemann zeigen, dass Metternichs politische Einstellungen keineswegs in einem natürlichen Gegensatz zum englischen System gestanden haben, sondern dass er diesem und vor allem seiner Interpretation durch Edmund Burke sehr viel aufgeschlossener gegenüberstand.

Wie der junge Metternich dann seinen Aufstieg in der Diplomatie des Habsburger Reiches vollzog, wie er auf seinen Gesandtschaftsposten in Dresden und Berlin den Aufstieg Napoleons und das Ende des Alten Reiches wahrnahm, wie er dabei Kontakte zu kommenden Führungspersonlichkeiten der europäischen Politik knüpfte und welche Überlegungen er zur Zukunft Europas anstellte, all das wird von Siemann außerordentlich quellennah und detailreich dargestellt. Das Gleiche gilt für die 1806 einsetzende Pariser Botschafterzeit, Metternichs Beziehung zu dem nun noch mächtiger gewordenen Napoleon und seine Schlussfolgerungen aus der erneuten österreichischen Niederlage im Krieg von 1809. Für den nun von Kaiser Franz ins Außenministerium berufenen Metternich war klar, dass Napoleon in seinem Streben nach einem global wirkenden Imperium nicht durch nationale Erhebungen, sondern nur durch die Allianz der anderen großen europäischen Mächte aufgehalten werden konnte. Allerdings konnte das geschlagene Österreich dabei zunächst keine aktive Rolle spielen. Wenn es sich aber Napoleons Macht zunächst beugte und diesem auch durch die Heiratspolitik entgegenkam, so war dies keineswegs eine Politik des Anbiedereins an den Stärkeren. Zwar war es auch nach Napoleons gescheitertem Russlandfeldzug nicht Österreich, das sogleich in den Kampf gegen den Kaiser der Franzosen eintrat. Siemann zeigt jedoch, dass es vor

allem Metternichs politische Kombinationsgabe und sein Verhandlungsgeschick waren, die am Ende zu einer neuen und im Unterschied zu den bisherigen militärisch und politisch auch erfolgreichen antinapoleonischen Koalition führten. In seiner quellengesättigten und von analytischer Schärfe zeugenden Darstellung belegt Siemann, wie der neue österreichische Außenminister, der aufgrund seiner vielen persönlichen Kontakte Napoleon besser kannte als alle anderen Diplomaten, geschickt die Fäden zog und damit erst die entscheidenden Voraussetzungen für den Sieg über Napoleon schuf. Zugleich verweist er auf eine bislang eher unbeachtete Seite im Metternichschen Denken: die tiefe Abneigung gegen den Krieg, der seit der französischen Revolution und den mit ihr entfachten nationalen Leidenschaften eine neue Qualität erhalten hatte und aus Sicht des österreichischen Außenministers für die Zukunft nichts Gutes verhieß. Aus den Erfahrungen der langen Kriegszeit und der mit ihr verbundenen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbrüche wollte Metternich seine Politik auf dem Wiener Kongress durch eine europäische Ordnung gemeinsamen Rechts krönen und durch die neue Struktur eines Mächtegleichgewichts einen dauerhaften Friedenszustand herbeiführen. Eine der Voraussetzungen hierfür war die föderative Lösung der deutschen Frage in Form des Deutschen Bundes.

Metternichs Beitrag zu dieser Friedensordnung und seine tieferen Beweggründe werden von Siemann überzeugend dargelegt. Bevor er dann danach fragt, wie Metternich nach 1815 auf die rasch aufkommende Kritik an dieser Ordnung reagierte, widmet sich der Verfasser aber Fragen, die in den bisherigen Metternich-Biographien nur kurz oder überhaupt nicht thematisiert worden sind. Gewiss kann man auch in der älteren Literatur manches über den „Frauenversther“ Metternich und seine Liebschaften lesen, aber durch die erstmals vorgenommene umfassende Auswertung der privaten Quellen gelingt es Siemann auf überzeugende Weise, das landläufige Bild vom Ehebrecher und oberflächlichen Schürzenjäger zu relativieren und ganz neue Einsichten in Metternichs Verhältnis zum anderen Geschlecht zu eröffnen. Es sind aber vor allem auch die Ausführungen zur Familiengeschichte, die Beziehungen zu den drei Ehefrauen, das Verhältnis zu den Kindern, die Reaktionen auf den frühen Tod von Töchtern und Söhnen und die Errichtung der Familiengruft Plaß als Erinnerungsort, mit denen Siemann deutlich macht, wie wichtig für Metternich die private Welt als Gegenwelt für die Staatsgeschäfte war. Der Blick auf die private Seite revidiert auch manch andere Pauschalurteile. Metternichs geschickte Sanierung der Familienfinanzen, seine Bewirtschaftung der Landgüter und des Waldes sowie der Ausbau seiner Eisenhütte in Plaß zeigen, dass Metternich von der Welt der modernen Wirtschaft mehr verstand als vielfach behauptet, und dass er sich frühzeitig um die Nutzung der technologischen Neuerungen des herausziehenden Industriezeitalters bemühte.

Im Zentrum der bisherigen Metternich-Kritik stand freilich immer wieder seine Politik zwischen Wiener Kongress und der Revolution von 1848, eine Zeit also, in

der vor allem Metternich auf der europäischen und deutschen Ebene alle Kräfte entschieden bekämpfte, die eine andere, von National- und modernen Verfassungsstaaten geprägte europäische Ordnung anstrebten, und in der er vor problematischen Unterdrückungsmethoden und -mechanismen nicht zurückschreckte. Im Vergleich zu den früheren Lebensabschnitten wird dieser wichtigen Phase des Metternichschen Wirkens in der Darstellung freilich zu wenig Platz eingeräumt, und auch die Wertungen können nicht immer überzeugen. Auf der einen Seite kann Siemann zeigen, dass die Bilder vom finsternen Reaktionär und einem nur dem Status-Quo verpflichteten Staatsmann den Beweggründen und dem Anliegen der Metternichschen Politik nicht gerecht werden. Zu Recht verweist Siemann auf Metternichs Reformbestrebungen in der Habsburger Monarchie, die mehrfach am Widerstand des Kaisers, der großen kaiserlichen Familie und interner Gegner wie Kolowrat scheiterten. Vor allem nach dem Tode von Kaiser Franz I. wurden die entsprechenden Handlungsspielräume des Staatskanzlers immer kleiner. Am Beispiel der Zollpolitik, wo Metternich früh die Gefahren des von Preußen geschaffenen Zollvereins erkannte und für eine Annäherung Österreichs plädierte, belegt Siemann, wie flexibel Metternich auf neue Situationen reagieren konnte. Ferner eröffnen gerade die privaten Quellen neue Einsichten darüber, wie Metternich und seine Umgebung die frühen Attacken gegen die 1815 in Wien geschaffene Ordnung wahrnahmen, wie sehr vor allem eine ganze Kette von Attentaten zum Gefühl einer europaweiten Bedrohung von Monarchen und Staatsmännern beitrug und so aus Metternichs Sicht eine Situation entstand, in der er mit harten Gegenmaßnahmen reagieren musste, um sein Friedenswerk von 1815 nicht zu gefährden.

Auf der anderen Seite aber hätte man sich gewünscht, dass manche Widersprüche in Metternichs Politik, seine Verantwortung für die letztlich Revolutionen auslösenden Reformblockaden oder auch die Berechtigung seiner Diffamierungen politischer Gegner stärker hinterfragt worden wären. So hebt Siemann etwa hervor, dass Metternich der wirtschaftspolitischen Modernisierungsstrategie eines Friedrich List viel abgewinnen konnte, erwähnt aber nicht, dass Metternich List auch noch in den 1840er Jahren als gefährlichen Revolutionär einstufte und den mit Lists Modernisierungsprogramm verknüpften verfassungspolitischen Forderungen ablehnend gegenüberstand. Man hätte auch etwas ausführlicher darüber diskutieren können, wie die geschilderten Sympathien für das englische System zu Metternichs antikonstitutioneller Politik im Deutschen Bund passten, die Rechtsverstöße von Monarchen wie Ernst August von Hannover tolerierte und selbst die bescheidenen verfassungspolitischen Zugeständnisse des preußischen Königs Friedrich Wilhelm IV. in den 1840er Jahren zu verhindern suchte. Und auch wenn Metternich etwa in Wirtschaftsfragen mehr für einen inneren Ausbau des Deutschen Bundes zu tun bereit war als angenommen, so stand er doch allen Bestrebungen einer Bundesreform weit skeptischer gegenüber, als dies bei Siemann anklingt. Dies zeigt schon sein hartes Vorgehen gegen jene Bundestagsgesandten, die mit der Idee einer

liberalen Triaspolitik sympathisierten. Und auch wenn man Verständnis dafür aufbringen muss, dass die europäische Terrorwelle der Jahre 1819/20 die Regierenden tief verunsicherte, so kann man nicht wie Metternich die gesamte bürgerlich-liberale Opposition in die Nähe dieser Gewalttaten rücken. Die Revolutionsfurcht und das Streben nach Revolutionsprävention war zumindest in Deutschland schließlich ein Kennzeichen der gemäßigt-liberalen Politik, und auch die studentische Bewegung im Umfeld des Wartburgfestes ist differenzierter zu bewerten, als dies der Blick auf ihre radikalen Kräfte nahelegen scheint. Das Gleiche gilt für die Professoren, die den Studenten ihre politischen Ideen vermittelten, und die man, wie schon der Blick auf Jena zeigt, keineswegs wie Metternich in einen Topf werfen sollte. Aus heutiger Sicht sind Metternichs frühe Warnungen vor einem übersteigerten Nationalismus, der die Friedensordnung von 1815 ins Wanken bringen müsste, mehr als verständlich. Man sollte aber auch weiterhin danach fragen, inwieweit diese Ordnung und vor allem die bald nach ihrer Entstehung einsetzende massive Repressionspolitik in Deutschland, Polen oder Italien nicht auch Lernprozesse blockiert hat, durch welche sich Nationalitätenkonflikte hätten entschärfen können. Zur Diskussion über all diese Fragen hat Siemann mit seiner beeindruckenden Metternich-Biographie aber zweifellos wichtiges neue Material und eine Fülle von Anregungen bereitgestellt.

Hans-Werner Hahn, Aßlar

Werner GREILING: Die Neustädter Kalender. Lesestoff und Lebenshilfe im 18. und 19. Jahrhundert. Jena: Vopelius 2015 (Beiträge zur Geschichte und Stadtkultur, 22). 351 S. ISBN: 978-3-939718-88-8. Preis: 19,80 EUR.

Werner GREILING: Zeitverkürzende Wahrsager. Schreibkalender aus zwei Jahrhunderten. Jena: Vopelius 2016 (Beiträge zur Geschichte und Stadtkultur, 23). 168 S. ISBN: 978-3-939718-901. Preis: 17,80 EUR.

Werner Greiling hat in den letzten Jahren immer wieder die historische Medienlandschaft Thüringens im Visier gehabt. Diese weise zwar kein überragendes Medienzentrum auf, doch sie zeichne sich durch eine *beachtliche Dichte und Vielfalt* aus. Neben den zahlreichen Residenzstädten konnten sich seit Ende des 17. Jahrhunderts auch in kleineren Landstädten wie Neustadt an der Orla mit Erfolg Druckereien etablieren. Bei den so erweiterten Druckkapazitäten eröffnete nicht selten die Einrichtung eines Kalenderverlags die Möglichkeit eines kontinuierlichen wirtschaftlichen Rückhalts. Neben dem Periodikum Kalender brachten seit dem Ende des 17. Jahrhunderts der Zeitschriften- und Zeitungsverlag und seit der Mitte des 18. Jahrhunderts die Intelligenzblätter als die *vier Säulen der Medienlandschaft Thüringen* eine für diese Landschaft spezifische Auslastung des Druckgewerbes.

Beim Kalenderdruck handelt es sich vorrangig um die im deutschen Sprachraum seit der Mitte des 16. Jahrhunderts gängigen Quartkalender. Sie erschienen zunächst durchgehend unter dem Namen „Schreibkalender“. Unterscheidungs-

merkmal und marktbestimmend waren die Namen der jeweiligen Kalendermacher. Als im 17. Jahrhundert der *Lesestoff* verstärkt Eingang in die Schreibkalender gefunden hatte, differenzierte sich der Kalendermarkt nunmehr über die unterschiedlichsten Titel. Der Struktur nach handelte es sich aber noch immer um den alten Schreibkalender.

Dieses Genre der Jahreskalender wird von Werner Greiling am Beispiel der bislang eher unbekannteren zweihundertjährigen Kalenderproduktion von Neustadt an der Orla in einer exemplarischen Studie vorgestellt. Hierzu konnte er über 360 Kalenderjahresexemplare ausfindig machen, die ein breites Spektrum von Kalenderreihen ausweisen. Die bibliographisch erfassten 65 Serien sind allerdings eingstandenermaßen zu reduzieren, wenn man berücksichtigt, dass durch bloße Neuformulierung des Titels keine neue Reihe entstand.

Das Einführungskapitel umreißt zunächst die Gattung Schreibkalender. Es referiert den gegenwärtigen Forschungsstand und es werden stichpunktartig Erläuterungen zur Erscheinungsform des Schreibkalenders seit dessen Aufkommen in der Mitte des 16. Jahrhunderts gegeben. Zu bemerken wäre hier, dass beim üblichen Anhang des Schreibkalenders, der ursprünglich vor allem eine astrologisch begründete Vorausschau auf ein Jahr gab, eine Differenzierung zwischen einem Prognosticon und einer Practica oder Praktik nicht gegeben ist. Beide Bezeichnungen meinen das Gleiche. Man wird den Prognostiken nicht gerecht, wenn sie als Ausfluss eines *astrologisch bemäntelten Aberglaubens* bezeichnet werden. Nach dem damaligen Selbstverständnis war die Astrologie legitime praktische Anwendung der astronomischen Wissenschaft. Auch Kepler wollte diese Interpretation nicht ausschließen und warnte die Gegner der Astrologie, *das Kind mit dem Bade auszuschütten*. Dass eine astrologische Sicht seit dem Ende des 17. Jahrhunderts immer mehr verblasste und im 19. Jahrhundert verschwand, ist allerdings evident. Aufschlussreich sind die Feststellungen zum Vertrieb der Kalender in der behandelten Epoche – was in der vorangegangenen Zeit sicher ebenso gehandhabt wurde. Sie zeigen, wie wichtig für den Kalenderverleger neben Buchhändlern und Buchbindern als konzessionierten Verkäufern der Vertrieb durch Hausierer und Austräger war. Diese Praxis wurde offenbar lange Zeit toleriert, und spätere obrigkeitliche Einschränkungen beeinträchtigten den Kalenderverleger sehr. Nicht unerheblich waren aber auch der Absatz auf der Leipziger Michaelis- und der Naumburger Peter-Pauls-Messe.

Nach einer Verortung der Schreibkalender in der Medienlandschaft Thüringen werden die rechtlichen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen des Kalenderverlages behandelt. Einschlägige Maßnahmen hatte die Einführung des „Verbesserten Kalenders“ im Jahre 1700 durch die protestantischen Reichsstände angestoßen. Die unterschiedlichen Kalenderrechnungen im Reich – neuer Gregorianischer Kalender bei den Katholiken und alter Julianischer Kalender bei den Protestanten – fanden damit ein Ende. In diesem Zusammenhang standen Bestrebungen,

aus den Jahreskalendern als abergläubisch bezeichnete Inhalte durch obrigkeitliche Verfügungen zu eliminieren. Solche Intentionen wurden jedoch im Kurfürstentum Sachsen wie in anderen Territorien des Alten Reichs zugunsten fiskalischer Überlegungen zurückgestellt. Die mit dem Zwang zur Kalenderstempelung verbundene Abgabe begünstigte allerdings die weitere Territorialisierung des Kalenderwesens, was zu Lasten bisheriger Hauptorte des Kalenderwesens wie Nürnberg ging.

Das Kapitel „*Kalenderverleger im Kurfürstentum Sachsen*“ bringt eine aufschlussreiche, bisher offenbar unbekannte, Aussage von 1764 zum sächsischen Kalenderwesen. In einer Denkschrift zur Errichtung eines staatlichen sächsischen Kalendermonopols nach dem Vorbild Brandenburg-Preußens wird festgehalten, dass in 12 Städten des Kurfürstentums nach den Stempelsteuerunterlagen jährlich sicherlich über 300.000 Jahreskalender herauskamen. Zu den wichtigeren Druckorten zählte auch das damals zu Sachsen gehörige Neustadt an der Orla. Ihm wird eine Jahresauflage von 30.000 Exemplaren zugeordnet.

Den Neustädter Kalendern und ihrer Entwicklungsgeschichte, ihren Ausprägungen in einer Zeit von nahezu 200 Jahren ist das umfangreiche 6. Kapitel gewidmet. Der erste Neustädter Drucker Johann Philipp Gollner hatte mit der landesherrlichen Konzession von 1709 auch ein Privileg zum alleinigen Verlag eines Kalenders im Neustädter Kreis erhalten. Von ihm sind nur drei Kalenderjahrgänge von 1714 bis 1716 erhalten. Ein „Haus-Calendar“ bediente das belehrende, ein „Curiositäten- und Antiquitäten-Calendar“ das unterhaltende Genre. Von dem Gollner folgenden Drucker Johann Christian Krug sind keine Kalender überliefert. Das mit der jeweiligen Druckkonzession verbundene Kalenderprivileg hatte aber weiterhin Bestand. Die Nachfolger Krugs, Vater und Sohn Urban (bis ca. 1772) und dann Johann Carl Kathe (bis 1798) haben das Kalendergeschäft wieder intensiver betrieben. Die Palette der Kalenderreihen wurde breiter und man war offenbar bestrebt, den Absatz mit neuen Titeln und Einfällen zu erweitern. Nicht jeder neue Titel kam beim Publikum an – beim „Steuer-Calendar“ blieb die Nachfrage wohl zurückhaltend. 1799 übernahm Johann Karl Gottfried Wagner von Kathe mit der Druckerei auch einen prosperierenden Kalenderverlag. Wagner konnte die Druckerei erfolgreich weiter ausbauen, und der Verlag gewann mit Zeitschriften, Zeitung und pädagogischer Literatur ein geschärfteres Profil. Der Kalenderverlag blieb dabei der „Haupterwerbszweig“. Er zeigt Kontinuität bei eingeführten Kalenderreihen wie Bemühungen um weitere Diversifizierung des Titelangebots. Bereits anfangs des 19. Jahrhunderts soll sich die Anzahl der alljährlich verkauften Kalender gegenüber dem 1764 genannten Absatz auf 60.000 verdoppelt haben. Eine stolze Zahl, wenn man bedenkt, dass die frühere Kalenderhochburg Nürnberg im Jahr 1808 nach einer amtlichen Erhebung nur circa 73.000 Kalender abgesetzt hat. Unter dem Sohn Friedrich Ludwig Leberecht Wagner (ab 1833) gestaltete sich das Kalendergeschäft zunehmend schwieriger. Der Wegfall des sächsischen Marktes – durch den Wiener Kongreß war Neustadt 1815

an das Großherzogtum Sachsen-Weimar-Eisenach gekommen – hatte bereits die Verkaufszahlen zurückgehen lassen, was die Kostensituation kritisch werden ließ. Für das Jahr 1846 ergibt sich aus der Abrechnung der Stempelabgabe ein Kalenderverkauf von ungefähr 23.000 Exemplaren. Der Sohn agierte auch sonst mit geringerer Fortune, was 1857 in einer Insolvenz endete. Aus ihr konnte allein der Kalenderverlag gerettet werden, der dann in engeren Geleisen fortgeführt wurde. Die dritte Generation Wagner unter Erich Friedrich Wagner verschaffte der übrig gebliebenen Kalenderdruckerei einen neuen Aufschwung. Von den fünf Kalenderreihen, die bis 1900 nachweisbar sind, begannen zwei zu Beginn des 19. Jahrhunderts, und drei hatten ihre Vorläufer im 18. Jahrhundert. Die Thematik des „Haus-Calenders“ von 1714 hat sich dabei als die längste Konstante erwiesen.

Die zahlreichen Abbildungen der illustrierten Titelblätter – meist Holzschnitt-Titel, der teurere Kupferstich kommt seltener vor – zeigen, wie sich die äußere Präsentation der Kalender als Kaufanreiz und Markenzeichen veränderte, wie sie sich dem wandelndem Zeitgeschmack anpassten. Es sind dabei Konstanten sichtbar wie der Ortsbezug des Kalenders mit der Ansicht von Neustadt an der Orla und wie später die Vignette mit dem Motto „Hora ruit!“ von 1820 bis 1899 (NB: auf dem vorangegangenen Kupferstichtitel von 1819 wird Chronos abgebildet – der „Calender“ für 1815 zeigt wie 1833 sicher keinen fliehenden Franzosen sondern einen Postreiter). Es werden aber auch alte Muster tradiert. Der Holzschnitt-Titel des „Rocken-Calender“ für 1762 bildet noch ein geozentrisches Weltsystem ab, während ein „Neuer Poetischer Calender“ für 1776 in seiner Aufmachung eher an einen Musenalmanach erinnert. In diesem Fall würde man gerne wissen, ob damit nur der vorangegangene „Poetische Spas-Calender“ fortgeführt wird. Beim „Trescher-Calender“ scheint es sich um einen singulären Titel zu handeln – oder war er auch nur eine Variante des Spaß-Kalenders? Es ist sicher einer weiteren Untersuchung wert, wie sich die Thematik der Kalenderreihen im Einzelnen darstellt, welche Konstanten festzustellen sind und wann ein Paradigmenwechsel deutlich wird. Für das 18. Jahrhundert lassen sich die Kalenderinhalte als Buntschreiberei, als Umsetzen von unterhaltenden Texten in kleine Münze, als Ratgeberexzerpte definieren. Das Spektrum der Kalendertitel ähnelt dem des etwas früher einsetzenden Kalenderverlages von Nathanael Lumscher in Kulmbach, der ebenfalls bislang unbekannt geblieben war.

Überkommene astrologisch grundierte Ausführungen wurden im Verlauf des 18. Jahrhunderts mit Rücksicht auf die Leserschaft schematisch, mehr oder weniger lustlos, weiter tradiert – für ein aufgeklärtes Publikum blieben sie allerdings ein gewaltiger Stein des Anstoßes. Die seit den letzten drei Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts im Kalenderwesen manifesten Bemühungen um nützliche Informationen, um eine stärkere Volksaufklärung hat mit Beginn des 19. Jahrhunderts Johann Karl Gottfried Wagner bewusst aufgenommen und er hat sie konsequent verfolgt. Es gelang ihm, mit dieser Intention das Kalendergeschäft

weiterhin erfolgreich zu betreiben. Dass sogar Goethe über seine Person anerkennend sprach, ist schon beachtenswert.

Als sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Wagnersche Druckerei nach der Insolvenz von 1857 wieder erfolgreich positionieren konnte, war der Zeitungsverlag die Grundlage. Die überkommenen Kalenderreihen liefen als Annexe noch mit, bis man zu Beginn des 20. Jahrhunderts auf sie verzichtete.

Der Gesamtdarstellung folgen im 7. Kapitel zwei ausführlichere Fallstudien. Einmal der „Frauenzimmer-Calender“, der von 1755 bis 1824 nachweisbar ist. Im Jahrgang 1755 wird die Pflege von Tuchen behandelt – die letzten Jahrgänge geben vorrangig fundierte ärztliche Ratschläge zu Schwangerschaft und Geburt. Neben der gesellschaftlichen Einordnung dieses Kalenders wäre natürlich auch hier das Spektrum der Themen über den langen Zeitraum des Erscheinens interessant. Die textliche Gestaltung der Wagnerschen Kalender kam beim Publikum offenbar gut an, sodass auch Separatausgaben der erzählenden Texte wie der Ratgeber-Ausführungen verlegt wurden, was ja der Intention einer intensiven Volksaufklärung entsprach.

Die abschließenden Kapitel 8 bis 10 charakterisieren den Kalenderverleger als Vermittler bürgerlicher Werte, sowie das Kalenderwesen als wichtiges, konkurrenzfähiges Medium zur Vermittlung praktischen Wissens und zur Verbreitung gemeinnütziger Kenntnisse, als Träger populären Lesestoffes, das sich auch gegen das stärker werdende Angebot der Zeitungen behaupten konnte.

Wie die Zeitgenossen den Schreibkalender wahrgenommen haben, wird aus den Lexika von Zedler, Krünitz und Pierer belegt. Die im Anhang abgedruckten einschlägigen Mandate und Dekrete, die den rechtlichen Rahmen des Kalenderwesens bestimmten, sind so leicht zugänglich. Schließlich werden alle bislang nachgewiesenen Neustädter Kalenderreihen und Jahrgänge bibliographisch erfasst und in chronologischer Folge mit Standortangaben aufgeführt. Ein beträchtlicher Teil der Belege ist dem von Klaus-Dieter Herbst wieder zur Kenntnis gebrachten „Kalenderschatz“ des Stadtarchivs Altenburg zuzuordnen. Da als Fundorte neben Privatsammlungen mehr Archive als Bibliotheken angegeben werden, können vielleicht auch für andere Kalenderdruckorte weitere Nachweise möglich sein.

Werner Greiling hat ein eindruckliches Exempel eines bisher eher übersehenen Kalenderverlagsortes vorgelegt. Die ungewohnte Überlieferungsdichte ermöglicht ein differenziertes Bild einer regionalen Entwicklungsgeschichte, die in einem größeren Rahmen sorgfältig beschrieben wird. Die Erscheinungsformen des Kalenderwesens im 18. und 19. Jahrhunderts sind schillernder als der Rezensent früher angenommen hatte. Es wäre zu wünschen, dass diese Veröffentlichung weitere Untersuchungen zum Thüringer wie zum regionalen Kalenderwesen jener Epoche anregt, was letztlich zu einem runderen Bild des Kalenderwesens führen könnte. Dem ist sicher förderlich, dass das Kalenderwesen nunmehr auch stärker in das Blickfeld der Geschichtswissenschaft geraten ist

Neben der Geschichte des Neustädter Kalenderwesens brachte Werner Greiling unter dem Titel „Zeitverkürzende Wahrsager“ auch eine Faksimile-Ausgabe von drei Neustädter Kalendern aus den Jahren 1716, 1753 und 1833 heraus. Die Ausgabe illustriert noch einmal an Hand von Beispielen die vorangegangene Entwicklungsgeschichte. Der von Johann Philipp Gollner herausgebrachte „Hauß- und Feld-Calender“ für 1716 lässt noch die astrologische Grundierung des Schreibkalenders spüren, die im „Gesprächs-Calender“ für 1753 von Friedrich Anton Urban deutlich schwächer wird. Die traditionelle „Practica oder Calender-Anhang“ von 1716 wird 1753 nur als „Calender Anhang“ überschrieben und diskutiert in den bekannten, aber umfangmäßig stark reduzierten Praktiken-Kapiteln keine Planetenkonstellationen mehr. Allerdings gab es nun ein Sammelsurium von Tag- und Stundenerwähnungen, wie Auszüge aus dem Hundertjährigen Kalender – mit dem Hinweis, man dürfe nicht erwarten, dass solche „Prophezeiungen“ notwendig eintreffen würden. Im „Merkwürdigen Calender“ für 1833 von Johann Karl Gottfried Wagner waren dann derartige „Anhänge“ endgültig verschwunden. Es fällt auf, dass durchgehend in den Kalendarien neben dem „Verbesserten“ und dem „Neuen Gregorianischen“ Kalender weiterhin in einer Spalte der „Alte Julianische“ Kalender aufgeführt wird. Neben den diversen kleinteiligen Kalenderrubriken erweist sich das Verzeichnis der jährlichen Messen und Jahrmärkte als ein beständiges Attribut. Der Kalender für 1833 bietet hierzu sowohl eine chronologische wie eine alphabetische Auflistung. Das Verzeichnis kann wie die Liste der „Posten und Boten“ quasi als das Informationskorsett des Jahreskalenders eingeschätzt werden, das ihm bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts auch ein „Alleinstellungsmerkmal“ gegen Zeitung und Intelligenzblatt verschaffte. Im Kalender für 1716 werden dem Titel entsprechend im Kalendarium zu den Monaten jeweilige Bauernregeln aufgeführt. Das recht steife „Gespräch“ von 1753 wie die leicht satirische Erzählung von 1833 offerieren in ihrer Fragmentierung allerdings nur etwas blasse Muster aus dem Repertorium der Kalendertexte. Es ist zu wünschen, dass die moderaten Preise der Entwicklungsgeschichte der Neustädter Kalender wie der Faksimileausgabe einladen, das Medium Jahreskalender genauer zu betrachten.

Klaus Matthäus, Erlangen

Jens RIEDERER/Marianne KOPP (Hrsg.): Als ich nach Weimar in die Pension kam ... Aus Briefen und Erinnerungen von Agnes Miegel über ihre Zeit im Mädchenpensionat 1894 bis 1896, Bad Nenndorf: Agnes-Miegel-Gesellschaft e. V. 2015. 160 S. 32 Abb. ISBN: 978-3-928375-30-6. Preis: 16,95 EUR.

Mit ‚Als ich nach Weimar in die Pension kam ...‘ haben Jens Riederer und Marianne Kopp, der Weimarer Stadtarchivar und die Vorsitzende der Agnes-Miegel-Gesellschaft, eine Quellenedition vorgelegt, die eine genauere Betrachtung und Besprechung lohnt. Sie edieren Auszüge aus insgesamt 72 Dokumenten, die

zwischen 1901 und 1964 verfasst wurden und Agnes Miegels Erlebnisse in einem Weimarer Mädchenpensionat Ende des 19. Jahrhunderts betreffen. Agnes Miegel (1879–1964), die vor allem durch ihre Balladendichtungen, aber auch aufgrund ihrer Nähe zum Nationalsozialismus bekannt ist, lebte und lernte in der Weimarer Pension Koch zwischen 1894 und 1896. Hier verfasste sie ihre ersten Gedichte; hier bildeten sich erste Freundschaften fernab der Familie; hier wurde sie mit einem Bildungskanon vertraut, der ihr späteres Leben prägen sollte. Um es vorwegzunehmen, der Band versammelt Quellen, die seltene Einsichten in Lebensumstände und Alltagserfahrungen dieser nach wie vor zu wenig erforschten Bildungseinrichtungen bereithält. Eine umsichtige historische Einbettung verdeutlicht zudem vorbildlich die Bedeutung solcher Quellen für eine Neubewertung des Stellenwertes der Mädchenpensionate jenseits der weit verbreiteten Pauschalverurteilung in der Historischen Bildungsforschung.

Die Quellen zu Agnes Miegels Pensionatszeit werden gemeinsam mit einer äußerst gewissenhaft recherchierten und umfangreichen Einführung präsentiert, die Weimar um 1900 als *Stadt der Mädchenpensionate* (S. 10) in seinen umfassenderen lokalen und überregionalen Kontexten vorstellt. Jens Riederer betont nachdrücklich, dass ein *akuter Forschungsbedarf* (S. 74) bestehe, in dem es vor allem um die Einordnung des Stellenwertes der Mädchenpensionate für die Bildungsforschung gehe. Diese Bildungs- und Erziehungseinrichtungen, die um 1900 immerhin in der beträchtlichen Anzahl von circa 1.500 Stück in Deutschland existierten, seien in der bisherigen Forschung zu selten von anderen Erziehungsanstalten abgegrenzt, als eigenständiger Forschungsgegenstand kaum berücksichtigt und zu häufig in ihrer Darstellung als Fortschreibung bestehender Negativtopoi thematisiert worden. Riederer setzt sich kritisch mit dieser Forschungstradition auseinander und versäumt es nicht, die Vielfalt der Pensionate, ihrer Bildungsprogramme und Lebenswirklichkeiten zu betonen, in denen eben nicht allein unterrichtet, sondern auch zusammengelebt wurde. Hier erhielten Schülerinnen Unterricht in Sprachen, Literatur, Kunstgeschichte, Geschichte, Rechnen, Hausarbeit, Volkswirtschaft, Tanzen, Sport und Gesang, aber hier lebten sie auch. Bildung und Soziabilität sind folglich für die Rekonstruktion der Erfahrungskontexte dieser Heranwachsenden Zusammenzudenken, weshalb es einer Korrektur des *bis heute dominierenden Negativbildes über diese Anstalten* bedürfe (S. 64). Vor allem durch die Einbeziehung von Selbstzeugnissen lässt sich eine solche Neubewertung durchführen.

Nicht allein durch diese Neuperspektivierung, sondern vor allem durch die umsichtige historische Verortung der gesellschaftlichen Bedeutung von Mädchenpensionaten ist der Band für eine an Historischer Bildungsforschung interessierte Leserschaft von Interesse. Die Weimarer Pensionate sind im Zusammenhang eines sich im *19. Jahrhundert[...] verdichte[nden] [...] Netz[es] weiblicher Schuleinrichtungen* zu situieren (S. 18). Jens RIEDERER unternimmt dies nicht allein im Hinblick auf private und staatliche Einrichtungen, sondern auch im Zusammenhang weiterer gesell-

schaftlicher Debatten: pädagogischer Reformprogramme etwa oder feministischer Debatten; sozialer Bildungsideale wie der „eleganten Hausfrau“; ‚Benimmbücher‘ und Erziehungs-, Verhaltens- und Geschlechterdiskursen; zeitgenössische Kritik an Mädchenpensionaten, die „Salondamen“ erziehen würden; und dem Status Weimars als „Klassikerstadt“ für die literarisch-ästhetischen Erziehungsideale der Kaiserzeit.

Die edierten Quellen präsentieren Mädchenpensionate als biografische Erlebnisräume. *Die fleißige und originelle Briefeschreiberin* Agnes Miegel, so ist zu lesen, sei *ein echter Glücksfall, gewährt sie doch in einem bisher ungekannten Umfang Einblicke in das Leben eines der wohl besten Weimarer Mädchenpensionate kurz vor der Jahrhundertwende. Nach bisheriger Kenntnis gibt es nach Fülle der Erinnerungen und Intimität der Eindrücke nichts Vergleichbares aus dieser frühen Zeit* (S. 48). Tatsächlich eröffnen Agnes Miegels Schriften Einblicke darin, wie Pensionärinnen über ihre Erfahrungen schreiben konnten. Das sparsame Leben, die Unterrichtslektüren, Sportaktivitäten, Handarbeiten und der Zeichenunterricht, die Besuche im Theater, im Goethehaus und die Parkspaziergänge werden genauso thematisiert wie die ersten Dichtungen der Autorin. Der Unterrichtsstoff dürfte gerade für Miegels Balladenlyrik prägend gewesen sein, und in dem Weimarer Pensionat fand Miegel *erste Hörerin[nen] ihrer Verse* (S. 57). Die Quellen zeigen auch die religiöse Vielfalt des Pensionats, das vornehmlich Protestantinnen beherbergte, die in Weimar mit dem lokalen Reformprotestantismus, dem Katholizismus der Pensionsmutter und dem Judentum anderer Pensionärinnen in Berührung kamen. Vor allem bieten die Quellen Einblicke in das Gefühlsleben einer Jugendlichen in einem kaiserzeitlichen Mädchenpensionat, insofern Schwärmereien, Freundschaften und Sorgen ausführlich dargelegt werden. Diese zudem reich illustrierte und kurzweilig zu lesende Quellenedition bereichert daher nicht allein die Forschung, sondern bietet sich auch für die Unterrichtslektüre selbst an. Schülerinnen und Schüler können so mit den Erfahrungswelten historischer AkteurInnen gleichen Alters konfrontiert werden, die es sich lohnen würde, mit Auszügen aus der historischen Pensionatsliteratur oder aber aus Romanen wie etwa Robert Walsers *Jakob von Gunten* (1908) zu ergänzen. Solche Textbeispiele würden dann nochmals unterstreichen, wie sehr diese Institute in erster Linie Erziehungsanstalten sowie mannigfaltige Erlebnisräume darstellten (S. 96).

Gerade deshalb laden die Quellen nicht allein zu einer Neubewertung des *pädagogischen Potenzial[s]* (S. 64) der Institute ein, sondern bringen auch eine kritische Neuperspektivierung bezüglich der Bedeutung kaiserzeitlicher Bildungsideale und Erziehungspraktiken für das spätere literarische Schaffen dieser Autorin mit sich. Insofern die Tagebuchführung und der sonntägliche Brief an die Eltern ein Lehrmittel der Pensionate darstellte, stellt sich etwa die Frage nach der autobiografischen Nähe und Ferne der Verfasserin zu den hier abgedruckten Quellen. Offensichtlich waren die Monate im Mädchenpensionat von solch zentraler Bedeutung in den Erinnerungen Agnes Miegels (alle vorgelegten Quellen sind nach den beschriebenen Pensionaterfahrungen verfasst worden), dass sich Miegel

in autobiografischer Retrospektive immer wieder genötigt sah, über diese Zeit zu schreiben. Sie nahm sich also die Zeit, so den Status dieses spezifischen Lebensabschnittes rückblickend angesichts sich ändernder politischer Umstände und pädagogischer Einschätzung der Pensionatsbildung als biografische Kontinuität zu thematisieren. Als sie 1939 ihre ‚Frühe Gedichte‘ veröffentlichte, schrieb sie beispielsweise in der Einleitung über ihre Zeit im Mädchenpensionat in klar ideologischer Perspektive: *Wir lernten aber auch das Beste von allem: in einer großen Gemeinschaft sich ändern unterzuordnen zum Wohl aller* (S. 112). Diese und weitere Textstellen verdeutlichen, wie sehr das Schreiben über die Pensionatserfahrungen nicht allein seltene Einblicke in den Pensionatsalltag eröffnet, sondern vor allem eine autobiografische Praxis darstellte, mithilfe derer sie dieser Zeit als Lebensabschnitt später immer wieder Sinn verlieh. Entsprechend hätte Miegels Engagement für den Nationalsozialismus deutlicher diskutiert und problematisiert werden müssen. Angesichts von Miegels Kontakten mit jüdischen Pensionärinnen und ihrer Einschätzung, *Juden übersetzen besser* (S. 121), ist allerdings genauso zu betonen, dass die Pensionatszeit nicht auf Miegels späteres Schaffen zu reduzieren ist. Dass die bisherige Forschung in ihren Darstellungen solcher Bildungseinrichtungen viel zu lange komplexe Vergangenheiten reduzierte – und damit vielmehr Blicke verstellte als Einsichten eröffnete – hat die hier vorliegende Quellenedition besonders nachdrücklich verdeutlicht. Der Band mahnt zu einer kritischen Auseinandersetzung und quellengesättigten Neubewertung des Stellenwertes von Mädchenpensionaten um 1900 auf lokaler und überregionaler Ebene. Das immense Potenzial einer solchen Forschungsperspektive ist in der Ausstellung „Mädchenpensionate. Töchterheime. Frauenschulen. Wege weiblicher Bildung in Weimar 1850–1950“ bereits ersichtlich geworden (Katalogveröffentlichung im Jahr 2010). Wenn in dem vorliegenden Band zu lesen ist, dass sich *eine ausführliche Darstellung [der Geschichte des Weimarer Pensionatslebens um 1900] auf der Grundlage reichhaltiger Quellen vor allem aus Privatbesitz [...] in Vorbereitung befindet* (S. 47), macht dies zu Recht auf künftige Lektüren neugierig!

Stefan Hanß, Cambridge

IV. Zeitgeschichte

Michael ECKARDT (Hrsg.): Ausnahmezustand in Thüringen – das Krisenjahr 1923. Erfurt: Landeszentrale für politische Bildung 2017 (Quellen zur Geschichte Thüringens, 43). 243 S. mit acht teilw. farbigen Abb. ISBN: 978-3-943588-93-4. Kostenfrei.

Wiederholt sich Geschichte unter rot-roten Vorzeichen? – Unter dieser ebenso provokanten wie griffigen Überschrift ließen sich die vielfach gezogenen, gleichwohl problematischen Vergleiche zwischen der thüringischen »Arbeiterregierung« 1923

und der bundesweit ersten Links-geführten Landesregierung 2014 fassen. Neben Historikern und Journalisten wurde diese Parallele am prominentesten vom Chef der Thüringer Staatskanzlei und Kultusminister, Prof. Benjamin-Immanuel Hoff, selbst gezogen. Dieser äußerte Anfang 2015 gegenüber der Thüringer Allgemeinen *auf die Frage, welches Ereignis in Thüringens Geschichte er gern miterlebt hätte*, dass er gerne Zeuge gewesen wäre, *wie die zwei Wochen der SPD-KPD-Regierung verliefen, bevor diese demokratisch gewählt Regierung 1923 durch die sogenannte Reichsexekution aus dem Amt vertrieben wurde.*

Diese scheinbar harmlose Äußerung historischer Neugier alarmierte jedoch sogleich die Opposition, die in Hoff's Äußerung *eine positiv aufgeschlossene Haltung* gegenüber der Regierung Frölich erkannte. Folglich erkundigte sich eine Kleine Anfrage der CDU im Landtag am 5. Februar 2015 bei der Landesregierung, inwiefern diese in der Regierung Frölich *positive und beispielgebende Ansatzpunkte für die politisch-historische Erziehung zur Demokratie* erkenne und diese in den *Lehrplänen an Thüringer Schulen* zu berücksichtigen gedenke. Zugleich belehrte der Anfragersteller die Landesregierung über den Zusammenhang der KPD-Regierungsbeteiligung mit den Putschvorbereitungen des – vom Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale in Moskau angewiesenen – sog. »Deutschen Oktober« und forderte daher eine eindeutige historische Positionierung der Thüringer Staatskanzlei gegenüber diesem herausragenden Abschnitt thüringischer Geschichte ein (alle Zitate aus: Thüringer Landtag, Drucksache 6/460 vom 30. März 2015).

Bereits diese parlamentarische Episode, auf die auch der rezensierte Band knapp Bezug nimmt (S. 14 f.), belegt anschaulich nicht nur die politisch-historische Brisanz, sondern auch die ungebrochene Aktualität des von Michael Eckardt herausgegebenen Quellenbandes zum *Ausnahmestand in Thüringen – das Krisenjahr 1923*. Folglich ist dem Autor bei der Begründung seiner Themenwahl vollauf zuzustimmen: *Kaum ein anderes Jahr der von 1918 bis 1933 bestehenden [...] ersten deutschen Demokratie dürfte im kollektiven Gedächtnis so deutliche Spuren hinterlassen wie das Jahr 1923. [...] Das Jahr 1923 war eines der Schicksalsjahre der Weimarer Republik. Dies gilt auch und besonders für Thüringen.* Aufgrund seines Alleinstellungsmerkmals als einziger Landesneugründung nach 1918 sowie der damit verbundenen besonderen Herausforderungen *zählt die Phase sozialistischer Alleinregierung zu den interessantesten, aber eben auch forschungsseitig umstrittensten Abschnitten der landespolitischen Entwicklung Thüringens* (S. 13 f.).

Wurde die Regierung Frölich vor 1989 in den ideologisch miteinander konkurrierenden deutschen Teilstaaten entweder pauschal glorifiziert oder als einseitig-radikale Parteierrschaft verurteilt, gelangten erst jüngere Arbeiten zu einem differenzierteren, vermehrt positiven Urteil und würdigten sie als linksrepublikanisches Reformprojekt (vgl. etwa Beate Häupel, Karsten Rudolph, Jürgen John). Diese späte Anerkennung lässt sich – neben den ideologisch-erinnerungspolitischen Auswirkungen der deutschen Teilung auf die Geschichtswissenschaft – auch auf die zeitgenössische Resonanz der sozialistischen Alleinregierung zurückführen.

Das noch junge Land Thüringen war zur Weimarer Zeit Schauplatz einer beispiellosen Lagerpolarisierung zwischen Arbeiterbewegung und Bürgertum, die bereits im Kaiserreich wurzelte, jedoch nach 1918 eine neue Intensität erreichte. In der Folge fanden sich ab 1921 zu keinem Zeitpunkt Bürgerliche und Arbeiterparteien gemeinsam in einer Regierung wieder; stattdessen wurde Thüringen abwechselnd von einseitigen Bündnissen regiert, die jeweils auch Kommunisten oder völkisch-nationalsozialistische Parteien einschlossen und diesen so zu gesteigertem Einfluss verhalfen.

Vor diesem Hintergrund wurde das Land zwischen 1921 und 1923 von einer knappen sozialistischen Mehrheit, parlamentarisch toleriert von der KPD, regiert. Diese sah sich nicht nur im Landtag, sondern auch außerparlamentarisch einer geschlossenen Opposition aller nicht-sozialistischen Kräfte gegenüber, deren Widerstand sich bis 1923 zunehmend verschärfte. Nicht nur der vehemente Widerstand des Bürgertums, das ab 1924 in Thüringen regierte und auch nach 1945 maßgeblich die westdeutsche Geschichtswissenschaft bestimmte, sondern auch die Umstände des Machtwechsels 1923/24 prägten das Geschichtsbild der Regierung Frölich.

Ihr Ende ging mit dem Höhepunkt des *Krisenjahres 1923* einher, auf dem es zur Niederschlagung linker wie rechter Aufstandsbestrebungen – »Deutscher Oktober« und Münchner Hitler-Putsch – kam. In deren Rahmen wurden sowohl Thüringen als auch das benachbarte Sachsen mit Reichswehr belegt, um beide Länder *gegen bayrische Banden [zu] schützen*. Die gleichzeitige Übertragung der Exekutivgewalt auf die Militärbefehlshaber und das Vorgehen gegen die kommunistischen »Proletarischen Hundertschaften« wurde mit der Notwendigkeit begründet, dass die Truppen so auch *im Rücken gesichert seien* (S. 20). Das militärische Eingreifen des Reiches läutete zugleich das Ende der sächsisch-thüringischen Linksregierungen ein. Während die Regierung Zeigner per Reichsexekution abgesetzt wurde, verließen in Thüringen die Kommunisten am 12. November 1923 das erst einen knappen Monat zuvor gebildete Kabinett, worauf die Rumpfregierung Frölich am 7. Dezember endgültig zurücktrat und Platz für Landtagsneuwahlen machte.

Trotz der breiten Resonanz dieses ebenso kurzen wie schillernden Abschnitts thüringischer Geschichte fehlt es noch immer an einer umfassenden, monographischen Darstellung und Einbettung der thüringischen Linksregierung in den historischen Kontext. Dies gilt ebenso für die militärische Intervention der Reichswehr im Herbst 1923 in Thüringen, die zwar im Rahmen zahlreicher Arbeiten gestreift oder als Teilaspekt behandelt wurde (vgl. etwa Manfred Oversch, Beate Häupel, Walter Mühlhausen, Heinrich August Winkler), aber ebenfalls noch einer eigenständigen Behandlung harret.

Auf dem Gebiet dieses Forschungsdesiderats leistet der von Michael Eckardt herausgegebene Band 43 der *Quellen zur Geschichte Thüringens* einen essentiellen Beitrag. Erstmals versammelt er in beeindruckender Fülle die relevanten Quellen rund um den Höhepunkt des Krisenjahres 1923 in Thüringen. Besonders hervor-

zuheben ist dabei, dass sich der Autor bei seiner Auswahl nicht nur auf den Vorgang der militärischen Besetzung selbst beschränkt, sondern auch Vorgeschichte und Nachwirkung des vorausgegangenen Konfliktes zwischen sozialistischer Regierung und bürgerlicher Opposition dokumentiert.

Dabei knüpft Eckardt explizit an Band 3 derselben Quellen-Reihe an, in welchem unter der Herausgeberschaft Jürgen Johns bereits 1996 die wichtigsten Quellen zur Geschichte Thüringens 1918–1945 wiedergegeben wurden. Hatten die *Herbstkrise 1923 und der Konflikt mit dem Reich* (ebd., S. 105) darin nur ein 15-seitiges Kapitel ausgemacht, widmet Eckardt diesen Vorgängen nun einen ganzen Band und *konzentriert sich auf die Krisenkommunikation zwischen der Staatsregierung in Weimar, der Reichsregierung in Berlin und Mitgliedern des Thüringer Landtags im Jahre 1923* (S. 24). Dopplungen mit dem John-Band werden dabei explizit vermieden (S. 240, Anm. 7).

Der Quellendokumentation vorangestellt ist eine überaus hilfreiche Zeitleiste, die als *Thüringen-Chronologie für die Jahre 1921 bis 1924* die wichtigsten Etappen von der Wahl der Regierung Frölich bis zum Ende des militärischen Ausnahmezustands und der Parteiverbote von KPD und NSDAP in Thüringen stichpunktartig zusammenfasst (S. 9–12). Diese wird durch einzelne, den Kontext herstellende Ereignisse im Reich (z. B. Rathenau-Mord und Republikenschutzgesetz) ergänzt. Eventuell hätte man auch einige wenige Bemerkungen zu den parallelen Entwicklungen in Sachsen anfügen können, auf die auch in den auf die Chronologie folgenden einleitenden Bemerkungen kurz Bezug genommen wird (S. 16).

In der Einleitung selbst fasst der Autor neben der bereits erwähnten besonderen Bedeutung des Krisenjahres 1923 für Thüringen zunächst Kontext und Vorgeschichte der Regierung Frölich zusammen. Neben den krisenhaften Entwicklungen im Reich in Form von Ruhrkampf und Inflation beleuchtet er vor allem den schwelenden Konflikt zwischen republikanischer Reichsregierung und der mitunter als »Staat im Staat« bezeichneten Reichswehr sowie deren – nach ihrem Führer benannten – Überlegungen rund um eine *Seeckt-Diktatur* (S. 18–20, Zit. 19).

Bei seiner differenzierten Würdigung der Reformpolitik der Regierung Frölich vermeidet Eckardt bewusst übereilte Rückschlüsse auf spätere Entwicklungen, womit er die am Eingang dieser Rezension bemühten, allzu stark verkürzten Gegenwartsbezüge zurückweist (S. 15). Der Autor selbst stützt sich bei seiner Einordnung der sozialistischen Alleinregierung Thüringens, die sich ebenso wie die Linksregierungen Sachsens und Braunschweigs rasch *in eine Sonder- und Außenseiterposition und dadurch in zunehmende Konflikte mit dem Reich* begeben habe, auf die relevante, v. a. jüngere Literatur (neben Heinrich August Winkler etwa Steffen Kachel, Manfred Overesch, Karsten Rudolph, Jürgen John, Helge Matthiesen) und verweist zwecks tiefergehender Lektüre auf selbige. Zugleich verschweigt er aber auch ältere oder allzu einseitige Darstellungen – mit und ohne DDR-Kontext – nicht, warnt aber vor deren *gelegentlich spekulativen Art zeithistorischer Publizistik* und führt entsprechende kritische Rezensionen an.

Die eigentliche Quellensammlung ist in zwei Abschnitte gegliedert: die Krisenkommunikation zwischen Land und Reich (S. 26–184) sowie verschiedene Pressestimmen rund um die thüringischen Vorgänge (S. 184–232). Im ersten Abschnitt werden neben den eigentlichen Vorgängen des Reichswehreinmarsches der sich zuspitzende Konflikt zwischen Landesregierung und Opposition (Mai/Juni 1923), die Verhängung des Ausnahmezustandes (Ende September), die Bildung des SPD-KPD-Kabinetts (Oktober) sowie die Tätigkeit der für Thüringen eingesetzten Reichskommissare (Dezember 1923/Januar 1924) dokumentiert. Die ansonsten streng chronologische Anordnung der Quellen durchbricht der an zweiter Stelle platzierte *Lagebericht Nr. 98 des Reichskommissars für Überwachung der öffentlichen Ordnung vom 18. November 1923* (S. 27–29), da dieser *kurze aber präzise Bericht* nach Einschätzung Eckardts *die politische Grundstimmung des Herbstes 1923* vermittele und kontualisiere (S. 24).

Die nachfolgenden Dokumente geben anschaulich die wachsenden Spannungen zwischen Arbeiterparteien und Bürgertum einerseits sowie Land und Reich andererseits wieder. Indem der Herausgeber nicht nur die thüringischen Quellen, sondern auch die reichsseitigen Antworten sowie den darauf aufbauenden Schriftverkehr etwa zwischen den verschiedenen involvierten Reichsbehörden wiedergibt, entsteht ein überaus vollständiges Bild der komplexen Situation, wie sie sich den zeitgenössischen Akteuren darstellte.

Zusätzlich und teils auch notwendig ergänzt wird dieser Schriftwechsel zum einen durch gelegentlich eingestreute Presseartikel, etwa der reichsweit vertriebenen *Deutschen Allgemeinen Zeitung* (S. 51 f.), die nicht nur notwendige Hintergrundinformationen ergänzen, sondern ebenfalls helfen, die sich zuspitzende Atmosphäre des Krisenjahres 1923 greifbar zu machen. Zum anderen wurden auch außerparlamentarische Akteure wie der *Verband der Mitteldeutschen Industrie e. V.*, der sich im Oktober 1923 mit eigenständigen Protesten gegen die Regierung Frölich an den thüringischen Militärbefehlshaber wandte, aufgenommen (S. 54–58).

Abgerundet wird dieses überaus dichte Quellenkorpus durch die im zweiten Abschnitt versammelten Pressestimmen, die von der ersten thüringischen Regierungskrise zwischen KPD und SPD im Frühjahr/Sommer 1923 bis zum infolge der Landtagsauflösung erbittert tobenden Wahlkampf Anfang 1924 reichen. Bei dieser Auswahl bemühte sich der Herausgeber nicht nur um aussagekräftige Artikel, sondern zugleich um eine möglichst vollständige Repräsentation des damaligen Parteienspektrums, das von der kommunistischen *Neuen Zeitung* bis zur DNVP-nahen *Weimarerischen Zeitung* sowie dem Verbandsorgan *Thüringer Landbund* reicht. Lediglich die völkische Richtung, die zum damaligen Zeitpunkt allerdings noch über einen kaum nennenswerten Presseapparat verfügte, vermisst man in dieser Auswahl.

Bereits auf den ersten Blick ist erkennbar, dass diesem ambitionierten Quellenband eine überaus sorgfältige Quellenrecherche zugrunde liegt. Zum einen wurden zahlreiche im Bundesarchiv Berlin liegende Akten und Korrespondenzen rund

um den Konflikt Reich-Thüringen, die von früheren Forschern bereits teilweise genutzt wurden, transkribiert und liegen nun – in den meisten Fällen erstmalig – als Quellenedition vor. Zum anderen wurde in Form der erwähnten, parteinahen Presseartikel ein adäquater Ersatz für die fast vollständig verloren gegangenen Parteiarchive der Landesverbände gefunden, um auch diese zu Wort kommen zu lassen.

Insgesamt lässt der von Michael Eckardt in deutlich sichtbarer Recherchearbeit entstandene Quellenband nur wenig weiterführende Wünsche offen, die aber – ehrlicherweise – mehrheitlich den Anspruch des Herausgebers oder der Reihe überschreiten würden. So hätten noch einzelne Dokumente aus dem immerhin bruchstückhaft überlieferten Parteiarchiv des KPD-Bezirks Großthüringen helfen können, die inneren Entscheidungsprozesse und Richtungskämpfe der thüringischen Kommunisten zu erhellen. Denn deren Entscheidung zum Eintritt in die Landesregierung lässt sich weder eindeutig als Vorbereitungsmaßnahme zum Aufstand noch als Sieg des – besonders in Thüringen starken – realpolitischen Flügels der ansonsten strikt systemfeindlichen Linken charakterisieren. Ein weiterer Mosaikstein in dem sich zuspitzenden *politisch-administrative[n] Konflikt zwischen Landes- und Reichsregierung* stellte zudem der spontane wie informelle Besuch Friedrich Eberts (SPD) am 19. Juni 1923 dar, an dessen Rande sich der Reichspräsident u. a. um eine Entspannung des Konflikts bemühte.

Auch bleibt dahingestellt, ob die ausgewählten Quellen wirklich *inhaltlich für sich [sprechen]* (S. 23) und auf einleitende Bemerkungen daher in jedem Fall verzichtet werden konnte. In seinem in derselben Reihe erschienen Vorgängerwerk *Staatsbürgerliche Erziehung in Thüringen* (2015), in dem er ausgewählte Passagen der Schriftenreihe *Republik und Jugend (1922–1923)* wiedergab, stellte Michael Eckardt noch in vorbildlicher Weise jedem Quelldokument editorische Notizen voran. Möglicherweise bedurften jene stärker publizistischen Texte eher solcher Vorbemerkungen als die primär administrativen Dokumente der vorliegenden Quellensammlung. Vor allem aber hätte ein solches Unterfangen mit Sicherheit den Rahmen eines ohnehin schon umfangreichen wie verdienten Quellenbandes und des dahinterstehenden Aufwandes möglicherweise gesprengt.

Insgesamt liegt also mit diesem jüngsten Band der *Quellen zur Geschichte Thüringens* aus der Feder Michael Eckardts eine hochverdiente, ja notwendige Ergänzung früherer Quellenbände vor, mit deren inhaltlicher – historischer wie (tages)politischer – Relevanz sowie der zugrunde gelegten Recherchearbeit der Herausgeber seinen Vorgängerband nochmals deutlich übertroffen hat. Mit dieser Edition liegt endlich eine zusammenhängende, beinahe vollständige, mindestens aber alle relevanten Quellen zusammenfassende – und um Pressestimmen ergänzte – Edition vor, die zukünftigen Erforschern dieser wohl schillerndsten Episode thüringischer Landesgeschichte eine hervorragende Grundlage bieten wird.

Dirk SCHAAL Ernst Höltzer 7.1.1835–3.7.1911. München: Siemens Historical Institute 2015 (Lebenswege, 3). 56 S. mit Abb. Ohne ISBN.

Die internationale Achtung vor dem „Made in Germany“ wurzelt nicht zuletzt in den großen Leistungen deutscher Ingenieure und Techniker des 19. und 20. Jahrhunderts. Nicht wenige von ihnen stammten aus Thüringen. Die einen setzten ihre teils bahnbrechenden Entwicklungen in der Heimat um, andere zog es mehr oder weniger freiwillig in die weite Welt. Für den einen Typus mag der in Weimar gebürtige und in Jena zu Weltbekanntheit gelangende Mechaniker und Optiker Carl Zeiss stehen, für den anderen der Mühlhäuser Brückenbauingenieur und Erbauer der Brooklyn Bridge Johann August Röbling alias John A. Roebling.

Weniger bekannt sind die vielen Ingenieure thüringischer Herkunft, die den wissenschaftlich-technischen Fortschritt als Pioniere praktisch umsetzten. Auch sie taten dies vor Ort oder mit bemerkenswerter „sozialer Mobilität“ rund um den Globus. Zu letzteren zählt Ernst Karl Leopold Höltzer (1835–1911). Der Biographie des weitgereisten Telegrafien-Ingenieurs aus dem Gothaischen angenommen hat sich Dirk Schaal, Koordinator für Industriekultur im Freistaat Sachsen und Honorarprofessor an der HTWK Leipzig.

Die Broschüre der Biographien-Reihe des Siemens Historical Institute, die sich verdienstvollen Mitarbeitern des traditionsreichen Unternehmens widmet, ist freilich (hoffentlich) nur eine erste Annäherung an jene interessante Persönlichkeit des Industriezeitalters. (Sie ist direkt über die Einrichtung und als digitale Version frei im Internet zugänglich: https://www.siemens.com/history/pool/historical_institute/history_marketing/201506_LEBENSWEGE_3_Ernst_Hoeltzer_web_Deutsch.pdf [letzter Zugriff: 26. Juni 2017].) Insbesondere die von Schaal bereits bearbeiteten biographischen Aufzeichnungen, Reiseerinnerungen und Briefe Höltzers sowie ein spektakulärer Fundus von ca. 1.000 Fotografien würden einen umfassenden Band mehr als rechtfertigen. Sie könnten die Erinnerung an einen der exemplarischen *Helden der Moderne* (S. 5) noch lebendiger machen.

Ernst Höltzer wurde am 7. Januar 1835 in Kleinschalkalden am Rennsteig geboren. Sein Vater war Förster im Dienste des Herzogs von Sachsen-Coburg und Gotha. Höltzer besuchte die bekannte philanthropische Salzmannschule in Schnepfenthal bei Gotha, legte vermutlich am Gymnasium Ernestinum (damals Gymnasium Illustre) oder Realgymnasium in Gotha das Abitur ab und studierte anschließend in London und Paris Feinmechanik und Elektrotechnik. Wohl auch auf Druck des Vaters strebte Höltzer eine Anstellung bei der Eisenbahn an. 1862/63 arbeitete er nach ersten Berufserfahrungen in der Untersee-Kabelverlegung für Borsig in Berlin mit dem Ziel, bei der Thüringer Eisenbahngesellschaft sein Auskommen zu finden. Die erhoffte Anstellung beim Bau der geplanten Strecke Gotha-Leinefelde kam allerdings wegen Bauverzögerungen nicht zustande.

Der junge tatendurstige Ingenieur nahm deshalb ein verlockendes Angebot aus London an. Nach schwerem Abschied aus seinem „lieben Thüringen“ baute er in

Persien ab 1863 im britischen Auftrag mit an der damals innovativsten Kommunikationstechnologie, dem rasant wachsenden Telegraphennetz. Es sollte das britische Mutterland auf dem Landweg mit Indien, dem „Kronjuwel des Empire“, verbinden. Hier verstärkte sich auch die langjährige Verbindung zu Siemens, das in diesem Marktbereich sehr erfolgreich aktiv war. Höltzer galt rasch als angesehener Fachmann und polyglotter Orientexperte – bei Briten wie bei Deutschen, allen voran Firmengründer Werner von Siemens. Bis zu seiner Pensionierung 1890 blieb Höltzer, verheiratet mit einer persischen Armenierin und Vater von acht Kindern, seiner Arbeit in Persien treu. Am 3. Juli 1911 verstarb er in Isfahan.

Höltzers Wurzeln, seine Schulbildung und frühe Prägung dürften dem lebenstüchtigen und kulturell interessierten Ingenieur sehr zustatten gekommen sein. Die am Schnepfenthaler Philanthropin vermittelte umfassende geistige und körperliche Ausbildung ertüchtigte ihn für sein weiteres Leben. Nicht zuletzt die an dem heutigen Spezialgymnasium erworbenen Kenntnisse moderner Sprachen waren eine wichtige Grundlage seiner Auslandstätigkeit. Schaal spricht darüber hinaus der Herkunft aus dem liberalen und wissenschaftsverbundenen Herzogtum Sachsen-Coburg und Gotha eine günstige Wirkung zu.

Eine umfassende Biographie Höltzers auf der skizzierten breiten Quellenbasis versprache weit über diese Herkunftsfaktoren hinaus ein sehr interessantes Zeitdokument zu werden. In die naturgemäß auf den Ingenieur konzentrierte Siemens-Broschüre konnten die zahlreichen persönlichen, politischen, kulturellen, volkskundlichen und geographischen Aspekte nur begrenzt einfließen, klingen aber vielversprechend an. Dabei fällt etwa das Spannungsverhältnis zwischen britisch geprägter Weltläufigkeit und tiefer Heimatverbundenheit auf. Bisweilen fragt sich Höltzer angesichts der vielen Unbilden seines Alltags, ob nicht *unser Herrgott und die Thüringer Bewohner mir dann ein Stelchen zum heimatlichen Stationieren und ruhigen Leben einräumen würden* (S. 32). All dies verleiht den teils ins Abenteuerliche reichenden Schilderungen aus einer damals noch für Europäer sehr fremden Welt, illustriert durch zahlreiche Fotografien, auch für die thüringische Landesgeschichte ein hohes Maß an Relevanz.

Steffen Raßloff, Erfurt

Friedrich-Wilhelm von HASE (Hrsg.): Hitlers Rache. Das Stauffenberg-Attentat und seine Folgen für die Familien der Verschwörer, SCM-Verlag, Holzgerlingen 2014, 368 Seiten, ISBN: 978-3-7751-5537-3, Preis: 19,95€

In Jena begegnet man seinem Namen auf Straßenschildern und am Wohnheim für Studierende insbesondere der Theologie. Am Fürstengraben trifft man auf seine Büste, in der Aula der Universität auf sein Porträt und im Johannisfriedhof auf ein Grabmal für ihn und seine Frau. Gemeint ist Karl August von Hase (1800–1890), der als Kirchenhistoriker an der Jenaer Universität lehrte, zeitweise deren Rektor war, für einen gemäßigten Liberalismus stand und als junger Mann zu

den Burschenschaften in Leipzig und Erlangen gehörte, wofür er Verweise von Universitäten und Haftstrafe in Kauf nahm. Das Widerstehen hat in dem weit verzweigten Familienbund derer von Hase, der über den freisinnigen Vorfahren Karl von Hase vielfältige Wurzeln in Jena hat, im aktiven Widerstand gegen Hitler durch einzelne Familienmitglieder eine Fortsetzung gefunden. Genannt seien neben dem Enkelsohn Paul von Hase (1885–1944), der zu den militärischen Verschwörern um Claus Schenk Graf von Stauffenberg (1907–1944) gehörte, Dietrich Bonhoeffer (1906–1945), Klaus Bonhoeffer (1901–1945), Rüdiger Schleicher (1895–1945), Hans von Dohnanyi (1902–1945).

Der Band „Hitlers Rache. Das Stauffenberg-Attentat und seine Folgen für die Familien der Verschwörer“ ist 70 Jahre nach den Ereignissen vom 20. Juli 1944 erschienen. Herausgeber Friedrich-Wilhelm von Hase (geb. 1937) war als Sohn des damaligen Stadtkommandanten von Berlin, Paul von Hase (1885–1944), unmittelbar selbst betroffen.

Der Urenkelsohn des Kirchenhistorikers Karl August von Hase ist selbst als Siebenjähriger nach dem missglückten Attentat mit etwa 46 Kindern im Alter von einem bis zu 15 Jahren aus Familien der Verschwörer in ein eigens dafür ausgewähltes Landkinderheim der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt in Bad Sachsa im Südharz verschleppt worden. Von ihren Familien getrennt, sind diese Kinder unter fremden Namen festgehalten worden. Die erwachsenen Familienmitglieder wurden verhört, in Gefängnisse oder Konzentrationslager verschleppt. Hitler hatte in seinem Hass auf die Gegner seiner nationalsozialistischen Herrschaft und zudem auf deren vielfach adlige Herkunft angeordnet, dass die Verschwörer allesamt auszurotten und ihre Familien, Frauen und Kinder in Konzentrationslager zu bringen seien. Der sich für die Verfolgung der Familien anbietende Reichsinnenminister Heinrich Himmler nahm die Familien der aktiven Gegner Hitlers in Sippenhaft, sprach davon, sie ‚auszulöschen‘, das schlechte Blut ‚auszumerzen‘. Himmler hat gegenüber den Familienangehörigen aber eine Doppelstrategie verfolgt, wohl mit Blick auf seine politische Zukunft nach dem Krieg und um der zunehmenden Empörung über die Sanktionsmaßnahmen gegen Frauen, Kinder und alte Menschen entgegen zu wirken. So überlebte ein größerer Teil der in Sippenhaft genommenen Menschen. Deren Tagebuchnotizen, Briefe und spätere persönliche Rückblicke auf die Folgen des Geschehens vom 20. Juli 1944 hat der Archäologe und jüngste Sohn von Paul von Hase, Friedrich-Wilhelm von Hase, erklärend und kommentierend zusammengestellt. Ergänzt hat der Herausgeber diesen Teil des Buches um Aufsätze von Historikern

- zum Staatsstreich vom 20. Juli (Joachim Scholtzseck),
- zur Rolle von Generalleutnant Paul von Hase (Roland Kopp),
- zu christlichem Glauben und militärischem Widerstand (Hans-Joachim Ramm),

- zur Gebundenheit an den Fahneid als einem moralischen Problem für die Angehörigen der Wehrmacht (Roland Hartung),
- zu den Prozessen vor dem Volksgerichtshof (Arnim Ramm),
- zur Sippenhaft als Repressionsinstrument (Johannes Salzig)
- und zur Legitimation des Widerstandes im Nachkriegsdeutschland (Rüdiger von Voss)

und so die persönlich erinnerten Erlebnisse der von den Folgen des missglückten Attentats Betroffenen in den historischen Kontext gestellt.

Zu den späteren Folgen zählt auch, dass und wie die Männer des 20. Juli und weitere Widerstandskreise in den ersten Jahren nach dem 2. Weltkrieg verächtlich gemacht wurden. Christa von Hofacker hat als Zwölfjährige in ihrem Tagebuch aus der Zeit in Bad Sachsa allerdings festhalten können, dass der neue Bürgermeister von Bad Sachsa Anfang Mai 1945 zu den unter fremden Namen festgehaltenen Kindern sprach und ihnen sagte: „Und jetzt heißt Ihr wieder so wie früher, Ihr braucht Euch Eurer Namen und Väter nicht zu schämen, denn sie waren Helden!“ Worte, die sie nie vergessen hat.

Gerahmt sind die Zeugnisse aus den betroffenen Familien und die Beiträge der Historiker durch das vorangestellte Zitat von Berthold Schenk Graf von Stauffenberg, das eines der Dilemmata der Verschwörer sichtbar macht, sowie einen Beitrag des äthiopischen Historikers und Unternehmensberaters Asfa-Wossen Asserate zu Zivilcourage, womit der Bogen in unsere Gegenwart unübersehbar geschlagen ist. Spätestens im Nachdenken über Zivilcourage und Anstand wird deutlich, dass das Grundthema des Widerstehens gegenüber Gewalt, Rassismus und Hass keine Frage aus der Vergangenheit ist, sondern sich immer wieder von neuem stellt.

Was aber ist es, das Menschen unterschiedlicher Grundhaltung, widerstehen lässt? Worauf beziehen sie sich? Worauf vertrauen und hoffen sie? Welches Ziel hat ihr Widerstand? Ludwig Mehlhorn (1950–2011), einer der Initiatoren des Versöhnungsweges zwischen Polen und Deutschland und Mitgestalter der Gedenk- und Begegnungsstätte Krzyzowa – Kreisau hat in seinem Begleitbuch zur Ausstellung „*In der Wahrheit leben. Aus der Geschichte von Widerstand und Opposition in den Diktaturen des 20. Jahrhunderts*“ (hrsg. von der Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung und Kreisau Initiative e.V., Kreisau / Krzyzowa, 2012) herausgearbeitet, was er an Gemeinsamkeiten in den Grundhaltungen von Menschen im Widerstand gegen Diktaturen festgestellt hat (dort S. 14 ff).

Er zählt erstens das Durchschauen der Lüge dazu, das Vermögen, Distanz zum System gewinnen bzw. wahren zu können. Die Männer des 20. Juli 1944 haben zu unterschiedlichen Zeiten Distanz zum System gewonnen und die Auslöser für ihre Entscheidung differierten stark. Waren einige wenige schon zu Beginn der NS-Herrschaft in Distanz zum System, so gab es trotz der rechts-

staatlichen Verwüstungen nach der Machtübernahme Hitlers und der Änderung des Fahnenbildes unmittelbar kaum Widerstand, wenn auch Unbehagen.

Zweitens benennt Mehlhorn die Fähigkeit, Unrecht wahrzunehmen, Mitleid zu empfinden und sich empören zu können gegenüber dem Unrecht, das anderen, auch fremden Menschen, angetan wird. Ausschlaggebend für die Beteiligung an der Verschwörung vom 20. Juli 1944 waren für einen Teil der an der Vorbereitung des Attentates Beteiligten die Grausamkeiten gegen die Juden, die Brutalität gegenüber der Bevölkerung in der Ukraine, die sie im Krieg wahrgenommen haben, bzw. das Völkerrecht brechende Befehle.

Als drittes Element des Widerstands benennt Mehlhorn Zivilcourage, Mut zum Risiko und die Bereitschaft, das eigene Leben aufs Spiel zu setzen und evtl. auch das der nächsten Angehörigen zu gefährden. Für die Männer des 20. Juli, die mehrheitlich höhere Offiziere waren, lag Mut zum Risiko und vor allem die Bereitschaft, das eigene Leben aufs Spiel zu setzen, vermutlich näher als bei Zivilisten.

Als wesentlich für die Grundhaltung des Widerstehens beschreibt Mehlhorn viertens das Vertrauen auf die Kraft der menschlichen Solidarität, auf Freundschaft und „Handeln aus der Freiheit der Unerschrockenen“. Margarethe von Hase (1898–1968), die Ehefrau von Paul von Hase, drückte das in ihren Erinnerungen an das Geschehen um den 20. Juli 1944 aus, indem sie feststellt, dass es schließlich doch die Beziehungen der Menschen untereinander seien, die dem Leben Wert geben. Zurückgreifen konnten die Verschwörer, die Inhaftierten und selbst die größeren Kinder in Bad Sachsa auf verlässliche Beziehungen weit über den Familienkreis hinaus und auf Vertrautes aus der Literatur, auf die Bibel, auf den christlichen Glauben und auf Gespräche mit Pfarrern, die ihnen halfen, ihre Entscheidung zu treffen bzw. Kraft zum Durchstehen und Ertragen zu finden.

Mit der Entscheidung, sich am Widerstand aktiv zu beteiligen, ist fünftens die Auseinandersetzung mit dem Wissen, trotz des Widerstehens nicht unschuldig zu sein, verbunden. Für die Militärs spielte dabei das Problem des Fahnenbildes eine Rolle, aber auch die Frage nach der Berechtigung des Tyrannenmordes. Für Menschen wie Dietrich Bonhoeffer war es die Notwendigkeit der freien und verantwortlichen Tat auch gegen Beruf und Auftrag, sowohl des Offiziers als auch des Theologen und Pfarrers.

Friedrich-Wilhelm von Hase widmet das sehr zu empfehlende Buch zu Hitlers Rache an den Familien der Widerständigen seinen Eltern Paul und Margarethe von Hase „in Erinnerung an das Erlebte und Durchlittene“ als jüngster Sohn wie auch als Mitglied der Forschungsgemeinschaft 20. Juli 1944 e. V., deren Anliegen es ist, auch diesen Teil der Geschichte des Widerstandes im kollektiven Gedächtnis zu verankern.

Sabine Nagel, Weimar

Rudolf BOCH und Rainer KARLSCH (Hrsg.): Uranbergbau im Kalten Krieg. Die Wismut im sowjetischen Atomkomplex. Band 1: Studien. Berlin: Ch. Links Verlag 2011. 699 S. ISBN: 978-3-86153-653-6. Preis: 39,90 EUR.

Rudolf BOCH und Rainer KARLSCH (Hrsg.): Uranbergbau im Kalten Krieg. Die Wismut im sowjetischen Atomkomplex. Band 2: Dokumente. Berlin: Ch. Links Verlag 2011. 387 S. ISBN: 978-3-86153-654-3. Preis: 34,90 EUR.

Die beiden Studien- und Dokumentenbände beleuchten wesentliche zeitgeschichtliche Vorgänge der 1940er bis 1990er Jahre. Die „Wismut“ und ihr Produkt – Uran, das „Erz des Kalten Krieges“ – gehören zu den ebenso dramatischen und umstrittenen wie geheimnis- und legendenbehafteten Kapiteln globaler, deutscher und regionaler Nachkriegsgeschichte. Die „Wismut“ entstand nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, als die Atomprogramme der Kriegsverbündeten USA und UdSSR in den Rüstungswettlauf des West-Ost-Konfliktes umschlugen. Die US-Atombomben-Abwürfe vom Sommer 1945 schienen den Aufstieg der USA zur alleinigen atomaren Supermacht einzuläuten. Die sowjetische Seite reagierte mit der Entscheidung, nun ebenfalls möglichst rasch und „koste es, was es wolle“ die Atombombe zu bauen. Die einheimischen Uranvorkommen mit ihren im Gulag-System errichteten Abbaustätten reichten dafür nicht aus. Die UdSSR konnte die „Uranlücke“ nur mit Hilfe der in ihrem Besatzungsbereich – vor allem im Erzgebirge und seinem Umfeld – liegenden Uranvorkommen schließen. Die nach intensiven Vorbereitungsarbeiten am 10. Mai 1947 gegründete „Sowjetische Staatliche Aktiengesellschaft der Buntmetallurgie ‚Wismut‘“ (Sitz Aue, dann Chemnitz) avancierte in kürzester Zeit zum weltweit größten Uranbergbaubetrieb. Mit ihr wurde die SBZ/DDR zum viertgrößten Uranförderer nach den USA, Kanada und der Sowjetunion. Die „Wismut“ war der mit Abstand größte SAG-Betrieb der sowjetischen Besatzungszone und der frühen DDR. Anfang der 1950er Jahre beschäftigte sie über 200.000 Personen. Vor allem auf ihrer Grundlage konnte die UdSSR eine eigene Atombombe entwickeln und Ende August 1949 – weitaus früher, als von der amerikanischen Seite erwartet – erfolgreich testen. Damit war das Zeitalter wechselseitiger atomarer Hochrüstung und eines darauf beruhenden – höchst fragilen – strategischen Gleichgewichts im „Kalten Krieg“ von West und Ost erreicht.

Die „Wismut“ mit ihren Förderstätten in Sachsen und Ostthüringen unterstand direkt Moskauer Instanzen. Die Sowjetische Militäradministration (SMAD) und die SAG-Verwaltung für die SBZ waren nur indirekt in den Aufbau des Unternehmens und seines Vorläufers – der 1946 gebildeten (sowjetischen) Sächsischen Bergverwaltung – eingebunden. Die enormen Kosten des Unternehmensaufbaus und der Wismut-Uranproduktion musste die SBZ als Reparationsleitung tragen. Die „Wismut“ besaß höchste Priorität. Als „Sonderzone“ unterlag sie besonderen Geheimhaltungs- und Sicherheitsmaßnahmen unter NKWD/MWD-Regie, was hemmungslosen Gerüchten und Spekulationen Auftrieb gab. Das änderte sich auch nicht, als die SAG 1953 in das Gemeinschaftsunternehmen der „Sowjetisch-

Deutschen AG (SDAG) „Wismut“ überführt wurde. Man war zwar nun „Partner“, aber in einer höchst ungleichmäßigen Partnerschaft. Das „Wismut-Uran“ wurde fortan auch für die zivile Kernenergie-Gewinnung genutzt. Sein Hauptzweck blieb aber die atomare Rüstung. Die sowjetische Seite beteiligte sich nun auch an den Kosten, blieb aber Hauptnutzer. Der DDR standen nur Teile des „Wismut-Urans“ für Forschungszwecke zur Verfügung. Die „wilden Aufbauzeiten“ der „Wismut“, als sie zu einem politisch schwer kontrollierbaren Schmelztiegel aller möglichen – verpflichteten, gezwungenen oder freiwilligen, durch Sonderangebote angelockten – Beschäftigtengruppen mit extrem hoher Fluktuationsrate geworden war, lagen hinter ihr. Das Unternehmen konsolidierte sich. Es bildete sich eine mehr oder weniger unternehmensverbundene, durch hohe betriebliche Sozial- und Kulturleistungen abgesicherte Stammebelegschaft heraus. Andererseits geriet die „Wismut“ mit den Folgen extremer Hochrüstung, bei strategisch veränderter Lage, kaum bewältigbaren Produktionskosten und zunehmenden inneren Schwierigkeiten des Ostblocks und der DDR in eine massive wirtschaftliche Krise. Trotz mehrerer Ansätze gelang es nicht, Auswege zu finden und die ökonomischen und ökologischen Folgen eines rabiaten Bergbaus und Ressourcenabbaus zu bewältigen.

Die „Wismut“ blieb bis zum Ende der DDR ein „Staat im Staate“ und ihre Uranproduktion ein tabuisiertes Thema. Es war in der DDR kaum möglich, unzensiert über die „Wismut“ zu schreiben. Wissenschaftliche Publikationen unterblieben oder unterlagen strengen Auflagen. Versuche, das Thema künstlerisch, ungeschminkt und „wirklichkeitsgesättigt“ (Christa Wolf) zu gestalten, endeten – wie Konrad Wolfs Film „Sonnensucher“ (1958) und Werner Bräunigs Roman „Rummelplatz“ (1959/65) – im Fiasko, in Verboten und Kampagnen als besonders dramatischen Beispielen kultureller Konfliktgeschichte der DDR. Erst postum konnte Bräunigs Roman 2007 erscheinen und sich als einer der wichtigsten deutschen Nachkriegsromane überhaupt erweisen. Im Westen wiederum schossen die Legenden vom „Gulag Wismut“ und seinen „Uranskclaven“ als beliebte Instrumente „Kalter Kriegs“-Propaganda ins Kraut. Das Ende der DDR und des Ostblocks entzog der „Wismut“ schließlich die Existenzgrundlage. Erst jetzt wurde es möglich, sich ihrer Geschichte offen, ehrlich und vorurteilsfrei zuzuwenden – vorerst freilich nicht emotionsfrei. Ganz im Gegenteil. Es begann eine höchst erregte öffentliche „Wismut“-Debatte. In ihren Vordergrund traten die „Wismut“-Altlasten – verwüstete und strahlenbelastete Gebiete, gesundheitliche Schäden unter Belegschaft und Bewohnern – sowie die mit hohen Kosten verbundenen Liquidations-, Rückbau- und Sanierungsmaßnahmen, die Abfindung der „Wismut“-Beschäftigten oder ihre Überführung in Aufnahmefang-Gesellschaften. Auf Basis eines Abkommens mit der sowjetischen Seite und eines „Wismut-Gesetzes“ geschah dies seit 1991 im Rahmen der bundeseigenen Wismut GmbH. Eine letztlich erfolgreiche Sanierungsgeschichte, wie 2007 die Bundesgartenschau im einstigen Ronneburger Revier zeigte. Gleichzeitig bildete sich eine von Traditionsvereinen und sichtlichem „Wismut“-Bergmannstolz getragene

Lokalgeschichtsschreibung, die zur umfangreichen chronikalischen Rekonstruktion der einstigen Lager- und Abbaustätten führte. Und es setzte eine regelrechte Flut von Publikationen zur „Wismut“-Geschichte von freilich höchst unterschiedlicher Qualität und oft nicht frei von bloßer Sensationsgier ein. Aus ihr ragten vor allem die forschungsgesättigten Publikationen des Wirtschaftshistorikers Rainer Karlsch heraus – darunter mehrere Sammelbände und seine bereits in vier Auflagen erschienene populäre „Wismut“-Geschichte „Uran für Moskau“.

Die von Rainer Karlsch und dem Chemnitzer Historiker Rudolf Boch 2011 herausgegebenen beiden Studien- und Dokumentenbände stechen in dieser Publikationslandschaft quantitativ wie qualitativ besonders hervor. Sie sind aus einem an der Technischen Universität Chemnitz angesiedelten, vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie geförderten mehrjährigen Forschungsprojekt hervorgegangen, das auf der erstmals systematischen und – mit wenigen Ausnahmen – nahezu unbehinderten Auswertung der dafür wichtigsten russischen Archivbestände beruhte. Auf der Grundlage dieser Akten und der ebenso gründlichen Auswertung deutscher Archivbestände geben die Studien und Dokumente einen in vieler Hinsicht neuen, komplexen und vergleichenden Einblick in das gesamte Spektrum der „Wismut“-Geschichte im Rahmen des sowjetischen „Atomkomplexes“. Die – jeweils sehr unterschiedlich ausgerichteten – Studien zeichnen sich durch einen wohlthuend sachlichen Ton aus, ohne das insgesamt düstere Kapitel der „Wismut“-Geschichte irgendwie beschönigen zu wollen. Sie räumen dabei mit manchen populären Legenden auf, legen Grundlagen für künftige weiterführende Forschungen und bereichern über die eigentliche „Wismut“-Problematik hinaus auch andere Forschungsbereiche – vor allem der SBZ- und DDR-Forschung, allerdings weniger die engere Regionalgeschichtsforschung.

Der zweigeteilte Studienband behandelt zunächst Grundfragen des Uranbergbaus (sieben Studien) und dann die Sozial- und Alltagsgeschichte der „Wismut“ (sechs Studien). Im ersten Teil stechen vor allem die Eingangsstudien über die SAG/SDAG „Wismut“ im sowjetischen Atomkomplex (Wladimir W. SACHAROW) und über den Uranbergbau in West und Ost (Rainer KARLSCH) hervor. Beide machen in ebenso eindringlicher wie vorbildlich vergleichender Weise deutlich, dass die „Uranfrage“ erst seit 1938 (Kernspaltung) und Kriegsbeginn zur strategischen Frage wurde, dass die USA in den 1942 fast zeitgleich begonnenen Atomprogrammen auf Grund der ihr zugänglichen Uranvorkommen von vornherein die besseren Karten hatte und die UdSSR dann unter dem Druck der amerikanischen Bomben-Abwürfe 1945 zur Doppelstrategie brutalen Uranabbaus im Landesinneren und forciertes Uran-Erschließung im Besatzungsgebiet griff, um die „Uranlücke“ zu schließen. Beide Studien informieren gründlich über administrative Strukturen, wichtige Protagonisten, die Uranproduktion der USA und der UdSSR und das landesinnere sowjetische Gulag-System – im Kontrast zum anders organisierten Uranabbau der „Wismut“. Karlschs Studie lässt zudem erkennen, dass der hemmungslos Uranabbau ohne

Rücksicht auf ökologische und gesundheitliche Risiken in der Hochzeit des „Kalten Krieges“ keineswegs ein spezifisches „Ost-Problem“ darstellte. Die weiteren Studien dieses ersten Teiles befassen sich mit dem Sicherheitsregime bei der „Wismut“ (Gerhard BERKLEIT), mit der SED-Gebietsorganisation, die direkt der SED-Zentrale unterstand und anfangs einen ziemlich schweren Stand hatte (Burghard CIESLA), mit dem Strahlenschutz im Ost-West-Vergleich (Manuel SCHRAMM), mit der Rolle Freiburger Geowissenschaftler (Frieder JENTSCH) sowie mit den Liquidations-, Rückbau- und Sanierungsvorgängen seit 1990/91 (Michael MEISSNER). Eine eigene Studie über die – zwischen Arbeitspflicht, Zwang und Freiwilligenwerbung changierende – Arbeitskräfterekrutierung für die SAG Wismut vermisst man schmerzlich. Immerhin geben mehrere Studien und zahlreiche Dokumente einige Aufschlüsse über dieses besonders umstrittene Thema der frühen „Wismut“-Geschichte und über die Gründe, warum sich die sowjetische Seite hütete, in der SBZ ein Gulag-System mit Zwangsarbeiterlagern für die „Wismut“ zu errichten. Die Studien des zweiten Teiles behandeln die „Soziografie“ der Wismut-Belegschaft und die betriebliche Sozialpolitik (Juliane SCHÜTTERLE), den Alltag sowjetischer Spezialisten und Militärs (Tatjana TIMOFEEWA), die Frauenarbeit und -emanzipation im „Wismut“- und Bergbaumilieu der DDR anhand narrativer Quellen (Elke SCHERSTJANOI) sowie Kultur (Annette SPREITZ) und Sport (Paul Werner WAGNER) im „Wismut“-Bereich.

Der ebenfalls zweigeteilte Dokumentenband enthält fast durchweg bislang unveröffentlichte Quellen mit deutlichem Schwerpunkt der ins Deutsche übersetzten Dokumente aus russischen Archiven. Das gilt vor allem für den ersten Teil über den Zeitraum 1947 bis 1953 der SAG Wismut, während der zweite Teil über den SDAG-Zeitraum 1954 bis 1991 in stärkerem Maße auch Quellen aus deutschen Archiven enthält. Die Dokumente beider Teile sind nicht chronologisch, sondern sachlich jeweils acht thematisch unterschiedlichen Untergruppen zugeordnet – in diesen dann allerdings chronologisch. Dieses Ordnungsprinzip hat seine Vorzüge, aber auch seine Tücken, weil sich der Benutzer die Vorgänge und Handlungszusammenhänge so mitunter erst recht mühsam zusammenfügen muss. Obwohl sich die Herausgeber um eine ausgewogene Zuordnung der insgesamt 156 Dokumente (71 im ersten, 85 im zweiten Teil) bemüht haben, konnten sie Disproportionen nicht immer vermeiden. Besonders krass fällt das bei der Untergruppe VII des ersten Teiles (Parteiarbeit, Propaganda) auf, die mit lediglich drei Dokumenten ausgesprochen dürftig ausfällt. Andere Sachbereiche beider Zeiträume hingegen sind sehr eindrucksvoll dokumentiert. Mit Ausnahme des bundesdeutsch-sowjetischen Abkommens vom 16. Mai 1991 enthält die Edition alle wesentlichen Befehle, Anweisungen und Abkommen. Alles in allem liegt mit den beiden Studien- und Dokumentenbänden eine Publikation vor, die trotz einiger Qualitätsunterschiede, Lücken und Unausgewogenheiten Maßstäbe für die „Wismut“-Forschung und für angrenzende Forschungsfelder setzen dürfte.

Jürgen John, Jena

V. *Universitätsgeschichte*

Gottfried MEINHOLD: Der besondere Fall Jena. Die Universität im Umbruch 1989–1991. Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2014 (Quellen und Beiträge zur Geschichte der Universität Jena, 11), 447 S. ISBN: 978-3-515-10827-0. Preis: 66,- EUR.

Das Buch benennt im Titel in Darstellung und Dokumentation, was die Friedrich-Schiller-Universität Jena in der Herbstrevolution in der DDR im Universitätsvergleich auszeichnete, die entschlossene frühe Rückkehr zur Universitätsautonomie durch Widerstand, beginnend zwischen dem 27. September und 5. Oktober 1989 mit zwölf Briefen von FDJ-Studenten zur *krisehaften politischen Situation in unserem Land* (S. 349), gemeint war die zerfallende geschlossene Gesellschaft der DDR, was sich rasch steigerte: am 15. Oktober mit dem Andrang zur Sonntagsuniversität „Brauchen wir eine neue Linke?“, an die sich am 19. Oktober die *erste deutliche, auch öffentlich stark ausstrahlende politische Aktion an der Universität* (S. 47) anschloss, jener Auftritt von Studierenden im sogenannten „Reformhaus“, der mit einer überfüllten basisdemokratischen Aula-Debatte begann. Die Reformhausidee war im Kreis von FDJ-Sekretären verschiedener Sektionen spontan am 9. Oktober entstanden, dem Tag, an dem abends in Leipzig 70.000 Demonstranten die Tabu-Mauer des Honecker-Kaders zur Perestrojka durchbrachen. Das „Reformhaus“ sollte den Auftakt zu einem gesamtuniversitären Reformdiskurs bilden, getragen von Arbeitsgruppen, die freilich an den Machtfragen noch kaum rührten und von Dialoggläubigkeit erfüllt waren gegenüber Perestrojka, Glasnost und demokratischem Sozialismus. In dieser Entwicklung war die spätere studentische Linke angelegt. Der Jenenser Studentenrat entstand zum Zeitpunkt der Entmachtung Honeckers am 23. Oktober. Zum Vergleich: An der Karl-Marx-Universität Leipzig gründete sich der Studentenrat am 9. November 1989, wenn auch anfangs als „Experiment mit Verbindlichkeitsstatus“ und der FDJ als gleichberechtigtem Partner (*Eine Uni wendet sich. Die [Karl-Marx-]Uni Leipzig zwischen Herbst '89 und Abwicklung, Textsammlung. Unkommentiert, hrsg. vom StudentInnenrat der Universität Leipzig, Leipzig 1991, S. 15 f.*).

Die Jenenser Frühphase der Universitätserneuerung blieb ein Geschehen mit begrenzter Wirkung, denn nicht unter den Studierenden, sondern im Bereich Medizin formierten sich jene Kräfte, zunächst als Minderheit, von denen die entschlossene strukturelle Erneuerung – die eine politische war – der Universität als Körperschaft des öffentlichen Rechts ausging. Das Recht der Selbstverwaltung schloss die Wahrung der Grundrechte für alle Universitätsangehörigen einschließlich der Freiheit von Lehre, Studium und Forschung ein. In dieser Richtung bereitete sich die Gründung der „Aktionsgemeinschaft Demokratische Erneuerung der Hochschule(n)“ (ADEH) vor. *Von den Medizinerinnen gingen gewiss die wuchtigsten und nachhaltigsten politischen Forderungen dieses heißen Herbstes an der Universität aus.*“ (S. 51). Die ADEH ist dann zeitgleich mit dem Ersten Runden Tisch in Ost-Berlin am

7. Dezember entstanden. Dem engeren Kreis der Akteure gehörten in einer ersten außerordentlichen Sitzung im Hörsaal der Pathologischen Physiologie die Mediziner Jorke, Zwiener, Wechselung, Richter, Fink und Scheibe an, denen sich später Stephani und Pietsch (Mathematik), Neugebauer (Physik), Duncken (Chemie) sowie weitere Hochschullehrer und andere Universitätsangehörige anschlossen. Am 29. Januar 1990 wurde Rektor Schmigalla abgewählt. In Leipzig kam der vergleichbare Rektorsturz, der von Hennig (Chemie) zu Leutert (Medizin, Rektor a.I.), am 22. Juni zustande. Der Zeitabstand im Vergleich zu Jena ist deutlich, selbst wenn in Jena Nachfolge und Neuwahl von Rektor Ernst Schmutzer (Physik) erst am 2. April 1990 vollzogen waren. Die der ADEH in etwa vergleichbare „Initiativgruppe zur demokratischen Erneuerung der Universität Leipzig“ – einer ihrer führenden Köpfe war der unlängst verstorbene Mathematiker Eberhard Zeidler (1940–2016) – meldete sich mit einer ersten Erklärung am 11. Juni 1990 zu Wort.

Maßstäbe für die zügige Rückkehr zur Universitätsautonomie setzte in Jena die Wiederherstellung der Drei-Ebenen-Struktur mit Rektor, Fakultäten, Instituten am 24. April 1990 (Senatsbeschluss unter Rektor Schmutzer). Im Juni erschien das Vorläufige Statut der Friedrich-Schiller-Universität Jena (S. 379–394). Schritte zum Neuaufbau folgten: die Strukturplanung, die unausweichliche Evaluierung (seit 24. August 1990), eine neue Fächerstruktur (seit Oktober 1990) und schließlich die „Abwicklung“ (seit 4. Dezember 1990), die von Abwicklungsabwehr begleitet war. Die so genannte „Vergangenheitsklärung“ (Kapitel VI.) begann die Universität Jena seit Spätherbst 1989.

Setzt man die Eckdaten der deutschen demokratischen Revolution in Beziehung zur ostdeutschen Universitätsgeschichte, zeigt sich das Besondere im Fall Jena, wobei auch „der besondere Fall Jena“ als ein ostdeutsches nationalpolitisches Geschehen in ein bundesrepublikanisches eingebettet war, das sich am 3. Oktober 1990 durch Anschluss und Wiedervereinigung vollendete. Was sich an der Universität Jena ereignete, zeigt allenthalben die Wirkungen des Demonstrationsgeschehens, sei es mit Blick auf die Montagsdemonstrationen der 25.000 (2. Oktober 1989) und der 70.000 (9. Oktober) auf dem Leipziger Ring bis hin zur landesweiten Wirkung bei der Entmachtung Honeckers (18./24. Oktober), der Öffnung der Berliner Mauer (9./10. November), dem Regierungswechsel von Stoph zu Modrow (13. November), der Besetzung der Bezirks- und Kreisdienststellen des MfS (4./5. Dezember) und den ersten freien Wahlen zur DDR-Volkskammer (18. März 1990). Auf den Regierungswechsel von Modrow zu Lothar de Maiziere folgte schließlich die Wiedervereinigung (3. Oktober), ohne dass aus der friedlichen Revolution in der DDR, was denkbar gewesen wäre, ein durch Verfassung neuartiger gesamtdeutscher Souverän hervorging.

Entsprechungen zwischen diesem Geschehen und der Universitätsgeschichte Jenas durchziehen die Darstellung. Die friedliche Revolution war auch hier, aufs Ganze gesehen, von einer entschlossenen Minderheit getragen, der eine Mehrheit

der noch „Stillen“ im Lande gegenüberstand, ferner Abwartende, Opportunisten sowie Gegner. Der Rezensent unterstreicht die Auffassung des Autors, ich zitiere: ... *diese Revolution war bei all ihrer Friedlichkeit eben nicht gewaltlos, denn jene Gewalt wurde wiedererweckt, die tatsächlich vom Volk ausgeht ...* (S. 23). Die Ereignisgeschichte weist im universitären Umbruch von 1989 und 1990 Unverwechselbares auf, den 15. Oktober (Forum, Offener Brief, die freie Aula-Debatte, der Auftritt neuer oppositioneller Gruppen in der Stadtkirche), das „Reformhaus“ (ohne das Tageswissen um den 9. Oktober in Leipzig), die Gründung der ADEH samt Vorgeschichte. Entschlossene Ordinarien haben Durchbrüche erzielt, allen voran Ulrich Zwiener (Pathophysiologie), der nach der dritten Leipziger Montagsdemonstration vom 23. Oktober auf einem ersten, erstmals ungenehmigten Meeting Jenenser Mediziner zum Handeln aufrief und dabei die Machtfrage stellte, das totalitäre Regime zu brechen. Die Sprecher der ADEH sind zu nennen, vor allem Dietfried Jorke (Internist), *einer der Hauptgestalter des Umbruchs* (Meinhold), an deren Seite die Medizinstudenten Ekkehard Seeliger und Tom Röthel sowie alle jene, die gegen Rektor Schmigalla auftraten und eine *grundhafte Neuwahl* (S. 79) forderten. Die zweite ADEH-Sitzung vom 12. Dezember war auf 32 Teilnehmer angewachsen. Der Veränderungsdruck ließ die Dialogmanöver der SED und den Versuch, einen Sozialistischen Studentenbund (SSB) als FDJ-Ersatz zu gründen, fehlschlagen. Die Erneuerungskräfte mit deutlich medizinisch-naturwissenschaftlichem Schwergewicht trieben den Umbau der Universität in Richtung Universitätsautonomie voran. Zentral in der Wirkung auf die Rahmenbedingungen war die Verfassungsänderung vom 1. Dezember 1989, mit der die führende Rolle der SED abgeschafft wurde. In ihrer nationaldemokratischen Phase gewann die friedliche Revolution eine große Breite.

In Meinholds Darstellung bleibt das schleppende und schmerzhaftes Geschehen in den Geisteswissenschaften eingewebt. Ein Rückstand im Denken und Handeln wird deutlich, nicht nur in Jena. Die Erneuerungskräfte erzwangen Neuwahlen. Am 29. Januar 1990 trat der frei und geheim gewählte Wissenschaftliche Rat (faktisch das spätere erste Konzil) zusammen. Auch dass am 2. April 1990 im Streit um die Rektorwahl zwei Kandidaten der Universitätserneuerung angetreten sind, hat G. Meinhold als Zeitzeuge (er war zeitweilig Prorektor für Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften) eingehend rekonstruiert. Das Wartburgtreffen vom 26. Mai in Wilhelmsthal mit mehr als tausend Studierenden und über zweihundert Hochschullehrern stellte frühe Weichen zur nationalen und internationalen Öffnung der Universität Jena, was überleitete zu „Universität im Aufbruch – Die Alma mater Jenensis als Mittler zwischen Ost und West“ (Internationale Konferenz des Collegium Europaeum Jenense und des Historischen Instituts). Gründlich behandelt werden am Beispiel auch die Selbsterneuerungsversuche der Fächer Sozialwissenschaften/Politikwissenschaften, Philosophie und Geschichte, die Erziehungswissenschaft sowie die wichtige Debatte um Perspektiven der Medizin, ebenso Stimmungslagen und zweifelhafte Anpassungsversuche. Zum Universitätsneuaufbau

gehörten die Evaluierung, der neue Strukturplan, das Zusammenwirken von Universitätsleitung und Personalrat, die provisorischen Konzile 1991 (einschließlich des studentischen Mißtrauensvotums vom Juni) und 1992.

Als Zeitzeuge beleuchtet und urteilt der Autor die Vorgänge mit der ihm eigenen Vertrautheit; sie bleiben durchsichtig und für eine Nachbetrachtung offen. Meinholds Darstellung lässt erkennen, welche Anstrengungen auch bei Erschließung und Bewertung der Quellen geleistet wurden. Die Beiträge Dritter, denen der Autor Dank schuldet, sind ausgewiesen. Das Geschehen um die Marxbüste (Kapitel VII) ist für das Begreifen der Betroffenheit von Beteiligten wichtig, ebenso Kapitel VIII zum Jenaer Bilderstreit 1997 um die Bildnisse von „Acht Magnifizenzen“, ein eher angelagertes Geschehen. Es ergänzt das Gesamtbild. Von Rang ist die umfangreiche Dokumentation; sie besteht aus zwei Teilen, der eine (unter 1.) führt in das „Spektrum der Zusammenarbeit von Universitätsangehörigen mit dem Ministerium für Staatssicherheit“ ein, in menschliche Verirrung, Verbohrtheit, Lüge und Lebenslüge (zum Teil mit Klarnamen), ein anderer als Quellenveröffentlichung zum Ereignis, was an die Ereignisgeschichte besser anschließen würde. Die Wucht des Umbruchs sollte ebenso unvergessen bleiben wie die Erfahrung, dass ohne Mut und Wagnis nichts durchzusetzen ist. Literaturverzeichnis, Abkürzungsverzeichnis und das unverzichtbare Personenregister sind gründlich gearbeitet. Flankierende Literaturangaben zu den vergleichbaren ostdeutschen Universitätsstädten fehlen weitgehend, was dem Umfang des Bandes geschuldet sein mag. Zweieinhalb Jahrzehnte nach dem besonderen Fall Jena ist ein Maßstab gesetzt. Der Gesamtvergleich ostdeutscher Universitätserneuerung stellt sich als Aufgabe. An Bausteinen fehlt es nicht.

Hartmut Zwahr, Leipzig